3 1761 07987035 8

Grumbach, Salomon
Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental

D
639
S6G7

S. Grumbach:

Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental

Inhalt:

Die Internationale und die Landesverteidigung / Die Bedeutung der Schuldfrage / Das Kriegsziel / Die Aktion der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands u. Frankreichs vor dem Krieg / Grundfehler der Thesen von Zimmerwald und Kiental / Widersprüche und Gegensätze / Ein Blick in die Zukunft

1916
Buchdruckerei Benteli A.-G., Bümpliz-Bern

S. Grumbach:

Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental

Rede, gehalten
am 3. Juni 1916
im Unionssaale
des Volkshauses
zu Bern

1916
Buchdruckerei Benteli A.-G., Bümpliz-Bern

D
639
S6G7

Vorwort

Die Konferenzen von Zimmerwald (September 1915) und Kiental (April 1916) haben in allen Ländern ein Echo gefunden; das ist unleugbar. Sich mit den dort aufgestellten Forderungen und Prinzipien auseinandersetzen, kann nur der notwendigen Klärung dienen. — Die Rede, die ich in einer öffentlichen Versammlung hielt, die am 3. Juni 1916 unter dem Vorsitz des Großrats Genossen Dr. Alfred Brüstlein im Unionssaal des Berner Volkshauses stattfand und deren Stenogramm ich in dieser Broschüre veröffentliche, macht keinen Anspruch darauf, die darin erörterten Probleme erschöpfend zu behandeln. — Dagegen glaube ich, eine Reihe brennender Fragen, deren Beantwortung für die Zukunft unendlich wichtig ist, in einer Weise gestellt zu haben, die andere zum kritischen Nachdenken darüber anregen könnte. — Es gilt, heute schon die Wege zu suchen, die uns aus dem Chaos herausführen; sich dabei nicht durch Irrlichter täuschen zu lassen, muß mehr als je der feste Wunsch jedes Einzelnen sein.

Bern, Juni 1916. S. Grumbach.

Dr. Alfred Brüstlein: Als einer der Einberufer dieser Versammlung gestatte ich mir, den Genossen Grumbach einzuführen. Das Thema, das Genosse Grumbach heute abend behandeln wird, ist Ihnen bekannt. In Wirklichkeit wird sein Vortrag eine Gegenkundgebung sein gegenüber der Zimmerwaldschen Doktrin. Diese letztere Auffassung ist bereits mehrfach hier vertreten worden und wir haben dabei aus den Äußerungen des Genossen Grumbach schon den Schluß ziehen dürfen, daß er ein ziemlich scharfer Gegner von Zimmerwald ist. Es ist daher von Interesse, die Erörterungen Grumbachs im Zusammenhang zu hören und zwar nicht in rein polemischer Form wie bisher, sondern in systematischer Gestaltung. Ich glaube sagen zu dürfen, daß Genosse Grumbach Gegner von Zimmerwald ist, indem er sich in drei wesentlichen Punkten von Zimmerwald-Kiental unterscheidet. Er vertritt die Ansicht, daß es das Recht und die Pflicht der Sozialdemokraten ist, das angegriffene Land zu verteidigen, während Zimmerwald-Kiental die Landesverteidigungspflicht mindestens zurücksetzt hinter die Pflicht, den Klassenkampf auch während des Krieges weiterzuführen.

Die Vertretung des Standpunktes der Landesverteidigung führt selbstverständlich den Genossen Grumbach zu einer zweiten Antithese, zur Prüfung der Schuldfrage, denn sobald man von Landesverteidigung spricht, muß man auch wissen, wer sich wirklich verteidigt und wer angreift, und das kann man nicht nur rein strategisch und taktisch, sondern muß es politisch und historisch beurteilen. Dazu muß man aber die Schuldfrage ergründen, während Zimmerwald-Kiental bekanntlich den Standpunkt vertritt, daß die Schuldfrage das Proletariat nichts angeht und es jetzt nach dieser Frage nicht zu forschen hat.

In dritter Linie zieht die sogenannte Zimmerwald-Kientaler Linke aus ihrer heutigen Stellungnahme den Schluß, daß mit der alten Internationale nicht mehr zu kutschieren ist und daß eine neue aufgebaut werden muß, bestehend aus lauter Personen, welche die Landesverteidigung ablehnen. Genosse Grumbach steht auf dem gegenteiligen Standpunkt, vertritt die Ansicht, daß mit der bis-

herigen Internationale weitergefahren werden und daß an der bestehenden Organisation gearbeitet werden muß, um die Internationale wieder völlig herzustellen.

Nach dieser kurzen Skizzierung des Standpunktes, der hier vertreten werden soll, erteile ich dem Genossen Grumbach das Wort.

Werte Anwesende und Genossen!

Genosse Brüstlein hat den Hauptpunkt, von dem ich ausgehe, richtig gekennzeichnet. Die eigentliche Veranlassung zu dieser Versammlung bilden die viel diskutierten Konferenzen von Zimmerwald und Kiental und die Prinzipien, die auf diesen beiden Konferenzen proklamiert wurden. Es ist in der Tat der Gegensatz, in dem ich mich zu diesen Prinzipien befinde, der mich bewogen hat, heute abend zu sprechen. Der eigentliche Zweck meiner Ausführungen soll der Versuch sein, nachzuweisen, daß erstens die in Zimmerwald und Kiental proklamierten Leitsätze im Widerspruch stehen zu den Leitsätzen, die bisher als diejenigen der sozialistischen Internationale galten und daß zweitens der Weg, den die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental dem internationalen Proletariat vorschreiben wollen, um zu einer internationalen Aktion zu kommen, der falsche ist. Ich werde ferner versuchen, nachzuweisen, daß die Genossen, die sich zu Zimmerwald und Kiental bekennen — und die unter vielen Eigenschaften diejenige haben, die denkbar schärfste, unbarmherzigste und rücksichtsloseste Kritik zu üben an all denjenigen, die nicht mit ihnen gehen oder nicht mit ihnen übereinstimmen, und die proklamieren, daß nur *ihre* Aktion heute möglich sei, weil eine Aktion überhaupt einzig und allein möglich wäre, wo gemeinsame Auffassungen herrschen — daß sie selber zusammengehen, trotzdem sie die verschiedenartigsten Auffassungen haben und gegenüber den wesentlichen Hauptprinzipien die denkbar verschiedensten Standpunkte einnehmen. Ich werde zeigen, daß innerhalb derjenigen Elemente, die sich zu Zimmerwald und Kiental bekennen, die schroffsten Gegensätze vorhanden sind, um daraus zu folgern, daß diese Genossen in ihrer Kritik gegenüber andern vorsichtiger sein sollten und daß auch sie, trotz der Sicherheit, mit der ein Teil von ihnen das Gegenteil ver-

kündet, noch nicht die allein seligmachende Wahrheit gefunden haben. Auch sie tun im Grunde das, was sie andern vorwerfen: einer Menge von Gegensätzen zum Trotz, die sich nicht überbrücken lassen — was allerdings von gewissen Elementen unter ihnen nicht zugestanden wird — marschieren sie zusammen. Dieses taktische Zusammenmarschieren will ich nicht als einen Akt der Vertuschung betrachten, sondern ich werde es in dem Sinn interpretieren, daß eben doch auch gewisse Zusammenhänge vorhanden sind, die man nicht leugnen kann, die aber nicht genügen, um diesen Genossen von ihrem sonst so strengen prinzipiellen Standpunkte aus das Recht zu geben, irgendwie zu behaupten, daß unter ihnen gleiche Auffassungen herrschten, oder sich als eine ganz geschlossene Masse vor uns hinzustellen.

Ehe ich jedoch auf die eigentliche Kritik der Zimmerwald-Kientaler Aktion und der Genossen, die ihre Hauptträger sind, eingehe, will und muß ich eine andere Frage erörtern, deren Beantwortung das Heft am Messer meiner Kritik bilden soll: die Frage der unmittelbaren Schuld an dem entsetzlichen Krieg, der Europa seit beinahe zwei Jahren verheert, — eine Frage, der wir Sozialisten trotz der neuen Lehre von Zimmerwald und Kiental von unserm internationalen Standpunkt aus noch mehr Interesse entgegenbringen müssen, als die Angehörigen irgend einer andern Partei, da ja für uns ein rein nationaler Standpunkt, das „right or wrong, my country“. niemals in Betracht kommen kann.

Wer allerdings auf dem Standpunkt steht, daß die Landesverteidigung prinzipiell und unter allen Umständen abzulehnen ist, welches auch die Situation des Landes sei, der muß natürlich den Standpunkt einnehmen, daß die Stellung der Schuldfrage vollkommen überflüssig ist, denn die Schuldfrage hat nur Wichtigkeit für denjenigen, für den das Recht und die Pflicht zur Landesverteidigung besteht. Wer die Landesverteidigung verneint und erklärt, es sei Pflicht der Sozialisten aller Länder, die Landesverteidigung zu verneinen, der allein wird die Beschäftigung mit der Schuldfrage als etwas Unwesentliches, etwas Unsozialistisches empfinden. Alle diejenigen, die die Geschichte der Internationale kennen, wissen, daß es eine Irreführung bedeutet, wenn man behauptet, die Tatsache allein, daß ein Sozialist sich zur Landesverteidigung bekenne, mache ihn zum

Verräter an den internationalen Traditionen und am internationalen Sozialismus. Das ist nicht wahr. Die Umstände, unter denen es geschieht, die sind es, die die Aktion der einen oder der andern zur Verräterei stempeln! Die Internationale hat seitdem sie besteht jederzeit nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zur Landesverteidigung anerkannt. Und wenn sie dies getan hat, so muß sie — sonst hätte es keinen Sinn gehabt und wäre ein Widerspruch in sich selbst gewesen — auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt haben, die Schuldfrage zu stellen, die Frage, wer sich im Angriffe und wer sich in der Verteidigung befindet, für den Fall, daß es zum Ausbruch eines Krieges kommen sollte.

In der Tat: Lesen Sie die Protokolle der Internationale durch und Sie werden nicht ein einziges finden, Sie werden nicht auf einen einzigen Beschluß stoßen, der die Pflicht zur Landesverteidigung nicht anerkennen würde. Nehmen wir die allerletzten: diejenigen, die uns binden und die in den Protokollen von Kopenhagen und Stuttgart stehen. In Stuttgart wurden die Beschlüsse angenommen, die heute noch in dieser Frage maßgebend für uns sind und auf die sich seltsamerweise jetzt alle berufen. Es ist eine Eigentümlichkeit unserer Zeit, daß die verschiedensten Elemente sich auf die gleichen Dinge stützen, um ihre einander widersprechenden Handlungen zu rechtfertigen. Daher muß untersucht werden, wer das mit Recht tun kann und wer nicht, und ich glaube, daß selbst unter denjenigen Sozialisten, die auf Grund dessen, was sie als die praktische Lektion des Krieges betrachten, heute die Landesverteidigung ablehnen, nicht ein einziger sein wird, der ernsthaft behaupten will, daß die Verhandlungen in Stuttgart irgendwie besagen, daß das Prinzip der Landesverteidigung von der internationalen Sozialdemokratie abgelehnt werden müsse. Wir haben uns an die Dokumente zu halten, an den Beschluß selbst und vor allen Dingen auch an den Bericht, den der Kommissionsberichterstatter gegeben hat in der Vollsitzung des Kongresses. Ich habe mir leider ein deutsches Exemplar des offiziellen Protokolles nicht verschaffen können, sondern nur ein französisches. Aber das hat sogar seinen Vorteil, denn der französische Text ist das Original, da Berichterstatter Genosse Vandervelde war, was ich besonders deshalb unterstreiche, weil es uns zeigt, daß Vandervelde, dem einige Zimmerwald-Kientaler Genossen einen ganz

speziellen Haß widmen, die Prinzipien, die er früher proklamierte, heute nichts weniger als verraten hat und von dem wir feststellen können, mit dem offiziellen Protokoll in der Hand, daß er die Grundsätze, denen gemäß er heute handelt, vor aller Öffentlichkeit, vor den Sozialisten aller Länder und dem Bürgertum der ganzen Welt in sehr scharfer Weise als die internationalen, sozialistischen proklamiert hat. In der Tat, als offizieller Berichterstatter der Kommission, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, interpretierte Genosse Vandervelde vor dem Gesamtkongreß zu Stuttgart jene Beschlüsse, die auf die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege Bezug haben, folgendermaßen:

„Das zweite Prinzip, das in bewunderungswürdiger Weise durch die Reden von Bebel und Vaillant definiert wurde," —

ich mache Sie aufmerksam darauf, werte Anwesende und Genossen, daß es zu gleicher Zeit die Ideen von Bebel und Vaillant sind, denen Vandervelde in seinem Bericht Ausdruck gibt, und ich hoffe, daß auch die gestrengsten, die unbarmherzigsten, die unfehlbarsten unter den Zimmerwalder Genossen diesen beiden nicht abstreiten wollen, ausgezeichnete, in jeder Hinsicht mustergültige Sozialisten gewesen zu sein, als sie jene Reden hielten, —

„das zweite Prinzip, das in bewunderungswürdiger Weise durch die Reden Bebels und Vaillants definiert wurde, besteht darin, daß die Existenz der Internationale die Existenz autonomer Nationalitäten zur Vorbedingung hat. Unsere Föderation ist keine amorphe Masse von Einzelindividuen; es ist eine freie Föderation lebendiger Nationalitäten, zu denen wir nicht nur diejenigen zählen sollen, die unter verschiedenen Regierungen leben, sondern auch diejenigen, denen, wie Finnland und Polen, die Internationale das Lebensrecht anerkennt.

Durch diese Proklamierung der Berechtigung nationaler Formationen antworten wir den Kritiken, die in allen Ländern erhoben werden könnten gegen die Resolution, die wir annehmen werden. Französische Blätter werden wir erklären sehen, daß einzig und allein die deutschen Sozialisten Patrioten sind, während die deutschen Blätter sagen werden, daß nur die Franzosen das Vaterland entschieden verteidigen.

Aber diese einander widersprechenden Anklagen zerstören sich selbst. Und unsere Beschlüsse werden zeigen, daß man die Nationalitäten als notwendig betrachten kann, ohne die internationalistischen Gefühle abzuschwächen.

Diesem Prinzip entspringt notwendigerweise eine Schlußfolgerung: nämlich, daß die Nationen wie die Individuen das Recht auf Verteidigung haben gegen eine Invasion, gegen einen Überfall, gegen einen Angriff, der ihre Unabhängigkeit bedrohen würde. Das Recht der Nationen auf Verteidigung schließt jedoch unter den gegebenen Umständen eine technische Organisation der Landesverteidigung ein Und deshalb schlägt die Kommission vor, zu sagen, daß die Organisierung der Miliz der bewaffneten Nationen ein Verteidigungsmittel der Nationen und Völker bildet, eine wirkliche Garantie gegen die Eroberungsgefahren, die seitens der Regierungen drohen."

Das also ist die Definition, die gegeben wurde vor dem großen internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart, dessen Resolutionen heute noch in Kraft sind. Niemand hat widersprochen auf dem Kongreß selbst.

Das also ist der Sinn des Beschlusses, auf den sich heute diejenigen glauben berufen zu dürfen, die die Landesverteidigung entweder im Prinzip ablehnen oder dadurch, daß sie ohne Rücksicht auf die Schuldfrage von den sozialistischen Abgeordneten aller Länder die Ablehnung der Kredite verlangen. Ich glaube, wer den Tert dieser Erklärung gehört hat, wird ihnen das Recht dazu nicht zugestehen. Doch man könnte einwenden, daß man gelernt und daß man die Notwendigkeit eingesehen habe, den alten Standpunkt fallen zu lassen. Diese Einwendung zu diskutieren würde mich zu weit führen, obgleich ich später noch kurz darauf zu sprechen kommen werde. Aber selbst wenn das der Fall wäre, gäbe es niemandem, der heute, inmitten der kriegerischen Ereignisse, nicht auf dem Boden der Landesverteidigung steht, das Recht, diejenigen des Verrats am Sozialismus zu zeihen, die jetzt noch die Prinzipien hochhalten, die vom Vorsitzenden der Internationale im Namen der Kommission als die Basis der Internationale proklamiert wurden, zu einer Zeit, da noch nicht Krieg war.

Wenn wir jedoch auf dem Boden der Landesverteidigung stehen und anerkennen, daß die Internationale bis zum Ausbruch dieses Krieges Beschlüsse gefaßt hat, die bis heute durch keinen andern Kongreß umgestoßen wurden, und die die Landesverteidigung als ein Recht der Sozialdemokraten der verschiedenen Länder bezeichnen, so bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die Schuldfrage zu stellen, sonst verlieren wir uns in einem Chaos. Es würde unmöglich werden, uns irgendwie zu verständigen, unmöglich werden, irgendwie zu untersuchen, inwiefern die Aktion der Sozialdemokratie des einen Landes übereinstimmt mit den Thesen der Internationale und wo die Aktion der Sozialdemokratie des andern Landes in Widerspruch gerät mit den gefaßten Beschlüssen. Und die Schuldfrage können wir nicht anders stellen als auf dem Boden der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft, auf dem Boden, der gegeben war durch die Beziehungen der Staaten zueinander, durch die Haltung der verschiedenen Regierungen, auf dem Boden der allgemeinen politischen Verhältnisse, die geherrscht haben bis zum Beginn dieses Krieges, und vor allem auf dem Boden der Vorkommnisse, die sich ereigneten in der entscheidenden Woche, in der der Krieg ausbrach. Diejenigen, die glauben, eine internationale proletarische Aktion herbeiführen zu können, dadurch, daß sie diese wichtige Frage als eine solche bezeichnen, die die Sozialisten nicht interessiert, täuschen sich selbst. In Wirklichkeit stützen sie sich nicht auf ein scharf ausgeprägtes sozialistisches Bewußtsein der Arbeitermassen, sondern auf deren so selbstverständliche, so unvermeidliche Kriegsmüdigkeit. Natürlich gibt es heute in allen Ländern nicht nur Sozialisten, sondern auch bürgerliche Elemente, die erklären: laßt uns mit der Schuldfrage in Ruhe, wir wollen Frieden haben, und natürlich werden sich diese Elemente finden, wenn sie sich suchen. Aber die Tatsache, daß man sich dann findet, wie in Zimmerwald und Kiental, so zu deuten, als ob dies allein den wahren Geist des Sozialismus bezeuge, die einzige sozialistische Art und Weise zu „handeln" sei, — die Enttäuschungen, die physische und seelische Müdigkeit, das Entsetzen vor dem Krieg und seinen verruchten Folgen zu benutzen, um zu erklären, daß ohne Rücksicht auf die Situation des Landes, ohne Rücksicht auf die Schuldfrage, ohne Rücksicht auf die bestehenden politischen Probleme der sofortige Friede gefordert werden müsse: das heißt sich die Arbeit gar leicht

machen, das heißt die unerhörten Komplikationen der gegenwärtigen Verhältnisse dadurch zu überwinden suchen, daß man den Kopf vor ihnen in den erstickend trockenen Sand einer wirklichkeitsfeindlichen Theorie steckt.

Im allgemeinen hört man von jener Seite folgende Argumente immer wieder: Die Schuldfrage interessiert uns deshalb nicht, weil vom sozialistischen Standpunkte aus alle gleich schuldig sind, oder: die Schuldfrage interessiert uns deshalb nicht, weil die eine Regierung wie die andere diesen Krieg herbeigeführt hat. Das sind Formeln, mit denen man in Versammlungen außerordentlich leicht arbeiten, mit denen man jedem Gehirn, dem die Tatsachen fremd sind, die Illusion eines klaren, fertigen Urteils verschaffen kann. Aber weder die Tatsache, daß eine solche Formel einen über sonst große Schwierigkeiten hinweg bringt, noch der Umstand, daß sie des Leidens müde, zermarterte Köpfe befriedigt, ist ein Beweis für ihre Richtigkeit. Daß man die Schuldfrage stellen *muß*, dafür haben sich übrigens sehr viele von denjenigen ausgesprochen, die jetzt zu Zimmerwald und Kiental gehören, zu einer Zeit, da sie genau so gute Sozialisten waren wie heute, da sie aber die Müdigkeit, das Grauen noch nicht so stark gepackt hatte. So manchen unter denen, die heute einfach verlangen: „Schluß machen mit dem Krieg, ohne zu fragen, wie er entstanden ist, nur Schluß machen," erschien es damals, als sie noch dachten, der Krieg werde bald zu Ende gehen, sehr wichtig, klarzusehen in der Entstehungsfrage, um dann gegen die Hauptschuldigen ihre Speere zu richten.

Wenn ich sage, daß für mich die Schuldfrage heute noch ebenso wichtig ist und wenn ich zurückgreifen werde auf das, was die bekanntesten Führer der Zimmerwalder und Kientaler Konferenzen in der Anfangsepoche des Krieges geschrieben haben darüber, so stelle ich von vorneherein fest, daß sie damals diese Schuldfrage ausnahmslos beantworteten in demselben Sinne, wie ich sie beantworte. Und wie? *Zu Lasten Deutschlands.* Keinerlei nationaler Haß ist es, der mich zwingt, zu betonen, daß eine andere Antwort gar nicht möglich ist, sondern meine tiefste Überzeugung, soweit ich mir diese Überzeugung verschaffen konnte auf Grund des Materials, das allen denen zugänglich ist, die versuchen, sich mit der Materie vertraut zu machen.

Wie die Stellung des Sozialismus in diesem Kriege bewertet werden soll, wie groß die Verantwortung der einzelnen sozialistischen Parteien ist, das läßt sich nur erörtern, wenn wir, so kurz als das im Rahmen eines solchen Vortrages geschehen kann, die Frage streifen, wie dieser Krieg entstand: denn nur dann werden wir begreifen, warum die Aktion der verschiedenen sozialistischen Parteien nicht mit gleichem Maßstabe gemessen werden kann.

In der entscheidenden Woche vor dem Kriege gab es eine Presse auf der Welt, die die Schuld Österreich-Ungarns und Deutschlands immer und immer wieder verkündete: die sozialdemokratische! Ich habe heute noch ein Parteiblatt in der Hand gehabt, das ich mir mitbrachte, als ich aus Rheinland-Westfalen, wo ich in einer Reihe von öffentlichen Versammlungen gegen den Krieg gesprochen hatte, 48 Stunden vor Ausbruch desselben wegfuhr. Ich habe darin heute wieder die flammenden Titel gelesen, die ich seither nie mehr vergessen hatte: „Österreich will den Massenmord", „Deutschland nimmt unerhörte Schuld auf sich" und ähnliche. In der ganzen deutschen sozialdemokratischen Presse fanden Sie solche Beschuldigungen tagtäglich in den allergrößten Lettern gedruckt. Es waren Verzweiflungsschreie und wilde Anklagen, die aus den Leitartikeln, aus den Darlegungen der Versammlungsredner mit unerhörter Wucht herausbrachen. Und der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand selbst war es, der der deutschen Regierung zurief, daß bei ihr die Entscheidung über Krieg und Frieden liege. Haben Sie etwas Ähnliches in der Parteipresse Englands oder Frankreichs gelesen gegen die englische oder die französische Regierung? Nein. (Zwischenruf Dr. Nachimson: Und in der russischen Parteipresse?) In der russischen Parteipresse wird wahrscheinlich die russische Regierung scharf angegriffen worden sein. Ich bin der letzte, der leugnen wollte, daß es in Rußland Leute gab, die bestimmt auf einen Krieg rechneten und die ihn auch herbeiwünschten. Aber ich bin auch der letzte, der zugeben würde, daß am Ausbruch des Krieges, in dem sich Europa heute befindet, Rußland eine unmittelbare Schuld trägt, die gleichbedeutend wäre mit der Schuld Deutschlands und Österreichs. (Unterbrechungen links.) O ich verstehe die Unruhe, die in der linken Ecke des Saals entsteht. Ich höre, wie mir innerlich einige zurufen: „Wie kannst du sagen, daß Rußland nicht schuldig ist, weißt du nicht, daß

es Konstantinopel erobern, daß es Armenien haben wollte?" Diese Dinge sind mir wohl bekannt, und trotzdem vergesse ich nicht, daß kurz vor dem Ausbruch des Krieges entscheidende Dinge vorgefallen sind, die Rußland entlasten und ausschließlich die Zentralmächte belasten. Natürlich, wenn wir anfangen, die Politik der letzten Jahre zu untersuchen, so werden wir finden, daß die Regierungen aller Länder bis zu einem gewissen Grad mitschuldig sind: mitschuldig, selbst wenn sie den besten Friedenswillen gehabt hätten, schon auf Grund der Tatsache, daß sie bürgerlich-kapitalistischen Staaten vorstanden und daß sie nur bürgerlich-kapitalistische Politik machen konnten, mitschuldig allein auf Grund ihrer Existenz, die ihnen nicht erlaubte, aus dem harten, waffenstarrenden Panzer der heutigen Gesellschaft herauszuschlüpfen, mitschuldig, weil es uns noch nicht gelang, den Sozialismus durchzuführen. Und darin liegt die Quelle unserer Anklagen gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung als solche. Aber wenn ich dieses volle Glas Wasser, das hier vor mir auf dem Tisch steht und das im Laufe der Jahre austrocknen könnte, zum Überlaufen bringen will, so muß ich den Tropfen hineingießen, der das Zuviel bildet. Und das haben Österreich-Ungarn und Deutschland getan, als sie den Riesenschuldkessel Europas durch die Kriegserklärungen an Serbien, Rußland und Frankreich Ende Juli und Anfang August 1914 zum Überlaufen brachten, so daß seither ein furchtbarer Blutstrom, in dem die Menschlichkeit zu ertrinken droht, alle Gefilde des Kontinents rötet.

Werden Sie aus der linken Ecke mir zurufen, daß es unmöglich sei, zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu unterscheiden, angesichts der Verknüpfungen, welche die moderne Entwicklung des Kapitalismus hervorrief? Werden Sie auch wieder sagen, daß es ein unsozialistisches Bemühen wäre, den Versuch zu machen, diesen Unterschied zu erkennen und festzustellen? Sicher werden Sie das tun: aber Ihre Betrachtungsweise ist deshalb noch lange keine sozialistische, wenn sie auch sehr bequem für Sie sein mag. Wenn ich der gegenteiligen Ansicht bin, wenn ich sage, daß dem Gewirr zum Trotz sich die nötigen Unterschiede machen lassen, so stimme ich darin vollkommen überein nicht nur mit dem einzig möglichen Sinn unserer internationalen Kongreßbeschlüsse, sondern auch mit demjenigen, der zu den größten Führern der deutschen Sozialdemokratie gehörte und

der leider seit drei Jahren nicht mehr unter uns weilt: mit August Bebel. Als man in Deutschland diese Frage und die Stellung, welche die deutsche Partei dazu einnehmen sollte, erörterte, rief auch jemand auf dem Parteitag in Essen, im Jahr 1907, aus, daß man zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg keinen Unterschied machen dürfe. August Bebel aber, der nicht nur eine lange politische Laufbahn hinter sich hatte, sondern auch einen außerordentlich hellsehenden politischen Instinkt besaß, antwortete in der unzweideutigsten Weise darauf: Doch, Genossen, wir können diesen Unterschied machen, denn wir sind keine politischen Kinder mehr; selbstverständlich wird es keine Regierung geben, die ganz frei von Schuld wäre, wenn ein Krieg ausbrechen sollte. Das wissen wir! Aber die Aufgabe der Sozialdemokraten wird es sein — und damit hat Bebel das Wort gesprochen, dessen Befolgung die Internationale vor der traurigen Situation, in der sie sich heute befindet, bewahrt hätte — die Aufgabe der Sozialdemokraten wird es sein, sich gegen diejenige Regierung zu wenden, die den Krieg zum Ausbruch brachte!

Werden Sie den Mut haben, Bebel deshalb nachzurufen, daß er ein schlechter Sozialist war, daß er sein ganzes Leben nicht verstanden habe, was sozialistische Prinzipien sind, einfach weil er sozialistische Prinzipien, sozialistische Auffassungen und sozialistisches Wollen nicht für unvereinbar hielt mit klarem Blick und gesundem Menschenverstand, und weil er dieser, von den Zimmerwald-Kientaler Genossen so gering, von mir und denen, die wie ich denken, so hoch eingeschätzten „Formalität", die in der Kriegserklärung, im Aufbrechen des Konflikts besteht, eine für die Stellungnahme der Sozialisten entscheidende Bedeutung zusprach?

Wenn man in ein Zimmer gehen will, muß man die Türe aufschließen. Schließt man die Türe nicht auf, so ist das Zimmer gleichwohl da. Die Kriegsgefahr wäre in der heutigen Gesellschaft nicht weniger vorhanden gewesen, auch wenn der Krieg nicht zum Ausbruch gebracht worden wäre. Das Tor aufgesprengt hat die deutsch-österreichische Regierung. (Zwischenruf: Die serbische Regierung!) Jemand ruft: die serbische Regierung. Ich weiß nicht, ob der Genosse das ernst meint: mich wird er jedenfalls mit diesem Schlüssel nicht zum Marschieren bringen. Alle Regierungen mögen im Lauf der

Jahre hinter das Tor Bomben gelegt haben; alle Regierungen der Welt mögen allein dadurch, daß sie, wie ich ja schon sagte, eine bürgerlich-kapitalistische Politik betrieben und betreiben mußten, Zündstoff angehäuft haben, diejenigen aber, welche den Funken hineinwarfen, der die Explosion hervorrief, das waren die deutsch-österreichischen Regierungen. (Zwischenruf Dr. Nachimson: Die russische Mobilisation!) Für diesen Zwischenruf, der mir sehr angenehm ist, danke ich Ihnen bestens und ich werde Ihnen darauf antworten. Aber vorher will ich Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, was die äußerste Linke der deutschen Opposition, die in Zimmerwald und Kiental vertreten war, in einem ihrer Flugblätter schrieb, dessen Inhalt sicherlich nicht nur auf den Wunsch zurückzuführen ist, sich im innern Kampf scharfe Waffen zu schleifen — diese Annahme erschiene mir einfach ungeheuerlich unter den heutigen Umständen — sondern der voll und ganz der Überzeugung seiner Verfasser entspricht. Nun, in diesem Flugblatt des mutigsten Flügels der deutschen Opposition, das im Sommer 1915, also ein Jahr nach Ausbruch des Weltkrieges, unter den Arbeitern Berlins verteilt wurde, verteilt nicht von irgendwelchen „frankophilen Sozialpatrioten", die den Zimmerwald-Kientaler Genossen ein gar so arges Entsetzen einflößen, verteilt auch nicht von Leuten wie Bernstein, Kautsky oder Haase, die die Bedeutung der Schuldfrage ja nie geleugnet haben und die von Ihnen in der linken Ecke dafür auch als halb oder ganz verlorene Schafe angesehen werden, sondern verteilt von deutschen Genossen, die heute mit Zimmerwald-Kiental marschieren, in diesem Flugblatt, das betitelt ist: „Wer hat die Schuld am Kriege?" und das die „Berner Tagwacht" am 18. Oktober 1915 abdruckte, steht zu lesen:

„Die Schuld, den Weltkrieg entfesselt zu haben, lastet auf der deutschen Politik, jedoch glauben wir, daß sie „mildernde Umstände" für sich geltend machen kann: sie hat sich verrechnet. Man darf nämlich annehmen, daß sie doch wohl anders gehandelt hätte, daß sie Österreich von dem Anschlage auf Serbien zurückgehalten oder die Beilegung des Konfliktes durch Vermittlung der Mächte nicht vereitelt hätte, wenn sie gewußt hätte, welche Wendung der Krieg nehmen würde."

Kann man einen Augenblick annehmen, daß die Verfasser diese Sätze schrieben, ohne von ihrer Richtigkeit überzeugt zu sein?

Sicherlich nicht. Dann aber ergibt sich ein ehernes Entweder — Oder. Entweder die Genossen, die sich heute so empören, wenn Sozialisten die Schuldfrage als etwas Wichtiges hinstellen, erklären, daß die Verfasser vom sozialistischen Standpunkt aus die Berliner Arbeiter, das ganze deutsche Volk betrogen haben, daß sie keine guten Sozialdemokraten waren, als sie ihr Flugblatt schrieben und verbreiteten, oder sie erkennen die Richtigkeit dessen an, was drin steht, und dann möchte ich sehen, mit welchem Recht sie vom hohen Zimmerwald-Kientaler Roß herab uns in den Pfuhl ihrer theoretischen und praktischen Verachtung stoßen, weil wir aus diesen von Berliner Sozialdemokraten gemachten Feststellungen die Folgerungen ziehen, die sich uns infolge unserer Übereinstimmung mit den Traditionen der Internationale aufdrängen und die uns unter anderem veranlassen, Unterschiede und große Unterschiede zu machen zwischen den Ländern, die sich gegenwärtig im Krieg miteinander befinden. Diese Unterscheidungen, man verstand sie übrigens glänzend im einzelnen zu machen in demselben oppositionellen Flugblatt, aus dem ich Ihnen eben eine Stelle vorgelesen habe. Und wieder nehme ich an, daß ihre Urheber nur ihrer reinsten Überzeugung Ausdruck verliehen. Sie erörtern die Frage, ob wirklich England so schuldig am Krieg sei, wie es die ganze deutsche bürgerliche Presse und die Blätter der sozialdemokratischen Mehrheit behaupteten. Und dazu schrieben sie:

„Ob England eine andere Haltung eingenommen haben würde, wenn Deutschland die Neutralität Belgiens respektiert hätte, ist leicht zu entscheiden. Obgleich ein bedeutender Teil der englischen Bourgeoisie genau so wie ein Teil der deutschen von der Kriegswut besessen ist, so ist die englische Arbeiterklasse aus proletarischem Klasseninstinkt gegen den Krieg, und der bei weitem größere Teil der Bourgeoisie hat vom Kriege nichts zu hoffen. Da England ein wirklich konstitutionelles Land ist, so hätte die Regierung gegen den Willen der übersteigenden Mehrheit die Nation nicht in den Krieg stürzen können."

Das ist ein Jahr nach Ausbruch des Krieges geschrieben worden, nicht von mir, nicht von irgend welchen Verteidigern der Entente, sondern von den mutigsten und opferwilligsten deutschen Genossen, von denen einige für dieses Flugblatt ins Gefängnis wanderten. Und wiederum frage ich: kann es eine Wahrheit geben, die nur in

Berlin Wahrheit ist und die von andern Sozialisten im feindlichen oder im neutralen Ausland ausgesprochen zur Unwahrheit wird? Selbst die kühnsten theoretischen Chemiker unter den Zimmerwald-Kientaler Genossen werden das nicht behaupten wollen.

Sehen wir uns auf der andern Seite an, um nur ein Beispiel zu zitieren, was dasjenige Blatt schrieb, das von dem Genossen redigiert wird, der die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental geleitet hat und der schon vor dem Krieg ein ebenso guter Sozialdemokrat war, wie er es zu Beginn des Krieges blieb und heute noch ist, trotzdem er nach Zimmerwald und Kiental ging. Am 6. August 1914 las man in der „Berner Tagwacht":

„An der Spitze der letzten Ereignisse steht die zynische Erklärung der deutschen Regierung über ihren schamlosen Bruch der Neutralität Belgiens. Wenn je, so zeigte sich hier, wie der Wert der heutigen Zivilisation in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer äußeren Form steht. Man wird in der Geschichte weit zurückblättern müssen, um einen Vorgang zu finden, der an Brutalität, Zynismus und Barbarei auch nur annähernd an das heranreicht, was Deutschland an der Neutralität des kleinen Belgiens frevelte. Alle Grundsätze und Regeln des Völkerrechts wurden in den Kot getreten. Als Entschuldigung kann die deutsche Regierung nicht einmal die Notwehr geltend machen. Deutschland war nicht angegriffen. Es ist auch nicht wahr, daß ihm ein Angriff seitens Frankreichs auf belgischem oder durch belgisches Gebiet drohte. Alle Ereignisse, alle militärischen Operationen, die Deutschland vor und nach der Mobilisation ausführte, lassen scharf erkennen, daß der seit Jahren sorgfältig vorbereitete Kriegsplan von dem Einmarsch und der Besetzung Belgiens ausging, um nach dem Norden Frankreichs zu gelangen..... Man wird uns des Verdachtes nicht zeihen, daß wir Glorifikatoren des Zarismus seien, wenn wir sagen, daß die deutsche Regierung an dem heutigen Krieg mindestens ebensoviel Verantwortung trägt als die russische. Denn nie und nimmer hätte es Österreich gewagt und wagen dürfen, in so niederträchtiger, brutaler und provokatorischer Weise gegen Serbien vorzugehen, ohne zu wissen, daß Deutschland nicht nur als Bundesgenosse, sondern als treibende Kraft hinter ihm stand."

Die Schuldfrage war es also, die den leitenden Redakteur des Blattes in jenem entscheidenden Augenblick am meisten bewegte. Es liegt mir ein zweiter Artikel vor vom 7. September 1914 über das deutsche Weißbuch und einen Artikel, den Richard Fischer zur Verteidigung der deutschen Sache im Züricher „Volksrecht" veröffentlicht hatte. Mit Recht sagte die „Berner Tagwacht", daß es kein schwereres Anklagematerial gegen die deutsche Regierung geben könne, als das was in dem Weißbuch enthalten ist. Und doch kannte sie damals eine sehr bezeichnende Sache noch nicht, die man erst später erfuhr: daß die deutsche Regierung das wichtigste aller Telegramme glatt unterschlagen hatte, das Telegramm, in dem der Zar den Vorschlag machte, den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Erlauben Sie mir, werte Genossen, dabei eine kurze Zwischenbemerkung. In seinem eben erwähnten Artikel, den das Zürcher „Volksrecht" damals veröffentlichte, schrieb Richard Fischer, der von Anfang an zu den eifrigsten Verteidigern der am 4. August 1914 eingeleiteten Fraktionspolitik gehörte, in stolzer Selbstsicherheit:

„Ich habe weder Beruf noch Neigung, die deutsche Regierung zu verteidigen, aber gegenüber dem fürchterlichen Vorwurf, ganz Deutschland habe den Krieg gewollt, darf ich als Deutscher verlangen, daß man uns Deutschen den Nachweis wenigstens einer Tatsache bringt, inwiefern die deutsche Regierung entgegen ihren Erklärungen das deutsche Volk und Parlament belogen hat."

Ich glaube, daß, auch wenn es sonst gar keine andern gäbe, die eine Tatsache der Unterschlagung des vom Zaren gemachten Schiedsgerichtsvorschlags in dem Weißbuch, das die Kaiserliche Regierung in der tragischsten Schicksalsstunde der Vertretung des deutschen Volkes, dem Reichstag, als Zeugnis für ihre Unschuld vorlegte, eine alle Zweifel vernichtende Antwort auf diese Frage Richard Fischers bildet, die mit ihm damals die ganze sozialdemokratische Mehrheitspresse wiederholte. Richard Fischer und mit ihm alle seine Freunde haben kurze Zeit darauf diese „eine Tatsache" erfahren: aber der kühne Frager hat sich gehütet, aus der neuen Belehrung irgend eine sozialistische Folgerung zu ziehen. Allerdings, was er in seinem stillen Kämmerlein dachte, weiß ich nicht.

Und heute interessiert mich auch viel mehr, was damals die „Tagwacht" schrieb über das deutsche Weißbuch. Sie zitierte zuerst die Stelle, an der die deutsche Regierung mitteilt, daß sie den österreichischen Bundesgenossen habe wissen lassen, daß „eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, ihre Billigung finden würde". In Fettdruck wurde dann folgender Satz wiedergegeben aus dem deutschen Weißbuch:

„Wir waren uns wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte."

Wozu der spätere Präsident von Zimmerwald und Kientaal in vollkommen unzimmerwaldlerischer, unkientalischer, aber dagegen kritisch sicherer und wahrheitsgetreuer Weise bemerkte:

„Hier liegt der entscheidende Punkt. Die deutsche Regierung wußte, daß der Krieg Österreichs gegen Serbien die Entfesselung des europäischen Krieges bedeutete. Das Weißbuch läßt darüber keinen Zweifel aufkommen. Wußte aber die deutsche Regierung, daß der österreichisch-serbische Krieg den Krieg der Großmächte bedeutet und war die deutsche Regierung tatsächlich so sehr um den Frieden besorgt, wie es die deutschen Genossen glauben, so hätte sie in diesem ersten Stadium, das die europäische Kriegsgefahr heraufbeschwor, eingreifen und ihren festen Friedenswillen betätigen müssen. Hat die deutsche Regierung das getan? Auch hierüber gibt das Weißbuch Auskunft. Auf Seite 4 lesen wir: Vom ersten Anfang des Konfliktes an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handelte, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde." Damit ist die Frage, ob die deutsche Regierung den europäischen Frieden wollte, entschieden."

Mit welcher logischen Sicherheit, mit welcher unbefangenen Klarheit doch damals dieser Genosse zu urteilen verstand, der später jeden, der dieser alten Ansicht treu blieb und die nötigen Schlußfolgerungen daraus zog, jeden, der fortfuhr, diese Frage als entschieden und als entscheidend zu betrachten, so „grimmig" anklaffte.

Da ich soeben, den Spuren der „Tagwacht" erster Garnitur folgend, aus dem deutschen Weißbuch die Stelle vorgelesen habe, in der von der deutschen Regierung zugegeben wird, sie sei sich der Gefahr, in einen allgemeinen Krieg verwickelt zu werden durch den österreichisch-serbischen Konflikt, bewußt gewesen, so erlaube ich mir in direktestem Zusammenhang damit ein aus ganz anderer Quelle stammendes Zitat hinzuzufügen, allerjüngsten Datums, das ich bisher noch nicht in den schweizerischen, französischen oder gar den deutschen Blättern wiedergegeben fand, und das nach meiner Ansicht die Kette des zu Lasten der Zentralmächte geführten Schuldbeweises endgültig schließt. Noch einmal rufe ich Ihnen zu, ehe ich es vorlese: Vergessen Sie nicht, daß die deutsche Regierung erklärte, sich klar darüber gewesen zu sein, welches die Folgen eines österreichisch-serbischen Krieges sein könnten. Und nun halten Sie daneben, was man am 27. Mai 1916 in dem hochregierungsoffiziösen Organ von Budapest, dem „Pester Lloyd" über den „Friedenswillen" der Doppelmonarchie lesen konnte. Der „Pester Lloyd" brachte an diesem Tag als Antwort auf gewisse Erklärungen Sir Edward Greys einen langen Artikel, den die österreichische Presse selbst als offiziös bezeichnete. Hatten die Erfolge an der italienischen Front die Regierenden in Budapest und Wien in einen Taumel verwegenen Stolzes gestürzt, der sie die Gefährlichkeit gewisser Geständnisse nicht mehr erkennen ließ? Welches auch die psychologische Verfassung der Herren gewesen sein mag, den Satz, den sie am 27. Mai 1916 in Sperrdruck im „Pester Lloyd" veröffentlichen ließen, werden sie nicht mehr auslöschen können, den Satz:

„Wie groß und unabänderlich unsere Entschlossenheit war, den Streit mit Serbien so auszutragen, daß die verbrecherische Friedensbedrohung von dieser Seite ein für alle Mal ausgeschaltet würde, das mag Sir Edward Grey daran erkennen, daß wir in voller Aufrichtigkeit feststellen: auch wenn die russische Regierung ihre trotz scheinheiliger Zusicherungen und Beteuerungen heimlich fortgesetzte Mobilisierung unterlassen oder abgebrochen hätte, wäre Österreich-Ungarn auf keine Konferenz gegangen, sondern es hätte darauf bestanden, unbehindert von jedem Dritten seine Sache

mit Serbien entsprechend den Notwendigkeiten seiner künftigen Sicherheit auszutragen."

Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung", die diese Stelle am 28. Mai 1916 abdruckte, fügte hinzu: „Auch in der offiziösen Erklärung sind diese Sätze durch Sperrdruck hervorgehoben." So kurz diese Bemerkung ist, was die „Wiener Arbeiterzeitung", der eine scharfe Zensur äußerste Vorsicht aufzwingt, damit sagen wollte: wir verstehen es alle.

Nachdem man also 22 lange Monate hindurch in Ungarn, in Österreich, aber vor allem in Deutschland das Volk von der Unschuld der eigenen Regierungen dadurch zu überzeugen suchte, daß man unaufhörlich beteuerte, der beste, der ehrlichste Friedenswille der Zentralmächte hätte nichts genützt angesichts der russischen Mobilisation, nachdem dem Volk 22 Monate diese russische Mobilisation als die eigentliche Ursache des grauenhaften Krieges hingestellt wurde, kommen die Offiziösen in Budapest und schleudern mit zynischer Geste das Geständnis in die Welt: und wenn Rußland gar nicht mobilisiert hätte, und wenn Rußland seine Mobilisation unterbrochen hätte, auf eine Verständigungskonferenz wären wir doch nicht gegangen, auf den Krieg gegen Serbien hätten wir doch nicht verzichtet, — auf diesen Krieg, von dem die deutsche Regierung in ihrem Weißbuch dem Reichstag offen sagte, daß sie nichts gegen ihn tun wollte, nichts gegen ihn tat, obschon sie wußte, welche Folgen er haben könnte. Daß es doch die Millionen von Leichen aller Nationen noch hörten!

Ich aber möchte denjenigen sehen, der angesichts dieser regierungsoffiziösen Feststellungen den Mut hätte, zu behaupten, daß immer noch Zweifel beständen, was die „friedlichen" Absichten der österreichisch-ungarisch-deutschen Regierung betrifft. Nein, darüber kann für jeden, der sich die Schuldfrage objektiv vorlegt und objektiv zu beantworten sucht, nicht der allergeringste Zweifel mehr bestehen. Und selbst auf der „Berner Tagwacht", die ich als offiziöses Organ der Konferenzen von Zimmerwald und Kiental betrachten darf, und die in ihren kritischen Betrachtungen heute alle Länder gleichmäßig behandelt und die Haltung der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder mit der gleichen Elle mißt, hat man trotz Zimmerwald das Gefühl dafür nicht verloren, wenn man sich auch im all-

gemeinen bemüht, es nicht mehr zum Ausdruck zu bringen. Noch am 1. Februar 1916, also ein und dreiviertel Jahre nach dem Ausbruch des Krieges und beinahe ein halbes Jahr nach Zimmerwald, las man im Anschluß an die Wiedergabe einer Besprechung der „Badischen Landeszeitung" über die an die französischen Protestanten gerichtete Broschüre des Pfarrers Dr. Bolliger in Zürich, folgenden Satz im Blatt des Präsidenten von Zimmerwald und Kiental:

„Diese Auslassungen sind darum außerordentlich interessant, weil sie das nackte Eingeständnis enthalten, daß Deutschland im Juli 1914 den Krieg gewollt und seine Entstehung gerade in diesem für sich günstigen Zeitpunkte herbeigeführt hat. Bisher ist das von deutscher Seite stets beharrlich geleugnet, dem deutschen Volke und der Welt vorgemacht worden, Deutschland sei der Überfallene."

Etwas anderes sage ich auch nicht. (Zwischenruf Radek: „Sie rennen offene Türen ein!") Offene Türen einzurennen mag überflüssig sein, offene Gehirne vielleicht nicht, Genosse Radek, dabei denke ich nicht an das Ihrige. Denn Sie und Ihre engeren Freunde, mit Eurer „nur-imperialistischen" Zauberformel, Ihr werdet natürlich vernünftigen, objektiv-logischen Schlüssen unzugänglich bleiben. Das überrascht mich nicht. Großmütig werdet Ihr sogar zugeben: gut, die formelle Schuld — und das Wörtchen „formell" wird in Eurem Mund von jenem erhaben-verächtlichen Ton getragen sein, den Ihr zum täglichen Gebrauch stets zur Verfügung habt — gut, die formelle Schuld mag bei Deutschland liegen, aber was heißt das? dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg und hat nur imperialistische Ursachen. — Darauf läßt sich nicht besser antworten, als es einmal der „Vorwärts" getan hat, dessen Redaktion sich heute ja zum Teil auch zu Zimmerwald-Kiental bekennt. In der Nummer vom 16. Dezember 1915, also nachdem man anderthalb Jahre Zeit gehabt hatte, über den wahren Charakter des Krieges nachzudenken, veröffentlichte er einen Artikel über die Rede des Reichskanzlers vom 9. Dezember 1915, in der Herr von Bethmann-Hollweg „von der Schuld an diesem ungeheuerlichsten aller Kriege" gesprochen hatte:

„Der Reichskanzler spricht von einer Schuld am Kriege und nicht von seinen Ursachen," bemerkte der Artikel des „Vorwärts".

„Darin erhebt er sich weit über die Oberflächlichkeit jener Kriegsschriftsteller, die irgend etwas Wesentliches gesagt zu haben glauben, wenn sie die ebenso harmlose, ungefährliche wie leere Entdeckung hartnäckig wiederholen, daß der Krieg „imperialistische" Ursachen habe. Gewiß, der „Imperialismus" als eine (begrifflich schillernde) Entwicklungsform des Kapitalismus birgt die stetige Disposition zu kriegerischen Konflikten, wie auch die unablässige gegenseitige Rüstungsüberbietung. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Disposition für das Übel das Übel selbst zum Ausdruck bringen muß. Auch jeder Streik und jede Aussperrung ist durch den „Kapitalismus" verursacht. Kein Gewerkschaftler wird in solchem Arbeitskampfe irgend einen fruchtbaren Wert darin erkennen, die kapitalistische Verursachung immer aufs neue zu entdecken. Der Kampfteilnehmer und Kampfführer wie der literarische Kampfdarsteller wird vielmehr von den ganz besonderen Ursachen und besonderen Verantwortlichkeiten, den besonderen Zwecken reden, die es bewirkten, daß der Konflikt gerade in diesem Augenblick unter diesen Umständen ausgebrochen ...., und gerade diese besondere Schuldfrage, deren unauslöschliche Verbindung mit der Friedensfrage der deutsche Reichskanzler so klar und sicher erkannt hat, ist zu lösen, nicht aus gelehrtem Interesse, sondern um unserer künftigen politischen Handlungen willen, als richtungsweisend für alles politische Eingreifen der Völker in den Gang der Begebenheiten."

Man kann es nicht besser sagen. Vor kurzem noch hat Karl Kautsky dieselben Gedanken formuliert in einem Brief an einen in der Schweiz lebenden Genossen, der ihn am 20. April 1916 in der „Berner Tagwacht" veröffentlichte. Ich höre den kleinen Rumor in der linken Ecke: ich weiß, daß Ihr dort Kautsky, weil er andere Ansichten hat als Ihr, heute als einen Mummelgreis, der nicht mehr ernst zu nehmen sei, hinzustellen beliebt. Aber auch wenn er am 4. August 1914 die Situation nicht klar erkannt hat, so bleibt er doch für uns und die Sozialisten aller Länder einer der führenden Theoretiker der Internationale, einer, der in seinem Land und darüber hinaus unvergängliche Arbeit für den Sozialismus geleistet hat. Und sein Urteil gilt uns auch heute noch viel, was Ihr aus Zimmerwald

und Kiental auch über ihn denken mögt. In diesem Brief erinnerte Kautsky daran, daß er schon in seiner Broschüre: „Nationalstaat und imperialistischer Staat" gesagt habe, *der jetzige Weltkrieg sei erst in letzter Linie ein imperialistischer*. Und er fuhr fort:

„Das heißt, das imperialistische Streben hat sich Werkzeuge geschaffen, die in manchen Staaten eine Kraft und Eigenbewegung bekamen, die über die imperialistischen Tendenzen und Bedürfnisse hinaus Konflikte zu entfesseln vermochte. Ferner sind die imperialistischen Tendenzen die neuesten, aber nicht die einzigen in der auswärtigen Politik der modernen Großstaaten wirksamen Tendenzen. Andere, dynastischer oder nationaler usw. Natur, sind aus früheren Zeiten überliefert und wirken neben den imperialistischen namentlich auf solche Klassen, die vom Imperialismus nichts zu erwarten haben. Weder die elsässische noch die polnische Frage ist durch den modernen Imperialismus geschaffen worden. Er bildet den Ausgang, nicht aber den Gesamtinhalt des heutigen kriegerischen Konflikts. *Ich lehne also die Erklärung des Krieges aus dem Imperialismus nicht ab, aber ich beschränke mich nicht auf sie, weil sie zu simplistisch ist.*"

In demselben Brief schrieb Kautsky: „Meine Stellung zur Verteidigungsfrage stimmt mit der Haases überein." Und von Haase wissen wir alle, daß er sich bei verschiedenen Gelegenheiten im Laufe des Krieges öffentlich für das Recht der Landesverteidigung aussprach. Wenn er trotzdem der parlamentarische Führer derjenigen wurde, die die Kriegskredite in Deutschland ablehnen, so läßt sich das gar nicht anders erklären, als daß er eben überzeugt ist, daß Deutschland einen Angriffs- und Eroberungskrieg führt, und damit handelt er so, wie Bebel es als notwendig proklamierte. Wenn Kautsky schreibt, daß er mit Haase in dieser Frage übereinstimme, so braucht er gar nicht mehr zu sagen und wir verstehen doch, daß auch für ihn Deutschland und Österreich-Ungarn die entscheidende Schuld am Ausbruch des Krieges tragen.

Nun gilt es aber, aus alledem die Schlußfolgerung zu ziehen, die sich auf Grund unserer internationalen sozialistischen Traditionen ergibt, auf Grund unserer Kongreßbeschlüsse, welche das Recht auf Verteidigung anerkennen, auf Grund jener Auffassung, von der wir glaubten, daß sie die Auffassung der Sozialisten aller Länder bildete

und die August Bebel so einfach und so erschöpfend dahin formulierte, daß es im Kriegsfall die Pflicht aller Sozialisten sein würde, sich gegen jene Regierung zu wenden, die den Krieg zum Ausbruch brachte. Und diese Schlußfolgerung, die der Generalgleichmacherei, wie sie von Zimmerwald und Kiental gepredigt wird, schroff gegenübersteht, hat Karl Kautsky gezogen, als er im „Vorwärts" vom 1. Januar 1916 schrieb, daß ungefähr in demselben Maß, in dem die Situation Deutschlands von der Situation Frankreichs verschieden ist, auch die Situation der deutschen Partei sich von derjenigen der französischen Partei unterscheide, und daß es deshalb unmöglich wäre, die Aktion der beiden Parteien mit demselben Maßstab zu messen. Was für die französische Sozialdemokratie notwendig sei, könne für die deutsche falsch sein. Und bei dieser Gelegenheit erinnerte Kautsky daran, daß sowohl die deutsche als die französische Partei im Laufe des siebziger Krieges ihre Stellung wechselten, dem Wechsel der Situation und des Kriegsziels entsprechend.

Damit komme ich auf eine ganz andere Schuldfrage zu sprechen, die im heutigen Augenblick ebenso wichtig ist, als die des Ursprungs und die ebenfalls wieder gar nicht anders beantwortet werden kann, als zu Lasten Deutschlands: die Frage des Kriegsziels. Wenn Sozialisten sagen: „Gut, die erste Schuldfrage ist erledigt, Deutschland trägt die entscheidende Verantwortung für diesen Krieg, aber wozu diese Frage immer und immer wieder aufs Tapet zerren, da sie uns doch um keinen Schritt weiter bringt," so könnte ich, obschon ich der Ansicht bin, daß es unmöglich ist für uns Sozialisten, in dieser Weise zu argumentieren, weil uns sonst jedes Kriterium fehlt zur gerechten, objektiven Beurteilung dessen, was die verschiedenen sozialistischen Parteien tun, psychologisch noch verstehen, daß man nach 22 Monaten des Mordens zu dieser Theorie des Verzichts kommen kann. Aber was mir völlig unmöglich erscheint, auch für jene Genossen, die entweder alle Regierungen für gleichschuldig am Ausbruch des Krieges halten, oder die sich aus irgend welchen andern Gründen nicht oder nicht mehr für dessen Entstehung interessieren, das ist die Vernachlässigung der zweiten Hauptschuld, die das Kriegsziel betrifft. Niemand, der die Dinge kennt, wird sagen können, daß es nicht das Kriegsziel Deutschlands ist, das am beunruhigendsten auf die ganze Welt wirken muß. „Deutschlands", was heißt das,

wird man fragen. Deutschland ist keine einheitliche Masse, — was verstehst du darunter: die Regierung, das Volk, die politischen Parteien oder was sonst? Darauf antworte ich: Niemand, der die Dinge kennt, wird bestreiten können, daß es in keinem andern der kriegführenden Länder solche Armeen annexionslüsterner Menschen gibt wie in Deutschland. Niemand wird zu behaupten wagen, daß es noch ein Land gibt, in dem alle bürgerlichen Parteien so geschlossen nicht nur für gewisse Annexionen, sondern für ein ganzes Annexionssystem eintreten, das keineswegs allein Kolonien umfaßt, sondern — und das ist für mich das Wichtige, das Entscheidende — das vor allem nach europäischen Gebieten im Osten und im Westen seine Fangarme ausstreckt. Niemand wird leugnen können, daß in Deutschland die gesamte bürgerliche Presse, die große wie die kleine und welches auch ihre politische Schattierung im übrigen sein mag — mit Ausnahme einiger Notizen und Artikel im „Berliner Tageblatt", in der „Berliner Volkszeitung", in der „Welt am Montag" des Herrn von Gerlach und einiger Sprünge des in allen Künsten bewanderten Maximilian Harden in der „Zukunft", der an einem Sonntag für Annexionen und am nächsten dagegen ist — daß die gesamte bürgerliche Presse unausgesetzt für Annexionen eintritt und zwar nicht nur in versteckter Form, sondern sehr offen. Im Parlament wie in öffentlichen Versammlungen sind Annexionen gefordert worden; in zahllosen Büchern und Broschüren sind Annexionen gefordert worden; die Zentralkomitees und Vorstände aller bürgerlichen Parteien haben Annexionen gefordert und haben diese Forderungen in Resolutionen niedergelegt, die in der Öffentlichkeit die weiteste Verbreitung fanden. Süddeutsche, norddeutsche, westdeutsche, ostdeutsche, mitteldeutsche Zeitungen, Männer aus allen Gauen, aus allen Städten und allen Ständen Deutschlands haben Annexionen gefordert, — nicht nur Politiker, sondern Wissenschaftler, Schriftsteller, Ärzte sind öffentlich für Annexionen eingetreten. Ich weiß, es gibt Unterschiede zwischen ihnen, wichtige sogar! Die einen wollen „die Sonne und den Mond", wie der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt", Herr Theodor Wolff, dieser Tage in einem Leitartikel schrieb, die andern begnügen sich mit weniger, wofür man ihnen noch dankbar sein muß. Die einen sagen, Deutschland könne nicht richtig atmen und wollen ihm Raum für seine Lungen schaffen, die andern

verlangen die „Ausgestaltung und Abrundung" des Reiches, dessen kontinentaler Körper ihnen zufolge nur ein „Torso" sei. Wieder andere finden, daß die schreckliche Tse-Tse-Fliege in Afrika nur dann ausgerottet würde, wenn alle dortigen Kolonien Deutschland gehörten, und wieder andere sind der Ansicht, daß die verschiedenen Häfen an der Nord- und Ostsee, die sich heute im Besitz von Rußland, Belgien oder Frankreich befinden, für Europa erst dann zu ihrer vollen Bedeutung gelangen könnten, wenn sie dem deutschen Reich einverleibt würden. Einige finden — ich habe es dieser Tage noch in der Broschüre eines Herrn Oelzelt-Newin gelesen —, daß Deutschland vielleicht auch Toulon nötig habe, um einen hübschen Mittelmeerhafen zu besitzen, und daß der Besitz Toulons die Annexion von Nizza beinahe selbstverständlich mache. (Zwischenruf Radek: „Und Frankreich will Syrien annektieren. — Lesen Sie die Artikel von Tardieu.") Die Genossen, die mir diese Zwischenrufe machen, mögen mir doch zuerst nachweisen, daß in Frankreich so weite, so einflußreiche Kreise für Annexionen eintreten, als es in Deutschland der Fall ist, ehe sie von mir fordern, daß ich ihre Zwischenrufe als vollwertige Argumente betrachte, die das, was ich über Deutschland sagte, auch nur irgendwie abschwächten! Sie werden es nicht können! Ich leugne nicht, daß es auch in Frankreich Leute gibt, die in dieser Hinsicht verrücktes Zeug geschrieben haben. Broschüren, wie etwa die von Onésime Reclus über die Aufteilung Deutschlands, gewisse Artikel von Charles Maurras in der royalistischen „Action Française", von Maurice Barrès im „Echo de Paris" sind in ihrer Mentalität dem, was wir von pangermanistischer Seite her in Deutschland zu hören bekommen, ebenbürtig. Und trotzdem bestreite ich, daß der Tiefgang derartiger Pläne in Frankreich, ihre Verbreitung in maßgebenden Kreisen sich irgendwie vergleichen ließe mit dem, was in dieser Hinsicht in Deutschland vorgeht. Dabei habe ich vor allem nicht koloniale Verteilungspläne, die es in allen Ländern gibt, im Auge, sondern die auf Annexionen in Europa selbst gerichteten Bestrebungen, denen politische Freiheit der Völker, Selbstbestimmungsrecht, Unabhängigkeit der kleinen Staaten nur noch Gänsefüßchenangelegenheiten sind, die Spott und Hohn verdienen, sonst aber nichts. Nein, in keinem andern Lande werden in so maßlosem Stil, so offen, wie in Deutschland Annexionen von den einflußreichsten

bürgerlichen Parteiführern, von großen Parteien, von den bekanntesten Universitätsprofessoren befürwortet. Aber selbst wenn in andern Ländern ebenfalls derartige Annerionspläne vorhanden sein sollten, was ich leugne, so dürften wir zur Beurteilung ihrer Gefährlichkeit die Frage nicht unterlassen, inwiefern denn die militärische Situation den einzelnen Ländern die praktische Möglichkeit zu solchen Annerionen verschafft. Annerionen lassen sich ja doch wohl nur auf der Basis der militärischen Situation durchführen. Und da muß man sagen, daß selbst wenn gewisse Annerionspläne in Frankreich nicht nur von Leuten gehegt würden, deren politischer Einfluß von dem Einfluß der annerionistischen Elemente in Deutschland weit entfernt ist, sondern selbst wenn es offizielle Pläne wären, sie schon auf Grund der allgemeinen Sachlage Träume bleiben müßten, während die von Deutschland ausgehende Annerionsgefahr einstweilen deshalb so groß ist, weil seine Armee ganz Belgien, Nordfrankreich und mit den Österreichern zusammen Polen, die baltischen Provinzen, Serbien, Montenegro besetzt hat.

Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen erst erkennen wir die Bedeutung der Erklärung, die der Zentrumsführer Peter Spahn in einer der großen Reichstagssitzungen, wenn ich mich nicht irre am 6. April 1916, im Namen aller bürgerlichen Parteien abgab, jener Erklärung, die in der unzweideutigsten Weise die Erweiterung der deutschen Grenzen in Europa forderte. Die Fraktionen, in deren Auftrag diese Erklärung verlesen wurde, zählen nicht weniger als 254 Abgeordnete im Reichstag, selbst ohne die Polen und die Elsaß-Lothringer, von denen ich nicht weiß, ob sie freiwillig oder gezwungen ihre Einwilligung dazu gegeben hatten: das heißt die gewaltige Mehrheit des deutschen Reichsparlaments! Und nicht weniger als 8 Millionen Stimmen waren von den 12 Millionen Stimmen, die im ganzen bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 abgegeben wurden, auf die Kandidaten derjenigen Parteien gefallen, in deren Namen der klerikale Führer diese ausgesprochen annerionistische Erklärung dem Parlament, dem deutschen Volk und der ganzen Welt vorlegte. In welchem andern der kriegführenden Länder hat sich denn etwas Ähnliches ereignet? Nun kommt die sozialdemokratische Mehrheit und sagt: „Ja, das waren die bürgerlichen Parteien, der Reichskanzler hat sich aber nicht mit ihnen solidarisch erklärt!“

Wo und wann hat sich aber, frage ich, der Reichskanzler, des Reiches erster und oberster Beamter, der einzige, der die Verantwortung trägt, sich von ihnen desolidarisiert? Keine Stunde wird genannt werden können, kein Ort! Herr Bethmann Hollweg hat sich stets auf zweideutige Formeln beschränkt, die den einen wie den andern erlaubten, ihn mit ein bißchen Interpretationskunst für sich in Anspruch zu nehmen. Und es ist Lug und Trug, wenn sozialdemokratische Mehrheitsblätter, wie etwa die „Chemnitzer Volksstimme", ständig wiederholen: niemand dürfe den Kanzler beschuldigen, für Annerionen zu sein! Nichts gibt diesen Blättern das Recht dazu, den Reichskanzler als einen Feind von Annerionen hinzustellen. Hat er ihnen denn je eine klare Antwort gegeben auf ihre Interpellationen? Hat die Autorität, die Genosse Scheidemann doch zweifellos gegenwärtig bei der Regierung besitzt, den Kanzler veranlaßt, seiner Forderung, die Kriegsziele einmal klar zu formulieren, nachzukommen? Hat sich der Kanzler dagegen gewehrt, als nach einer seiner großen Reden im Reichstag der Zentrumsführer Peter Spahn unter dem stürmischen Beifall der bürgerlichen Mehrheit des Hauses die Worte des Herrn Bethmann ausdrücklich dahin interpretierte, daß er nun klar gesagt habe, Belgien müsse politisch, militärisch und wirtschaftlich unter die Hand Deutschlands kommen? Ist da der Herr Reichskanzler aufgestanden, um zu rufen: „Halt, meine Herren! Ich protestiere gegen diese Auslegung, die dem Sinn meiner Ausführungen nicht entspricht!" Er hat sich gehütet, der Herr Reichskanzler. Er hat stillschweigend dabei gesessen und den Beifall eingestrichen, der dieser Auslegung gezollt wurde, — gezollt nicht von irgend einer Minderheitsgruppe, gezollt nicht nur von den Überannerionisten, den Überimperialisten, gegen die der Kanzler sich öffentlich erst zu wehren anfing, als sie im geheimen seine Person angriffen und seine Stellung zu untergraben suchten, — sondern gezollt, ich wiederhole es hundert- und tausendmal, von der übergroßen Mehrheit des Reichstags! Und nun stellen Sie sich vor, daß ich zum Beispiel in meiner Eigenschaft als Korrespondent unseres französischen Zentralorgans, der „Humanité", plötzlich den Wunsch bekäme, möglichst viel gute, friedensfördernde Dinge über Deutschland zu berichten? Ja ich könnte es beim glühendsten Willen nicht. Wie ein Bettler stände ich da. Lügen müßte ich, wenn ich, um der Verstän-

digung zu dienen, schreiben wollte: was man euch bisher über die Annexionsflut in Deutschland erzählte, ist nicht wahr! Lügen müßte ich, wenn ich etwas anderes sagen wollte, als was ich gestern noch in der „Humanité" schrieb: die Annexionspläne sind immer noch in unerhört starkem Maß in Deutschland vorhanden.

Haben es uns nicht die allerjüngsten Vorgänge in der schärfsten Weise offenbart: die Diskussionen, welche im Reichstag über die Zensur stattfanden und die von den annexionistischen Elementen benutzt wurden, um über Kriegsziele zu reden. Spricht nicht die Tatsache allein Bände, daß dem Anstürmen beinahe aller Parteien zum Trotz und obschon nun 22 lange Wartemonate ins Land gingen, die deutsche Regierung es einfach nicht wagen kann, die Diskussion der Kriegsziele völlig freizugeben, weil sie ganz genau weiß, was dabei herauskommen würde. Nicht nur die Angst vor dem endgültigen Bruch des Burgfriedens, sondern die Angst vor der Wirkung der dann offenbar werdenden Annexionspläne, im feindlichen und neutralen Ausland, ist es, die es der Regierung klüger erscheinen läßt, gewisse Dämme aufrecht zu erhalten. Denn s i e kennt ja die Wahrheit, s i e macht sich nichts vor, s i e ist sich klar über das Ziel der verschiedenen Parteien. Daß sie es verstecken möchte, heißt noch lange nicht, daß sie gar nichts damit zu tun hat oder zu tun haben will. Und uns darf es vor allem nicht blind dafür machen, daß Fallen nicht deshalb minder gefährlich sind, weil man sie unsichtbar zu machen sucht. Ja, die deutsche Regierung hat sich in der letzten Zeit bemüht, die annexionistischen Strömungen in der bürgerlichen Presse energischer zu unterdrücken als früher. Wahrscheinlich weil sie eingesehen hat, wie gefährlich für sie selbst die Enttäuschung werden könnte, die eintreten muß, wenn sich all die wilden und halbwilden, ungemäßigten und gemäßigteren Träume nicht erfüllen. Aber für uns ist es wichtig, ja entscheidend, zu wissen, daß in den ersten Monaten, im ersten Jahr des Krieges und sogar noch viel später die Regierung nichts getan hat gegen die Verbreitung einer annexionistischen Bücher- und Broschürenliteratur, die umsonst ihresgleichen in irgend einem andern Lande suchen wird. Denn zur richtigen Beurteilung der herrschenden Mentalität ist es nötig, nicht nur zu sehen, was heute geschieht, wo die militärische und allgemein-diplomatische Situation auf die Länge infolge einer ganzen Reihe von Umständen gewisse

wahnsinnige Wünsche zurückdämmt, sondern sich dessen zu entsinnen, was gewünscht wurde, als die militärische Situation noch so zu sein schien, daß man glaubte, sich keinerlei Schranken auferlegen zu müssen. Dutzende und Aberdutzende von annerionistischen und überannerionistischen Büchern und Broschüren könnte ich Ihnen hier aufzählen, die seit Beginn des Krieges in Deutschland erschienen sind — die bekanntesten Namen würden Sie unter den Autoren finden! Und nicht zu Hunderten sind sie verkauft worden, sondern zu Tausenden und Abertausenden. „200 000 Exemplare verkauft", steht stolz auf einer Kriegsbroschüre von Houston Stewart Chamberlain zu lesen, in der die Idee der Vorherrschaft Deutschlands geradezu hysterisch gefeiert wird. „In drei Wochen 20 000 Exemplare" steht auf dem Umschlag eines Buches von 200 Seiten zu lesen, das den Titel trägt: „Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus", und in dem ein Herr von Bleeke eine ganze Reihe der bekanntesten politischen Schriftsteller Deutschlands gesammelt hat, die zusammen so ziemlich in allen Ecken der Welt annerionswürdige Gebiete finden. „Sechzehnte Auflage", lesen Sie auf der Titelseite einer an Annerionsforderungen alles Denkbare überschreitenden Broschüre von Dr. Albert Ritter. Hat die Regierung die Verbreitung, den Verkauf dieser Literatur, durch die annerionistische Ideen sogar Köpfen eingehämmert wurden, die vielleicht vorher nie daran gedacht hatten, verhindert? Nein. Sie hat zwei, drei annerionistische Publikationen beschlagnahmt, wie die des Herrn Claß, des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes: aber wohl in erster Linie um der Verbreitungsmethoden willen, die dieser Herr anwandte. Denn in Wirklichkeit hat sie hundert andern Veröffentlichungen, die sich ganz auf derselben Linie bewegten, freien Weg gelassen. Allerdings: ihre Taktik des Versteckens hat sie auch auf dieses Gebiet übertragen. Nach dem Ausland durfte nicht alles. Draußen, hier, drüben in den feindlichen Ländern, sollte man nicht erfahren, was in dieser Hinsicht vorging. Man hat's aber doch erfahren! Und weniger als irgend eine andere Partei können und dürfen wir Sozialdemokraten bei der Beurteilung der allgemeinen Situation das außer acht lassen. Weniger als andere dürfen wir vergessen, daß, selbst wenn die gesamte deutsche Sozialdemokratie in der denkbar geschlossensten Weise gegen jede Annerionspolitik wäre, die Träger annerionistischer Ge-

danken im Parlament die Mehrheit bilden und bisher in der Leitung der Reichspolitik den maßgebendsten Einfluß besaßen.

Wie steht es denn aber nun in Wirklichkeit um die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht? Im allgemeinen so, daß wir uns darüber freuen können. Ausnahmslos wenden sich alle Erklärungen, die öffentlich im Namen der Gesamtpartei oder der Gesamtfraktion abgegeben wurden, gegen jede Annerionspolitik. Gemeinsam haben sich die Reichstagsfraktion, als sie noch nicht gespalten war und der Parteiausschuß, der die höchste Instanz der sozialdemokratischen Partei bildet, nach dem Parteitag in den am 16. August 1915 angenommenen Leitsätzen gegen die Annerionspolitik ausgesprochen. In einer Petition, die der Parteivorstand und der Fraktionsvorstand im Juni 1915, wohl schon etwas unter dem Druck der wachsenden Oppositionsbewegung und des von Bernstein-Haase-Kautsky kurz vorher veröffentlichten Manifestes, an den Reichskanzler schickten, wurde in der nachdrücklichsten Weise die Verwerfung jeder Annerionspolitik gefordert. Im preußischen Landtag hat der Abgeordnete Otto Braun, der Mitglied des Parteivorstandes ist, sich nicht minder klar im Namen der Gesamtfraktion gegen Annerionen irgendwelcher Art ausgesprochen, wobei er betonte, daß für die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein heiliges, unantastbares Prinzip sei. Genosse Philipp Scheidemann hat sich ebenfalls bei verschiedenen Gelegenheiten als Gegner jeder Annerionspolitik bekannt.

Aber daneben gibt es eine Menge beunruhigender Anzeichen, die beweisen, daß selbst dieses Prinzip nicht mehr für alle deutschen Sozialdemokraten unerschüttert dasteht. In Artikeln und Reden haben bekannte Sozialdemokraten sich mehr oder weniger verschämt gegen die Aufrechterhaltung der Parole: „Gegen jede Annerion" ausgesprochen. Paul Lensch, der wilde Doktor Eisenbart, der früher als Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung" die „radikalsten" Kuren gerade für milde genug hielt, um die Reinheit der Prinzipien jenen einzubläuen, deren Meinungen nicht mit dem Schema Paulchen Lenschs übereinstimmten, hat schon in den ersten Monaten des Krieges gefunden, daß man das Selbstbestimmungsrecht unter allen Umständen zum alten Eisen werfen müsse und daß Bismarck ein Esel war, als er Belfort nicht annektierte. Und Paul Lensch

ist Hauptmitarbeiter eines der größten sozialdemokratischen Mehrheitsblätter Deutschlands, des „Hamburger Echo". Der „große Marrist" Kolb aus Karlsruhe, der ebenfalls große Marrist und Reichstagsabgeordnete Oskar Geck aus Mannheim, die badischen Landtagsabgeordneten Adelung und Marum, der leitende Redakteur unseres Parteiblattes in Köln, Genosse Meerfeld, und andere haben es laut hinausgerufen, daß es „unmarristisch" wäre, bei dem Satz: „Gegen jede Annexionen" stehen zu bleiben. Zu den Fraktions- und Parteiausschußbeschlüssen vom 16. August 1915 schrieb das „Harburger Volksblatt", daß man den gegen jede Annexionspolitik gerichteten Absatz bedauern müsse. Als Antwerpen gefallen war, stand im offiziellen Organ einer der größten deutschen Gewerkschaften, im „Courier" des Transportarbeiterverbandes, der über 100 000 Mitglieder zählt, zu lesen: „Nun weht die deutsche Fahne über Antwerpen, wir hoffen, daß sie nie mehr herunter geholt wird." Vor ganz kurzem noch hat der Reichstagsabgeordnete von Frankfurt a. M., Dr. Max Quarck, in einem Leitartikel, den die „Frankfurter Volksstimme" veröffentlichte, seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß eine im Reichstag abgegebene Erklärung Eberts nicht vom Osten spreche, wo die anti-annexionistische Formel nicht genüge. Von einem der Hauptredner der Fraktionsmehrheit, dem Genossen Dr. Landsberg aus Magdeburg, wissen wir durch Ledebour, daß er in einer geschlossenen Fraktionssitzung die Frage stellte: „Ja, und wenn es sich nun herausstellte, daß Annexionen im Osten etwa bis zur Narewlinie im Interesse der Sicherheit unseres Landes notwendig sind, welcher Deutsche würde es wagen, sich dagegen auszusprechen?"

Und hat nicht Genosse Philipp Scheidemann selbst, der sich bei früheren Gelegenheiten in so schneidend-scharfer Weise gegen jede Annexionspolitik ausgesprochen hatte, plötzlich im Reichstag dem Vorsitzenden der damals eben neugegründeten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, dem Genossen Haase, der die Annexionsbestrebungen rücksichtslos an den Pranger stellte, unter dem stürmischsten Beifall der Bürgerlichen zugerufen: „Ein Kindskopf müsse derjenige sein, der da glaube, dieser Krieg müsse zu Ende gehen, ohne daß irgend ein Grenzstein, den vermoderte Diplomaten irgend einmal gesetzt haben, verrückt werden dürfte!" O, dieser Ausspruch brauchte nicht ohne weiteres im annexionistischen Sinn ge-

deutet zu werden: aber hinausgeschleudert in einer von Annerionsbazillen überschwängerten Atmosphäre, wie der des deutschen Parlaments, polemisch gegen die scharf antiannerionistischen Ausführungen Haases gerichtet, bejubelt von den annerionistischen Parteien des Reichstags, erhielt er unvermeidlich einen Sinn, der mich zwingt, ihn ebenfalls unter den beunruhigenden Symptomen aufzuzählen, besonders angesichts der großen, führenden Rolle, die Scheidemann spielt. Nicht umsonst erntete damals Scheideman in der bürgerlichen Presse das Lob, sich zum Staatsmann zu entwickeln — und das war immer schon Philipps Ideal, als er noch in stillen Stunden auf den Parteitagen sich die Zeit damit vertrieb, seine eigene Karikatur auf ein Blättchen Papier zu werfen und darüber zu kritzeln: „e staatsmännisches Keppche", — nicht umsonst schrieb damals in höchster Befriedigung die annerionistische „Kölnische Volkszeitung": „Herr Scheidemann steht den Annerionisten im Grund näher als der demokratische Herr von Payer," nicht umsonst rief sie etwas ironisch aus: „Wenn man schon anfängt, Grenzsteine zu verrücken, dann wird alles nur eine Frage der militärischen Zweckmäßigkeit, darüber ist sich Herr Scheidemann sicher klar!" Und anders konnte der Ausspruch Scheidemanns auch gar nicht verstanden werden. Er hat später in einer an das sozialistische Organ in Solingen, die „Bergische Arbeiterstimme", gerichteten Zuschrift dagegen protestiert, als habe er für Annerionen eintreten wollen. Ich will seinen Protest hier nicht unerwähnt lassen, aber ich füge hinzu, daß jene Hunderte von bürgerlichen Blättern, die seine Ausführungen im Reichstag gebracht hatten, um dem Volk zu zeigen, daß selbst der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allmählich eingesehen habe, daß es ohne Annerionen nicht abgehen könne, sich wohl hüteten seine Zuschrift an die „Bergische Arbeiterstimme" ebenfalls nachzudrucken: nur die wenigsten Menschen in Deutschland werden davon etwas erfahren haben, so daß der erste Eindruck seiner Rede bestehen blieb.

Und fassen wir nun das alles zusammen: die Gesamtheit der Annerionswünsche der bürgerlichen Elemente Deutschlands — und die Übereinstimmung aller bürgerlichen Fraktionen im Reichstag in bezug auf die Notwendigkeit von Grenzerweiterungen in Europa — stellen wir die Tatsache, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung" allen Verboten die

Kriegsziele zu erörtern zum Trotz, heute noch jeden Tag die Annexion Belgiens und gewisser Teile der französischen Nordküste verlangen kann, neben die andere Tatsache, daß die antiannexionistischen Tendenzen systematisch unterdrückt werden, wie es in den Kommissionssitzungen im Reichstag nicht etwa nur von Führern der Opposition, sondern von dem bürgerlichen Demokraten Gothein und von dem Mehrheitssozialdemokraten Wolfgang Heine unwiderleglich bewiesen wurde, — vergleichen wir die Passivität, welche die Behörden zeigten, als die sechs großen industriellen und agrarischen Verbände ihre berüchtigte Ultra-Annexionspetition, ohne auf Hindernisse zu stoßen, verbreiteten, mit der Beschlagnahmung, der sofort bei ihrem Erscheinen, die als Antwort darauf gedachte antiannexionistische Petition des Bundes „Neues Vaterland" verfiel, — vergleichen wir die Unbekümmertheit, mit der die Regierung den „Deutschen Wehrverein" des Generals Keim seine annexionistische Propaganda in öffentlichen Versammlungen, die er in ganz Deutschland organisierte, fortsetzen ließ, mit der langsamen Abtötung des doch im Grund so harmlosen Bundes „Neues Vaterland", dessen Privatversammlungen der polizeilichen Aufsicht unterworfen wurden, so daß die Mitglieder schließlich darauf verzichteten, sie abzuhalten und dessen Generalsekretär, der kein Sozialdemokrat ist, vor kurzem ins Gefängnis geworfen wurde, — vergleichen wir die Selbstverständlichkeit, mit der die Zensur die Veröffentlichung der von den Zentralkomitees der verschiedenen bürgerlichen Parteien im Laufe des Krieges angenommenen annexionistischen Resolutionen zuließ, mit der unbarmherzigen Beschlagnahmung, welche nicht nur alle antiannexionistischen Flugblätter, die von sozialdemokratisch-oppositioneller Seite herausgegeben wurden, traf, sondern auch die Leipziger Resolution der bürgerlichen Deutschen Friedensgesellschaft und sogar das vom sozialdemokratischen Parteivorstand im Sommer 1915 herausgegebene Manifest, in dem der Satz stand: das Volk will keine Annexionen, das Volk will Frieden, — ein Satz, der in einer ganzen Reihe von sozialdemokratischen Provinzblättern, die das Manifest abdruckten, von der Zensur ausgemerzt wurde: rufen wir uns all das ins Gedächtnis zurück, dann erkennen wir, welche Verantwortung Deutschland auch in dieser Hinsicht auf sich geladen hat. Selbst wenn die Schuld Deutschlands am Ausbruche dieses Krieges nicht so ent-

scheidend wäre, wie sie es tatsächlich ist, so genügte das Kriegsziel, welches das bürgerliche Deutschland verfolgt, die Art, wie die Regierung dieses Kriegsziel sich im geheimen wie im öffentlichen formen ließ und nichts dagegen tat, bis infolge aller möglichen äußeren und inneren Ereignisse, die gewisse Vorsichtsmaßregeln geboten, eine sanfte Müdigkeit den bis dahin straff gespannten Eroberungsmuskel etwas lähmte, so genügte dieses Kriegsziel, um uns das Recht zu geben, in den herrschenden Klassen des heutigen Deutschland die Quelle der größten Gefahr für die unmittelbare Zukunft Europas zu sehen und ihnen die größte Schuld auch für die Fortführung des Krieges zuzuschreiben, trotzdem es die kaiserlich-deutsche Regierung ist, welche das Wort Friede in der letzten Zeit am häufigsten im Mund führt, weil es natürlich sie wäre, die bei Friedensverhandlungen, die im gegenwärtigen Augenblick beginnen würden, am meisten Trümpfe in der Hand hätte.

Für uns Sozialisten gibt es aber noch eine dritte Schuldfrage, die nichts mit dem deutschen Staat, nichts mit der Entstehungsfrage und auch nichts mit dem Kriegsziel zu tun hat, die jedoch den Faktor betrifft, der speziell uns am stärksten interessiert: die sozialdemokratische Partei.

Für mich ist diese dritte Schuldfrage außerordentlich wichtig: auch ihre Beantwortung, wie die der beiden andern, zeigt, warum wir heute unmöglich die Aktionen der verschiedenen sozialistischen Parteien mit der gleichen Elle messen können, wie es in Zimmerwald und Kiental als Allheilmittel proklamiert wurde, — zeigt die ganze Ungerechtigkeit dieser These, die schließlich denjenigen, die in jeder Hinsicht am meisten Schuld auf sich luden, die denkbar größte Entlastung bringt durch die gleichmäßige Belastung aller. Ob die Internationale es eines Tages für möglich, für nötig halten wird, sich als internationaler sozialistischer Gerichtshof zu konstituieren und diejenigen ihrer Sektionen, die sie vom Standpunkt ihrer Traditionen, ihrer Prinzipien für schuldig hält zu verurteilen, diejenigen, die sie für unschuldig hält freizusprechen, vor dem internationalen sozialistischen Proletariat: ich weiß es nicht und ich möchte heute abend auch gar nicht erörtern ob das wünschenswert wäre oder nicht. Jedenfalls aber bin ich fest davon überzeugt, daß heute schon alle der Internationale angeschlossenen Parteien, wenigstens im

stillen, sich selbst ein kleines Tribunal bilden und sich die Frage gestellt haben: Was haben die sozialistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands vor dem Krieg getan, welche Opfer waren sie bereit zu bringen, welche Kampfmittel schlugen sie vor, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern? Ich habe die Frage noch nicht ganz ausgesprochen und schon sehe ich auf einer Reihe sehr radikaler Gesichter aus Zimmerwald-Kiental ein spöttisches Lächeln. Ja, Genossen, werden Sie mir etwa von vornherein erwidern: „Sie hätten diese Kampfmittel, an die Sie denken, ja doch nicht angewendet und Sie haben es bewiesen." Das wäre der schlimmste Mißbrauch des Konjunktivs, den ich mir vorstellen könnte. Wichtig für uns ist es, nicht zu vergessen, welche Bahn die eine und die andere Fraktion der Internationale im Kampf gegen den Krieg beschritten hat, — wichtig ist es, uns wieder ins Gedächtnis zurückzurufen bis wohin sich ihr Wollen auf einer gemeinsamen Linie bewegte, und an welchem Punkt die Wege sich trennten. Und da sehen wir eben, daß diese Trennung dort begann, wo die französischen Sozialisten den eigentlich revolutionären Kampf gegen die Kriegsgefahren und gegen den Krieg predigten. Die Parole der Zimmerwald-Kientaler-Konferenz läuft im letzten Grund auf die Forderung hinaus: „Eher die Revolution als den Krieg." Wunderbares Wort, das sicher heute, nach all dem Entsetzlichen was sich ereignet hat, vielen Tausenden, denen es früher entweder verabscheuungswürdig vorkam oder nur leerer Schall war, ganz anders in die Ohren und ins Gehirn klingt. Aber das Wort ist ja nicht neu — wir kennen es, wir haben es gehört vor dem Krieg. Aus Frankreich kam's — aus dem Mund, nicht nur der französischen Syndikalisten, die der Partei fernstanden, sondern auch aus dem Mund der Sozialisten. Und sowenig die französischen Genossen die Ehrlichkeit des antikriegerischen Willens, den die deutschen Sozialdemokraten vor dem Krieg kundgaben, bezweifelten, sowenig durften die deutschen Sozialdemokraten daran zweifeln, daß es den Franzosen mit ihren Vorschlägen bitter ernst war, und daß sie alles daran gesetzt hätten, um sie durchzuführen, wenn — ja, wenn sich eben die deutsche Sozialdemokratie nicht von vorneherein dazu ablehnend verhalten hätte. Welches auch ihre Gründe gewesen sein mögen, ob sie an der revolutionären Energie des deutschen Prole-

tariats so stark zweifelte, angesichts des völligen Mangels irgend einer revolutionären Tradition, ob ihr die Militärmacht so überstark vorkam, daß sie jeden revolutionären Versuch für ausgeschlossen hielt oder von vorneherein im Blut erstickt sah, ob sie die innern Kämpfe mit der Reaktion verhüten wollte, die sie als Folge revolutionärer Beschlüsse, die sie gefaßt hätte, voraussah, — ob sie das Band nicht ganz zerreißen wollte, was sie an die gegenwärtige Organisation des deutschen kaiserlichen Staates band, ob sie davor zurückschreckte, weil sie in ihrem tiefsten Innern schon etwas von jenem Geist verspürte, der sich seit dem 4. August 1914 bei der Mehrheit zeigt, oder lediglich weil ihr das Risiko für ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu groß vorkam und weil sie hoffte mit weniger revolutionären Beschlüssen, mit allgemeiner gehaltenen Drohungen auf ihre Regierung einen genügenden Druck auszuüben: ich sage, welches oder welche dieser „ob" mitgespielt haben mögen, das Resultat blieb das gleiche, und das ist entscheidend. Während die französischen Sozialisten forderten, daß die Internationale sich im Kampf gegen den Krieg auf einen ausgesprochen revolutionären Boden stellen sollte, während sie nicht aufhörten den Vorschlag zu machen, daß alle der Internationale angeschlossenen Parteien sich verpflichten sollten gegen die Kriegsmobilisation den Generalstreik zu organisieren — während in Kopenhagen der alte Vaillant im Namen der französischen Partei, Keir Hardie im Namen der englischen Sozialisten den Generalstreik als Kampfmittel gegen den Krieg beantragten, ja wer war es denn, der sich stets dagegen wehrte? Die deutsche Sozialdemokratie. Wird man kommen und sagen: es wäre ja doch nur auf dem Papier geblieben. Vielleicht! Niemand kann das wissen. Aber jeder wird sich sagen, daß eine ganz andere Mentalität sich herausgebildet hätte unter den Millionen, die der Internationale angeschlossen waren, wenn man zu einem einstimmigen Beschluß im Sinn der französisch-englischen Anträge auf unsern internationalen Kongressen gelangt wäre. Jeder wird sich sagen, daß dann wenigstens die Unsicherheit, die Angst, die auf allen kriegslüsternen Regierungen gelastet hätte, viel größer, unendlich friedensfördernder, gewesen wäre. Und es gibt Augenblicke, in denen ich mich frage, ob es denn ein reiner Zufall in dieser Hinsicht war, daß die Regierungen der Zentral-

mächte den Krieg gerade im Sommer 1914 zum Ausbruch brachten — einige Wochen, ehe der internationale Sozialistenkongreß in Wien stattfinden sollte, auf dessen Tagesordnung ja die Generalstreiksanträge der Franzosen und der Engländer standen, oder ob auch ein Grund für sie war loszuschlagen, weil sie etwa befürchteten, es könnten in Wien mit den Stimmen der deutschen Sozialdemokraten, oder ohne sie Beschlüsse gefaßt werden, die eine neue Situation geschaffen hätten. In Wirklichkeit hatte sie ja keinen Grund beunruhigt zu sein. Als aufmerksame Beobachterin wird die Berliner Regierung schon ihre Schlüsse gezogen haben aus der Haltung, welche die deutsche Partei seit Jahren zu den französischen Anträgen einnahm. Es wird ihr auch nicht entgangen sein, daß in den vier Jahren, die dem Kopenhagener Kongreß folgten, das dort von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie gegebene Versprechen diese Frage auf die Tagesordnung der kommenden nationalen Parteitage zu stellen, nicht eingelöst wurde, daß im Gegenteil die deutsche Parteileitung es systematisch verhinderte, daß es zu einer allgemeinen öffentlichen Diskussion darüber kommen konnte. Lesen Sie das stenographische Protokoll des letzten deutschen Parteitages, der vor dem Krieg stattfand, nach — das Protokoll des Kongresses von 1913 in Chemnitz und Sie werden ganz zum Schluß die äußerst bezeichnende Sache finden, daß ein Delegierter den seltsamen Antrag stellen mußte, den folgenden Kongreß, der statutengemäß erst im September 1914 stattfinden sollte, früh genug einzuberufen, um der höchsten Vertretung der Gesamtpartei wenigstens zu erlauben, die Tagesordnung des Wiener Kongresses noch zu diskutieren und Stellung zu ihr zu nehmen. Der Delegierte, den ich gut kenne, hatte damals vor allem die Diskussion des Antrages Vaillant-Keir Hardie im Auge, der trotz der ausdrücklichen Versprechungen, die man in Kopenhagen gegeben hatte, völlig unerledigt geblieben war. Sein Antrag wurde dem neugegründeten Parteiausschuß zur wohlwollenden Erwägung überwiesen: als es dann aber später im Ausschuß zur Abstimmung darüber kam, ließ man ihn unter den Tisch fallen, nachdem ein Mitglied des Parteivorstandes harmlos erklärt hatte, daß die Geschäftsberichte nicht fertiggestellt werden könnten, wenn der deutsche Parteitag früher, das heißt vor dem internationalen Kongreß in Wien stattfände. In Wirklichkeit mögen

schwererwiegende Gründe dabei mitgespielt haben. Wissen Sie aber, Genossen, welches die Situation der deutschen Sozialdemokratie gewesen wäre, wenn es zum Wiener Kongreß gekommen wäre? Nun, die Delegation Deutschlands hätte zu wichtigen Punkten keinerlei Parteitagsbeschlüsse mitgebracht — sie hätte auf dem Kongreß zu den Anträgen Vaillant-Keir Hardie wahrscheinlich nein gesagt, ohne dazu von irgend einem deutschen Parteitag autorisiert worden zu sein, da man, ich wiederhole es, systematisch verhindert hatte, daß ein deutscher Parteitag offiziell und klar Stellung dazu nehmen konnte. Wer von uns gesteht sich das Recht zu, diese Dinge, die ins Geschichtsbuch der Internationale gehören und die durch den Krieg einen so erschütternden Hintergrund erhalten haben, zu vergessen?

„Die deutschen Sozialdemokraten haben nichts versprochen, also konnten sie auch nichts verraten!" habe ich sagen hören. Aber ich klage sie ja in diesem Augenblick nicht an, ein revolutionäres Versprechen nicht gehalten zu haben — ich stelle fest, — und es erscheint mir als Anklage schwer genug, — daß sie es nie geben wollten; und diese unbestreitbare Feststellung ist es, aus der ich die Folgerung ziehe, daß es auch eine sozialdemokratische Schuldfrage aus der Periode vor dem Krieg gibt, und daß auch sie, wie die beiden Schuldfragen, die das offizielle und das bürgerliche Deutschland betreffen, zu Lasten der Zentralmächte, insofern deren sozialdemokratische Parteien in Betracht kommen, beantwortet werden muß. (Zwischenruf: „Aber die französischen Sozialisten haben ihren Antrag verraten!") Höre ich recht? Sind Sie bei Sinnen? Der Genosse, der mir diesen Zwischenruf macht, mag ein wunderbarer Logiker sein, aber er hat sicherlich die Augen hinter dem Kopf, denn er sieht die Dinge verkehrt. Wirklich, haben die Franzosen ihren Antrag verraten? Sie haben den Mut, um den ich Sie nicht beneide, einen so ungeheuerlichen Zwischenruf zu machen, hoffentlich nachdem Sie überlegt haben, was Sie damit sagen! Versuchen Sie doch einmal sich vorzustellen, was hätte geschehen müssen, um uns diesen traurigen Zwischenruf von Ihnen zu ersparen. Versetzen Sie sich in die ersten Tage des August 1914 zurück. Österreich hat die ersten Schüsse gegen Serbien befohlen. An der Donau werden die Kanonen aufgeprotzt. Der Totentanz beginnt! In allen Ecken und Enden

Europas fangen an Flämmchen und Flammen über den Erdboden zu züngeln. Die diplomatischen Noten fliegen wie Irrlichter hin und her — getrieben von einem Wind, von dem man nicht weiß, wie rasch er wechseln und welche Richtung er schließlich einschlagen wird. Die englische Regierung macht Vermittlungsvorschläge auf Vermittlungsvorschläge, hört nicht auf zu einer Verständigungs-Konferenz einzuladen. Österreich-Ungarn schlägt alles ab: und der offiziöse Artikel des „Pester Lloyd", den ich heute abend verlesen konnte, zeigt warum. Deutschland schlägt ab: und die Stellen aus dem deutschen Weißbuch, die ich heute abend verlesen habe, zeigen warum. Der Zar schickt an den deutschen Kaiser ein Telegramm, in dem er vorschlägt den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbleiten: als Antwort darauf erfolgt die Kriegserklärung. All das weiß man in Paris. All das wissen auch die französischen Sozialisten und deren Führer, der unvergeßlichste aller großen Menschen, die bis zum Krieg gelebt und gekämpft haben, Jaurès. All das weiß die französische Regierung, die um ihren Friedenswillen nicht nur durch Noten, nicht nur auf dem Papier zu beweisen, der französischen Armee den Befehl gibt, der sie ewig vor der Weltgeschichte ehren wird, sich neun Kilometer hinter die Grenze zurückzuziehen, um jeden direkten Zusammenstoß mit der deutschen Armee so lange zu vermeiden, als sich diese letztere nicht auf sie stürzt und sie zwingt, sich zu verteidigen. Umsonst! In Budapest hält der ungarische Ministerpräsident Tisza die Hand am Knauf des Schwertes, entschlossen den Streich zu führen. In Wien frohlocken die Freunde und Vertrauten des deutschen Gesandten Herrn von Tschirsky, der die Frucht langer Saat endlich reifen sieht. In Berlin erklären die Herren von Falkenhayn, Kriegsminister, Tirpitz, Marineminister, von Moltke, Generalstabschef: „Majestät, jetzt oder nie!" Aus Petersburg schickt, nicht der Gesandte, Herr von Pourtalès, sondern der Militärattaché, Herr von Chelius, Alarmtelegramme auf Alarmtelegramme, die um den Ausbruch des Krieges herbeizuführen auch nicht besser hätten formuliert sein können, wenn sie Falkenhayn oder Tirpitz selber abgefaßt hätten. „Jetzt oder nie, Majestät!" Und das entscheidende, das grauenhafte Wort fällt. In Paris muß der deutsche Gesandte, Herr von Schön, die Kriegserklärung überreichen: französische Flieger

hätten Nürnberg überflogen, Bomben auf die Stadt geworfen. Die französische Regierung weiß, daß es gelogen ist, — die französische Armeeleitung weiß, daß es gelogen ist, — die französischen Sozialisten wissen, daß es gelogen ist; und heute weiß es ja auch die ganze Welt, seitdem der deutsche Professor Dr. Schwalbe als mutiger und ehrlicher Mann in der „Medizinischen Wochenschrift" mitteilte, er wisse vom kommandierenden General in Nürnberg selbst, daß er die ganze Geschichte erst aus den Zeitungen erfuhr. Und ehe man sich die volle Ungeheuerlichkeit all der sich überstürzenden Ereignisse recht vor Augen geführt hatte, standen die deutschen Millionen schon in Frankreich, war Luxemburg besetzt, das neutrale Belgien überfallen, fingen die französischen, die belgischen Städte an zu brennen. Und unter den Millionen, die einmarschierten, befanden sich, nicht freiwillig, sondern als natürliche Folge der Bevölkerungsstruktur, die deutschen Sozialdemokraten zahlreicher als die deutschen Konservativen. In jenem Augenblick also, werter Genosse, der Sie mir den Zwischenruf machten, hätten die französischen Sozialisten ihren Vorschlag, den die deutschen Sozialdemokraten stets schroff abgelehnt hatten, durchführen sollen, hätten sie zur Revolution aufstehen sollen — denn nur das konnte der Generalstreik unter den gegebenen Umständen sein: hätten *sie*, die Republikaner, die freiwilligen Helfer der deutschen kaiserlichen Armee, des deutschen Imperialismus, sein sollen? Wo ist der Wahnsinnige, der den Mut hätte aufzustehen und zu sagen: „Ja, eben das hätten sie tun sollen!" Haben Sie, Genosse, diesen Mut vielleicht? Wenn Sie ihn aber nicht haben, dann frage ich Sie, woher nehmen Sie das Recht einen solchen Zwischenruf zu machen, es sei denn, daß Sie das ewige Menschen-Recht auf Unsinn für sich beanspruchen.

Ohne Rücksicht auf diese drei Schuldfragen, ohne Rücksicht auf die besondere Gefährlichkeit der deutschen Kriegsziele, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten in der Aktion der sozialistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands vor dem Kriege, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß der revolutionäre Wille der französischen Sozialisten seinen Ausdruck nicht nur auf dem Papier fand, sondern in mächtigen Versammlungen, vor Tausenden und Abertausenden von Arbeitern und Bürgern, denen Vaillant immer

und immer wieder das Wort zurief: „Plutôt l'insurrection que la guerre", „Eher die Insurrektion als den Krieg", in der festen und leider irrigen Voraussetzung, daß die deutschen Sozialdemokraten entschlossen wären, dieselbe Parole zu befolgen: ohne Rücksicht darauf, daß all dies den französischen Sozialisten das Recht gibt, die gegenwärtige Situation mit ganz andern Gefühlen anzusehen, als es die deutschen Sozialdemokraten tun können, ohne Rücksicht darauf, daß in all dem der Beweis für die großen Unterschiede auf der reichhaltigen Skala der Verantwortlichkeiten liegt, hat man in den Erklärungen von Zimmerwald und Kiental Formeln angewandt, die den Tatsachen zum Trotz auf jede Differenzierung verzichten. Dafür, daß es viele nicht mit ganz gutem Gewissen taten — dafür, daß es denen, die dorthin gingen, vor allem darauf ankam, Eindruck auf die Massen zu machen, dafür daß man selbst vor unlautern Mitteln nicht zurückschreckte, um dieses Ziel zu erreichen, — dafür, daß schließlich diejenigen, die jenen Erklärungen zustimmten, nichts weniger als einig unter sich waren oder sind, daß eine Reihe von ihnen sich öffentlich die schlechtesten Dinge nachsagen und über das gegenwärtig wichtigste Prinzip, das der Landesverteidigung, die verschiedenartigsten Ansichten äußerten, Ansichten, die mit den von mir heute abend verteidigten voll und ganz übereinstimmen, dafür möchte ich den Beweis führen. Beginnen wir mit einer scheinbar rein äußerlichen Sache, die, an Unterschriftenfälschung grenzend, außerordentlich bezeichnend dafür ist, wie man die öffentliche Meinung über die Bedeutung der Zimmerwalder Konferenz zu täuschen versuchte. Ich habe sie in einer Diskussion, die ich in einer Versammlung kurz nach der ersten Zimmerwalder Konferenz mit Radek hatte, schon als Fälschung bezeichnet und ich halte heute abend diesen Ausdruck voll und ganz aufrecht, wie ich es in einer kleinen Versammlung, die hier vor vierzehn Tagen zur Besprechung der Kientaler Beschlüsse stattfand, und in einer letzte Woche von der Berner Partei einberufenen Versammlung ebenfalls tat. Man schreckte nicht davor zurück, unter das am 18. September veröffentlichte erste Zimmerwalder Manifest ruhig zu drucken: „Für die deutsche Delegation," „Für die französische Delegation," „Für die holländische Delegation" — man schrieb in das Manifest den durch Fettdruck hervorgehobenen Satz: „Wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer

Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen usw." Wenn das Wort Delegierte nicht den Sinn haben soll, den ihm gewisse unserer führenden russischen Genossen auf Grund ihrer Erfahrungen mit Recht geben müssen, nämlich daß man sich selbst delegiert, sondern wenn Delegation, was es bisher immer bedeutete, heißen soll: von jemandem regelrecht entsandt, von einer Organisation gewählt, ernannt, geschickt, beauftragt zu sein, so hatten die Veranstalter der Zimmerwalder Konferenz nicht das geringste Recht, diesen Ausdruck, gerade in bezug auf die beiden „Delegationen," die ihnen als die wichtigsten vorkamen und die sie deshalb auch an die Spitze stellten, auf die deutsche und die französische anzuwenden. Ich will nicht lange davon sprechen, daß z. B. die Genossin Roland-Holst, die man damals „für die holländische Delegation" unterzeichnen ließ, diese ganze „Delegation" selbst bildete, daß außerdem die „Organisation," die sie in Wirklichkeit vertrat, vielleicht etwa 40 Mitglieder zählte, damals schon gespalten war und bald darauf verschwand, und endlich daß Roland-Holst längst nicht mehr Mitglied der holländischen Partei ist. Ich will mich in erster Linie an diejenigen „Delegationen" halten, die „im Namen" der beiden Länder unterzeichneten, die uns heute abend am stärksten interessieren, und die uns am stärksten interessieren müssen, weil es gerade der Konflikt zwischen den sozialistischen Parteien dieser beiden Länder ist, der auf Grund aller Ereignisse seit dem 4. August 1914 die Internationale lähmt. So wenig als es eine deutsche „Delegation" gab, in Zimmerwald, so wenig gab es eine französische, so wenig gab es eine schweizerische. Kühner, frivoler aber noch, als das Wort „Delegation" zu gebrauchen in den erwähnten Fällen, war der Satz: „Wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen..." Waren die sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs denn wirklich vertreten? Der offizielle Verhandlungsbericht selbst gibt die Antwort darauf: nein. Nicht ein einziger der „Delegierten" hatte das Recht, sich als Delegierter der deutschen Sozialdemokratie, der sozialistischen Partei Frankreichs hinzustellen. Und waren denn wenigstens die Minderheiten voll vertreten? Keine Spur. Und gar die Gewerkschaften? Wer die Wahrheit kennt, staunt über die Leichtfertigkeit, mit der so ein Satz hingeschrieben werden konnte, oder

über den Täuschungsversuch, der damit gemacht wurde. Denn der harmlose Arbeiter, der Leser, der die Wörtchen nicht abwiegt, mußte natürlich den Eindruck erhalten, durch die Unterschriften und diesen Satz, daß die Parteien und Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs vertreten waren. Und doch war nicht eine Seele aus Deutschland da, deren Stellung oder Auftrag sie ermächtigt hätte, sich als Vertreter auch nur der kleinsten deutschen Gewerkschaftszelle vorzustellen. Das wußten die Veranstalter sehr wohl, das wußte die Kommission, die in Zimmerwald gewählt wurde: und trotzdem tat sie nichts, um die Irreführung der öffentlichen Meinung zu verhindern, sondern in ihrem Namen wurde die Irreführung begangen. Liest man nicht in dem offiziellen Verhandlungsprotokoll der ersten Zimmerwalder Konferenz unter Nummer 2, die den „Vetretungen" gewidmet ist: „Frankreich: auch hier mußte von der offiziellen Partei, die im Schlepptau der Regierungspolitik steht, abgesehen werden. Es waren indessen sowohl Mitglieder der Partei wie des allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) anwesend. Der Metallarbeiterverband war offiziell vertreten, ebenso die Minorität der C. G. T."

„Mitglieder" der Partei: das ist die Mehrzahl. Die erste Lüge. Anwesend war Genosse Bourderon, der allerdings Mitglied der Partei ist, aber dessen bisherige Tätigkeit ihm wirklich nicht den geringsten Anspruch erlaubte, irgendwie als „Vertreter" der Partei zu gelten. Vielmehr konnte er, als Gewerkschaftler, auf seine Eigenschaft als Sekretär des Verbandes der Küfer hinweisen. Außer ihm war kein Mitglied der sozialistischen Partei Frankreichs da: und als solches war er völlig auf seine eigene Verantwortung hin gekommen.

Der zweite „Delegierte" Meerheim hat weder der französischen Partei noch der sozialistischen Internationale jemals angehört. Seinen Eifer, die Internationale, der er sich nie anschließen wollte, als einer der Führer des französischen Syndikalismus, der die französische sozialistische Partei schon zu einer Zeit bekämpfte, in der sie für den revolutionärsten Kampf gegen den Krieg eintrat, — den Eifer Meerheims, diese Internationale, die ihm bisher etwas völlig Fremdes war, auf Zimmerwalder Umwegen wieder herzustellen, werfe ich ihm nicht vor, obschon ich das Recht hätte, überrascht zu sein. Aber ich frage, inwiefern man ihn etwa als Vertreter der

französischen Sozialisten betrachten könnte? Wer die Notiz aus dem offiziellen Verhandlungsbericht las, die ich eben zitierte, muß nun unvermeidlich den Eindruck gehabt haben als ob eine ganze Reihe von „Delegierten" da gewesen wären. In Wirklichkeit vereinigte Meerheim in einer Person sowohl das „Mitglied" des allgemeinen Gewerkschaftsbundes, als die offizielle Vertretung des Metallarbeiterverbandes, als die offizielle Vertretung der Minorität der C. G. T. Hat man in dieser tragischen Zeit, in der es gilt vor allem klar zu sehen, sich nichts vorzumachen, seine Wünsche nicht mit der Wirklichkeit zu verwechseln, der Masse der Völker nichts vorzutäuschen, das Recht auf diese Weise zu versuchen, Eindruck in der Welt zu schinden? Nein und tausendmal nein. Nein und tausendmal nein, der Präsident der Zimmerwalder Konferenz, der zu gleicher Zeit zum Sekretär der sogenannten Internationalen sozialistischen Kommission gewählt wurde, hatte auch nicht das Recht in seinem Artikel, den er am 20. September 1915 in der „Tagwacht" veröffentlichte, sei es in Größenwahn, sei es in der Begeisterung, sei es in bewußter Verkennung der Tatsachen, zu schreiben: „Die internationale Konferenz zu Zimmerwald bedeutet mehr als die Kongresse der früheren Internationale. Jetzt war es nicht nur eine bloße Zusammenkunft, es war die Vereinigung auf der Grundlage des gleichen Bewußtseins, der gleichen Idee und der gleichen proletarischen Ziele, der Beginn einer neuen Epoche in der proletarischen Entwicklung." — Er hatte nicht das Recht das zu schreiben, denn er wußte, daß schon auf dieser ersten Konferenz ganz grundverschiedene Ansichten aufeinander geplatzt waren, er wußte, daß die Diskussionen in gewissen Augenblicken eine Heftigkeit annahmen, die die Gefahr einer Sprengung der Konferenz heraufbeschwor, er wußte, daß zwei Gruppen sich in scharf-polemischer Haltung gegenüberstanden, er wußte, daß eine „Delegation" damit gedroht hatte, die Konferenz zu verlassen, wenn gewisse Anträge, die von der andern Seite gestellt worden waren, zur Annahme gelangten, er wußte, daß diese andere Seite in aller Form einen Protest gegen dieses „Ultimatum" eingelegt hatte: kurz er war genau unterrichtet über all die Differenzen und Schwierigkeiten, die entstanden waren, obschon doch alle Anwesenden den einen gemeinsamen Wunsch hatten, etwas für den Frieden zu tun, — und trotzdem rühmte er „die einmütige Annahme"

des Manifestes unter vollkommener Unterschlagung all dessen, was dieser einmütigen Annahme vorangegangen war. Das nenne ich Irreführung der öffentlichen Meinung im schlimmsten Sinn — und die Weltlage, in der sie erfolgte, läßt sie doppelt verwerflich erscheinen.

Nach Kiental hat man sich „zurückhaltender" gezeigt: aber ganz haben die verantwortlichen Leiter auch diesmal das Irreführen nicht sein lassen können. Sie waren vorsichtig genug, diesmal dem Manifest lediglich die Unterschrift zu geben: „Die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz." Aber unmittelbar darauf folgt die Aufzählung der „Organisationen, die ihre Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion erteilten". Was vom Wert dieser Zustimmung gewisser dieser Parteien zu halten ist, inwieweit sie wirklich mit den Zimmerwald-Kientaler Prinzipien übereinstimmen, werden wir noch sehen. Vorerst aber möchte ich nachweisen, daß man sich auch diesmal wieder einer Fälschung schuldig machte: einer leichteren und einer sehr schweren. Und beide betreffen wieder Deutschland und Frankreich. Die leichtere Deutschland — die schwere Frankreich. Unter den „Organisationen" sind unter anderem verzeichnet: „Die verschiedenen Gruppen der oppositionellen Minderheit in der deutschen Sozialdemokratie." Ich bin der Ansicht, daß bei der Wichtigkeit, die solche Unterschriften immerhin haben, auch die geringste Zweideutigkeit oder Undeutlichkeit vermieden werden muß. Das ist nicht der Fall, bei der eben erwähnten Bezeichnung. Jeder, der nicht genau eingeweiht ist, also die überwiegende Mehrheit der Leser, muß daraus schließen, daß alle Gruppen der deutschen Opposition vertreten waren, oder ihre Zustimmung erteilten: und doch war eine nach meinem Dafürhalten, gerade für die Zukunft der Internationale, äußerst wichtige Gruppe nicht anwesend: die Gruppe Haase-Bernstein-Kautsky. Und deren Abwesenheit war keine zufällige, sondern eine gewollte. Die Einladung, die man den Genossen Bernstein, Haase und Kautsky hatte zukommen lassen, war von diesen abschlägig beschieden worden, weil diese Führer eines Teils der deutschen Opposition von den Prinzipien und der Taktik, die in Zimmerwald-Kiental empfohlen wurden, mindestens so weit entfernt sind, als ich. Man hatte kein Recht, jede Andeutung dieser Tatsache zu unterlassen, und die für die veröffentlichten Berichte Verantwortlichen dürfen sich nicht wundern, daß sie sich

damit dem Verdacht aussetzen, auch diesmal wieder versucht zu haben, absichtlich der Wahrheit Gewalt anzutun. In diesem Verdacht kann man nur bestärkt werden, wenn man unter den zustimmenden „Organisationen" auch aufgezählt findet: „Die gewerkschaftlichen und sozialistischen Minderheiten Frankreichs." Hier wird die Irreführung, deren man sich gegenüber der gesamten öffentlichen Meinung, gegenüber der Internationale, gegenüber der Arbeitermasse aller Länder schuldig macht, schrankenlos. Wo gibt es denn in Frankreich eine Organisation der sozialistischen Minderheit? Wir wissen, daß es in Deutschland solche gibt — wir wissen aber auch, daß in Frankreich die Dinge ganz anders liegen. Ja, auch in Frankreich gibt es eine Opposition, eine Minderheit: weder ihr Charakter, noch ihr Vorgehen, noch ihr Ziel läßt sich mit dem verschiedener Gruppen der deutschen Opposition vergleichen. Diese Minderheit war jedoch in Kiental ebensowenig vertreten als sie es in Zimmerwald war, trotz der damaligen Anwesenheit Bourderons. Nach Kiental waren die drei sozialistischen Abgeordneten Alexander Blanc, Pierre Brizon und Raffin-Dugens gekommen. Delegiert von wem? Von niemandem. Wußte man das etwa nicht in Kiental? Doch, man wußte es. Denn sie haben es selbst erklärt — und Raffin-Dugens hat in einem Interview, das er nach seiner Rückkehr einem Pariser Blatt, dem linksrepublikanischen „Bonnet Rouge" gewährte, noch einmal klar wiederholt: „Brizon hat im Namen der französischen Delegation erklärt, daß uns niemand beauftragt hatte, selbst die sozialistische Minderheit Frankreichs nicht. Wir wohnten der Konferenz nur persönlich bei, und nur unsere eigene Verantwortlichkeit kam in Betracht." Ebenso klar war in einem Beschluß, den der französische Parteivorstand, dem eine Reihe oppositioneller Genossen angehören, einstimmig faßte, festgestellt worden, daß niemand das Recht gehabt habe, in Kiental im Namen der französischen sozialistischen Partei zu sprechen. Und ebenso deutlich hat es am 12. Mai eines der Hauptblätter der Minderheit, der „Populaire du Centre" in Limoges gesagt. Nein, nein, darüber konnte sich weder die Kientaler Konferenz, noch die dort bestätigte internationale sozialistische Kommission, noch die Verfasser der Berichte irgend einer Täuschung hingeben; der Tatbestand war ihnen genau bekannt, und trotzdem

werden in dem offiziellen Bericht die „Organisationen" der sozialistischen Minderheit Frankreichs zu Zimmerwald-Kiental gerechnet. Warum: Weil man den Eindruck erwecken will, als ob die französische Opposition wirklich mit Kiental marschierte. Für diese Methoden gibt es keine Entschuldigung, um so weniger, als gerade das was in Kiental selbst vorging, klar gezeigt hatte, welche gewaltigen Unterschiede bestanden zwischen dem Zimmerwald-Kientaler Geist, wie er besonders in der sogenannten prinzipiellen Kientaler Erklärung zum Ausdruck kam, und den Ideen des französischen Genossen, der den Verhandlungen bis zum Schluß beiwohnte: Pierre Brizons! Allerdings auch davon hat man wieder nichts gelesen in dem Blatt des Präsidenten der Zimmerwald-Kientaler Konferenzen, in der „Berner Tagwacht." Dagegen las man in dem offiziellen Verhandlungsbericht, daß die prinzipiellen Leitsätze „einstimmig" angenommen wurden. Das widerspricht der Wahrheit, da der Zusatz fehlt: „nachdem eine Reihe von Delegierten ihre ausdrücklichen Vorbehalte gemacht hatten, und nachdem besonders der französische Genosse Pierre Brizon durch einen Brief, der während der Sitzung dem Präsidenten übergeben wurde, seinem Vorbehalt Ausdruck verliehen hatte." Diese sehr wichtige Tatsache, die ich aus dem Mund Brizons unmittelbar nach der Kientaler Konferenz in Anwesenheit des schweizerischen Genossen Dr. Brüstlein erfuhr und zu deren Veröffentlichung Brizon mich autorisierte, wurde in dem offiziellen Bericht glatt unterschlagen. Natürlich: denn sonst wäre ja das schöne Bild vollkommenster Einigkeit zerstört gewesen, sonst hätte man von vorneherein aller Welt offenbart, daß man versuchte zusammenzugehen, obschon man grundverschiedene Ansichten hatte. Im offiziellen Bericht stand auch nichts davon zu lesen, daß derselbe Pierre Brizon die den Zimmerwald-Kientaler Auffassungen so arg widersprechende Erklärung abgegeben hatte: „Obschon ich Sozialist und Internationalist bin, so kann ich doch nicht vergessen, daß ich Franzose bin, und Frankreich bleibt in meinen Augen das traditionelle Land der Revolution," — nichts zu lesen davon, daß er sich ausdrücklich geweigert hatte, unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf die militärische Situation des Landes, gegen die Militärkredite zu stimmen. In jenem Augenblick, da hat man ihn oben in Kiental als einen ganz vulgären Sozialpatrioten angesehen, — und wie uns

Radek in einer Versammlung kürzlich erzählte, ist ein Teil der anwesenden Delegierten darob so erschrocken, daß sie zusammentraten, um die Frage zu erörtern, ob man Brizon nicht auffordern sollte, die Konferenz zu verlassen. Davon ist man schließlich abgekommen, weil man sich sagte: vielleicht wird er sich bessern bis zum Schluß, vielleicht wird er seinen spezifisch-französisch-sozialpatriotischen Standpunkt noch aufgeben! Und in der Tat, daß es Genosse Brizon war, der das Kientaler Manifest verfaßte, steht in so schroffem Widerspruch zu dem, was er mir gegenüber äußerte, daß ich mich einstweilen hüten werde, die Lösung dieses psychologisch-politischen Rätsels zu versuchen, das mich zu den seltsamsten Schlüssen führen könnte. Ich begnüge mich, ebenso tieferstaunt darüber zu sein, als es die Genossen in Kiental selbst waren, von denen uns Radek in der schon erwähnten Versammlung sagte, daß sie einfach sprachlos, und natürlich sehr befriedigt sprachlos waren, als Brizon seinen Entwurf vorlegte, in dem, wie sich Radek ausdrückte, „all das drin stand, was man vorher gegen Brizon und die französische Opposition gesagt hatte". Ich bin jedoch nicht nur darüber erstaunt, sondern auch über die Kühnheit, mit der mir gegenüber der Präsident der Kientaler Konferenz hier in einer öffentlichen, von der bernischen Partei einberufenen Versammlung den schriftlichen Vorbehalt Brizons gegenüber der sogenannten Prinzipienerklärung ableugnete, denn ich weiß, daß dieser Brief tatsächlich abgegeben wurde. *

Auch dieses Rätsel will ich nicht zu lösen versuchen, wieso es möglich war, daß der Präsident der Kientaler Konferenz, Genosse

---

* Einige Tage nach dem Stattfinden der Versammlung, in der ich die in dieser Broschüre wiedergegebene Rede hielt, bekam ich von Pierre Brizon, als endgültige Bestätigung, einen von Paris 3. Juni datierten Brief, in dem er als Antwort auf meine Mitteilung, daß der Präsident der Kientaler Konferenz vorgab von seinem Brief nichts zu wissen, wörtlich schrieb: «Je suis de plus en plus convaincu que j'ai bien fait de rédiger le Manifeste de Kiental et de faire des réserves sur la Déclaration de principes, par lettre, remise en séance même au Président . . . encore uns fois personne ne peut nier l'envoi de la lettre en question.» „Ich bin von Tag zu Tag überzeugter, daß ich richtig handelte, als ich das Kientaler Manifest redigierte und in bezug auf die Prinzipienerklärung Reserven machte durch einen Brief, der in der Sitzung selbst dem Präsidenten übergeben wurde . . . noch einmal niemand kann die Übergabe des betreffenden Briefes leugnen."

Grimm, in der Parteiversammlung behauptete, absolut nichts davon zu wissen.

Als ich zum erstenmal hier auf die schweren Widersprüche, zwischen dem was mir Brizon gesagt hatte und dem was in Kiental zum Beschluß erhoben worden war, aufmerksam machte, glaubte man an dem was ich sagte, zweifeln zu können. Seither ist mir Genosse Pierre Brizon selbst zu Hilfe gekommen. Am 18. Mai, also beinahe drei Wochen nach der Kientaler Konferenz, hat er in der französischen Kammer der Abgeordneten eine Rede gehalten über gewisse Agrarreformen. In seiner Nummer vom 24. Mai bringt das Oppositionsblatt in Limoges, der „Populaire du Centre", den amtlichen Bericht darüber. Und es ist sehr interessant zu lesen, in welcher Weise Brizon die Abgeordneten zu überzeugen sucht, daß sie für seine Anträge stimmen sollten. Er, der aus Kiental kam, wo die Ablehnung der Landesverteidigung, wenn auch noch nicht in ganz klarer theoretischer Form, so doch in den praktischen Beschlüssen und im Geist der Mehrheit, von der jene Beschlüsse ausgingen, ihren Triumph feierte, zieht als höchstes, wirksamstes Argument die Landesverteidigung heran, der man einen Dienst leiste, wenn man den von ihm vorgeschlagenen Weg beschreiten würde. Wörtlich ruft er aus: „Sie werden nicht durch ein unvorsichtiges und ungenügend ausgeglichenes Gesetz den Bauer vom Acker entfernen... Sie werden es nicht tun, weil es das nationale Interesse erfordert, weil Sie dadurch, daß Sie Millionen Bauern dem Acker erhalten, ein Frankreich aufbauen werden, das wiederaufleben und aufs neue die Hoffnung kennen wird. Das ist der Grund, weshalb Sie dieses Gesetz verbessern müssen und auf diese Weise werden Sie den Interessen des Vaterlandes, der Landesverteidigung und der französischen Wiedergeburt dienen."

„Nationales Interesse," „Interessen der Landesverteidigung," „Interessen des Vaterlandes": wer unter den hier anwesenden Genossen, die in Zimmerwald und Kiental waren, wagt es zu behaupten, daß diese Worte dem Sprachschatz, dem Geist dieser beiden Konferenzen entstammen? Wer wagt es zu bestreiten, daß ich das Recht habe zu sagen: selbst der linkste Flügel der sozialistischen Opposition Frankreichs gehört nicht zu Euch. Ihr betrügt Euch selbst und Eure Anhänger, wenn Ihr das Gegenteil glauben machen

wollt. Aber es ist ja etwa nicht nur Genosse Brizon allein, der so spricht. Andere noch klarere Kundgebungen liegen vor. Ich will Ihnen nur ein paar Stellen vorlesen aus den dutzenden und aberdutzenden von Artikeln, die vor und nach Zimmerwald, vor und nach Kiental z. B. im „Populaire du Centre" standen, und in denen die Interessen der Landesverteidigung als die unmittelbar höchsten hingestellt wurden, und zwar will ich nicht weiter zurückgehen, als bis in die ersten Monate des Jahres 1916. Am 13. Januar 1916 schreibt Jean Longuet, einer der Führer der sozialistischen Minderheit Frankreichs im „Populaire du Centre", daß die französischen Sozialisten, indem sie ihr Land verteidigten, in das der Feind eingedrungen war, „sich auf dem Boden selbst befanden, auf den sich stets alle internationalen sozialistischen Kongresse gestellt hatten," und daß deshalb der Kompf gegen die Mehrheit weder denselben Charakter, noch dieselben Formen annehmen könnte wie in Deutschland. Am 10. Februar 1916 liest man in einem Redaktionsartikel des „Populaire du Centre": „Vor dem Krieg: die Manöver und alle Gefahren der Diplomatien, des Imperialismus und der chauvinistischen Politik zu bekämpfen und zu denunzieren. Diese Aufgabe ist von allen erfüllt worden. Während des Krieges: vor allem das Heil seines Landes sichern, denn eine Partei, deren Programm die Unabhängigkeit der Nationalitäten enthält, kann unmöglich nicht in erster Linie die Unabhängigkeit ihres eigenen Vaterlandes verlangen und wollen." Am 15. Februar 1916 spricht der „Populaire du Centre" vom Kampf der Reaktionäre gegen die Sozialisten und von der letzten Kriegsanleihe, welche die Regierung ausgeschrieben hatte, der sogenannten „Siegesanleihe!" Mit Stolz erwähnt er, daß Brizon in einer Rede, die er in der Kammer hielt, darauf hingewiesen habe, „daß die „Humanité" und der „Populaire du Centre" dadurch, daß sie sich weigerten für die Anleihe-Reklameannoncen die geringste Bezahlung anzunehmen, bewiesen, daß sie die Interessen der Vaterlandsverteidigung über alles stellten." Und vor einigen Tagen, am 29. Mai, also ein Monat nach Kiental druckte der „Populaire du Centre" aus dem „Populaire", der neuen Wochenschrift der sozialistischen Minderheit, einen Artikel über den letzten englischen sozialistischen Kongreß in Newcastle ab, in dem folgende Stelle vorkommt, die denjenigen, die

zu Kiental und dessen Präsidenten, der in der „Tagwacht" einmal knapp und bündig schrieb: „Der Sozialismus hört dort auf wo die Landesverteidigung beginnt," die denkbar klarste Antwort erteilt:

„In seiner letzten Sitzung hat der Kongreß von Newcastle eine Tagesordnung des Doktor Salter angenommen, derzufolge „in der Zukunft die sozialistischen Parteien aller Länder sich weigern sollten, irgendeinen Krieg zu unterstützen, welches auch sein Ziel sein möge, selbst wenn er formell ein Verteidigungskrieg wäre." Dieser Vorschlag soll dem nächsten internationalen sozialistischen Kongreß unterbreitet werden. Welches auch unsere Sympathien für unsere Genossen der J. L. P. und unsere Bewunderung für ihre energische Verteidigung der internationalistischen Prinzipien sein mögen, wir sind gezwungen unsern ausdrücklichsten Vorbehalt zum Ausdruck zu bringen in bezug auf diese letzte Forderung, die nicht von einem sozialistischen und marxistischen Standpunkt ausgeht, sondern von einer tolstojanischen oder herveistischen Auffassung, die niemals die unsere war. Wir haben immer unterstrichen, daß wir daran festhalten, unsere Sorge um die nationale Unabhängigkeit in Einklang zu bringen mit unserem Internationalismus."

In anderer Form hatte der „Populaire du Centre" dasselbe schon am 18. Mai 1916 gesagt, als er in einem Artikel, in dem er im übrigen von der französischen Parteimehrheit forderte, sich dem Zusammentritt der internationalen sozialistischen Bureaus nicht mehr länger zu widersetzen, schrieb:

„Die Minorität, zu deren Bildung wir beigetragen haben, sie hat Stellung genommen. Sie hat nichts versucht und sie wird nichts versuchen, was die militärische Widerstandskraft der sich im Krieg befindenden Nation schwächen könnte."

Übertreibe ich nun, wenn ich sage, daß die französische Minderheit die Landesverteidigung ebensowenig verwirft als die französische Mehrheit, — übertreibe ich, wenn ich hinzufüge, daß Kiental nicht das Recht hat, diese französische oppositionelle Minderheit für sich zu reklamieren, trotz der Anwesenheit Brizons in Kiental und trotz des Kampfs für den Frieden, den die französische Opposition glaubt führen zu müssen.

Aber nicht um diese Feststellung allein ist es mir zu tun, sondern um die Schlußfolgerung, die sich aufdrängt und die lautet: an der heutigen Wirklichkeit zerschellen die Theorien, wie sie noch etwas schüchtern in Zimmerwald und wesentlich draufgängerischer in Kiental formuliert wurden. Die französische Opposition, so stark ihr Wunsch nach Frieden und nach integraler Aufrechterhaltung der sozialistischen Grundsätze sein mag, kann einfach nicht mit Euch zusammengehen, weil sie eine direkte Verantwortung trägt, die so viele von denen, die in Kiental leichten Herzens große Beschlüsse faßten, nicht haben. Da ihrem Land der Krieg erklärt wurde, da sie den Feind tief in ihren Provinzen stehen haben, so können sie tausendmal überzeugt sein, daß auch ihre eigenen Regierenden nicht immer unschuldige Lämmer waren, und trotzdem bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich auf den Boden der Landesverteidigung zu stellen und praktisch daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wenn etwas den praktischen Beweis für die Unhaltbarkeit der Taktik liefert, wie sie von Zimmerwald-Kiental proklamiert wurde, so sind es die tiefen und einstweilen unüberbrückbaren Gegensätze, die zwischen der französischen Opposition und Euch aus Zimmerwald-Kiental bestehen, trotzdem Euer letztes Manifest ein Mitglied dieser französischen Opposition zum Verfasser hat.

In Wirklichkeit nimmt die französische Parteiminderheit keinen andern Standpunkt ein, als die führende Gruppe der deutschen Opposition, die Fraktionsminderheit im Reichstag. Und deshalb muß ich sagen, daß ich es, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, mindestens für eine schwere Taktlosigkeit halte, wenn unter den heutigen Umständen deutsche Abgeordnete, die zur sozialdemokratischen Opposition im Reichstag gehören, von den französischen sozialistischen Abgeordneten verlangen, ohne jede Rücksichtnahme auf die militärische Situation ihres Landes alle von ihnen geforderten Kredite glatt zu verweigern. Ich bin heute noch nicht über das tiefe Erstaunen hinaus, das mich packte, als ich unter dem Zimmerwalder Manifest gerade die Unterschrift Ledebours als erste fand, da ich doch von Ledebour wußte, daß er ganz kurz vorher sich keineswegs prinzipiell gegen jede Bewilligung von Kriegskrediten, selbst in Deutschland, ausgesprochen hatte, sondern gewisse militärische Ereignisse dabei gründlich in Erwägung ziehen wollte. Wie könnte etwa

heute der Genosse Ledebour, dessen scharf-oppositionelle Stellung gegen die deutsche Kriegs- und Regierungspolitik ihm die Anerkennung der ganzen Internationale verschafft, aus dieser Opposition das Recht herleiten wollen, von den französischen Sozialisten ebenfalls die unbedingte Ablehnung aller Kredite zu verlangen, er, der nach einem nie von ihm dementierten, aber von oppositioneller Seite bestätigten Bericht der „Chemnitzer Volksstimme" vom 21. September 1915 in einer Fraktionssitzung erklärte: daß er die Notwendigkeit der Landesverteidigung und die Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel im Falle ernster Gefahr des Landes nicht in Abrede stelle, und daß er, wenn die Russen an der Oder gestanden hätten, auch die Mittel bewilligen wollte, die notwendig gewesen wären, um sie wieder hinauszutreiben. Das verstehe ich sehr gut. Aber wie ist es zu vereinbaren mit dem Geist von Zimmerwald-Kiental? Wie ist es zu vereinbaren mit der Art, in der das von Ledebour unterzeichnete erste Zimmerwalder Manifest das Problem stellte? Wie ist es zu vereinbaren mit der in Kiental ausgegebenen General-Ablehnungsparole? Verleiht die Anwesenheit der deutschen Armee in den industriellen Teilen der Republik den französischen Sozialisten weniger Rechte, legt sie ihnen geringere Pflichten auf, als die, welche eine eventuelle Ankunft der Russen an der Oder dem Führer der Zimmerwaldbewegung in Deutschland, Genossen Ledebour, selbstverständlich erscheinen ließe für die deutschen Sozialdemokraten?

Weil es dem wuchtigen Vorstoß der deutschen Armeen gelang, die Russen aus Ostpreußen zu vertreiben, ist es dem Genossen Ledebour und wohl auch andern leicht geworden, die Kredite abzulehnen! Kann die Folgerung nun heißen: weil es der französischen Armee, die eben nicht so auf den Krieg vorbereitet war, wie die deutsche, noch nicht gelang, den Feind aus ihrem Land zu vertreiben, soll es den französischen sozialistischen Abgeordneten untersagt sein, die nötigen Kredite anzunehmen? Die Frage schon reizt zum Spott. In ihrer Nummer vom 26. November 1915 hat sich eines der bekanntesten deutschen Oppositionsblätter, die „Bremer Bürgerzeitung", mit beißendem Sarkasmus lustig gemacht über das, was die deutschen Mehrheitssozialdemokraten im Grund von den Franzosen fordern. Sie schrieb damals:

„Was verlangt David von unsern französischen Genossen? Sie sollen erklären, daß es ihnen gleichgültig ist, ob Belgien oder Nordfrankreich von den Deutschen besetzt ist oder nicht. Sie sollen erklären, daß es ihnen gleichgültig ist, ob Elsaß-Lothringen zu Deutschland oder zu Frankreich geschlagen wird. Sie sollen erklären, daß es ihnen gleichgültig ist, ob der deutsche Militarismus zerschmettert wird oder nicht. Sie sollen erklären: was kümmert uns die ganze Vaterlandsverteidigung, sie liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Kurz und gut, sie sollen erklären: alle diese Dinge gehören in das Gedanken- und Interessenarsenal der herrschenden Klassen Frankreichs. Wir als Sozialisten haben nicht das geringste Interesse an diesen Fragen; denn mögen sie so oder so gelöst werden: das Proletariat hat nur neue Knechtung, neue Ausbeutung, erhöhte Lasten von ihrer Lösung zu erwarten. Dieser Krieg ist ein Krieg der herrschenden Klassen Frankreichs, mit dem wir nichts zu tun haben. Unsere Parole muß sein: Krieg dem Kriege! Das sollen die französischen Genossen erklären. Dann wird der Genosse David sagen: So ist's recht; nun können wir Frieden schließen! Wie aber, wenn die französische Regierung auf die Worte der Sozialistenführer nicht nur nicht hört, sondern sie wegen Hochverrats standrechtlich erschießen läßt? Wird dann der Genosse David den Heroismus der Hochverräter als leuchtendes Fanal seiner Friedensagitation vorantragen? Oder wird er noch mehr verlangen? Wird er verlangen, daß, nachdem die Führer ihrer sozialistischen Überzeugung das höchste Opfer dargebracht, nun auch die Massen des französischen Proletariats den Weg ihrer Führer beschreiten? Und wenn in Frankreich, England, Italien und Rußland die Flammen der Revolution emporlodern, was wird Genosse David dann tun? Dann wird er mutig vor die Regierung hintreten und — seine Annexionspläne entwickeln müssen. Die Sozialisten der feindlichen Staaten als Opfer ihrer sozialistischen Überzeugung — die Sozialisten Deutschlands als Opfer des Imperialismus: so denkt sich Genosse David den Weg der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Regierung kann mit ihm zufrieden sein."

Ein bißchen von diesem Sarkasmus verdienten aber auch jene andern Genossen, die in bestimmten Augenblicken den Standpunkt des Genossen Ledebour innehatten und nun heute, weil sie vielleicht

glauben, dadurch und nur dadurch eine wirksame internationale Aktion zu ermöglichen, von den französischen Sozialisten dieselbe Ablehnung der Kriegskredite fordern, wie sie die deutsche Opposition im Reichstag durchführt — durchführt warum? Weil sie im Prinzip etwa die Landesverteidigung ablehnt? O, nichts weniger als dies. Darauf gibt uns jene Kollektiverklärung die beste Antwort, durch die sich die zum Handeln entschlossene Gruppe der sozialdemokratischen Minderheit im deutschen Reichstag, dieselbe, die später die neue Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gründete, der Welt vorstellte: die berühmt gewordene Erklärung der Zwanzig, die der Leipziger Abgeordnete Geyer am 21. Dezember 1915, also einige Monate nach Zimmerwald, im Reichstag verlas, um die Ablehnung der damals geforderten Kriegskredite zu begründen. Darin stand unter andern der für uns heute abend entscheidende Satz: „Die Grenzen unseres Landes und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, die Invasion der feindlichen Armeen bedroht uns nicht."

Ja, wie sollen von diesem Standpunkt aus denn die französischen Sozialisten bei sich zu Hause gegen die Kriegskredite stimmen, da doch wirklich weder ihre Grenzen gesichert sind noch ihr Land von der feindlichen Invasion verschont blieb oder gesäubert ist? (Zwischenruf: „Das ist eine Fälschung.") Wie? Höre ich recht? Trügt mich mein Ohr? Jemand ruft das Wort: Fälschung aus! Worauf soll sich das beziehen? Auf mein Zitat? Hat der betreffende Genosse den Text in der Hand? Oder was sonst? Das Wort, das er gerufen hat, ist böse. Als guter Christ will ich es ihm ohne weiteres verzeihen nach dem Grundsatz: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun", aber ich möchte ihn doch dringend bitten, sich darüber auszusprechen, was er damit meint und damit er nicht zu warten braucht, unterbreche ich meine Ausführungen und gebe ihm das Wort.

Dr. Nachimson: Wenn man einen Satz aus der ganzen Erklärung herausreißt, kann man alles beweisen. Diese Methode wendet man an, wenn man etwas herunterreißen will. Wenn man ehrlich ist, muß man das Ganze erklären, die ganze Stimmung, die ganze Lage. Zunächst stelle ich fest, daß unter den Genossen, die damals die Erklärung abgegeben haben, der größte Teil schon am 4. August 1914 gegen die Kredite war, allerdings nur in der Fraktion

und nicht offen, weil sie sich der Fraktionsdisziplin unterworfen haben. Die Genossen, die damals für diese Kredite waren, haben es sehr bereut, nicht aus der militärischen Situation heraus, sondern weil der Krieg eine Politik ist, gegen die die Sozialdemokratie immer stimmen muß, wie auch die militärische Situation liegt. Liebknecht hat klar und deutlich gesagt, daß jener Satz nur den Sinn gehabt habe, zu zeigen, daß man die Pflicht habe, den Frieden einzuleiten, weil die militärische Situation gut sei.

Radek: Liebknecht hat genau das Gegenteil gesagt, indem er jene Erklärung als zweideutig bezeichnete.

Grumbach: Genosse Nachimson, Sie haben das Wort „Fälschung" gebraucht ....

Dr. Nachimson: Es richtete sich nicht gegen Sie, sondern gegen jene Genossen, die in Deutschland, wie Radek es tut, der Erklärung eine Interpretation gegeben haben, die sie nicht besitzt.

Grumbach: Das hätten Sie gleich sagen sollen. In der Tat bin ich aber froh, daß Sie es nicht gleich gesagt haben, sonst wären wir um Ihre Interpretation gekommen, die wirklich nichts von dem was ich sage widerlegt. Sie beschweren sich über jenen Flügel der deutschen Opposition, dem der von mir zitierte Satz mißfiel und der als seine Folge voraussagte, daß die Franzosen sich auf ihn berufen könnten, um ihrerseits die Kredite zu bewilligen. Genosse Dr. Nachimson, wenn ich Ihre Beschwerde verstehen kann über das harte, ungerechte Urteil, das infolgedessen jene ultraradikalen Genossen über die Opposition im Reichstag fällten, so begreife ich doch keineswegs, wie Sie den Kern der Sache selbst bestreiten können. Auch wenn Sie die Erklärung vom 21. Dezember1915 von vorn bis hinten lesen, auch wenn Sie alle Umstände in Erwägung ziehen, unter denen sie erfolgte, so bleibt der Satz, den ich zitierte, in der vollen Bedeutung, die ich ihm zuschreibe, bestehen. Allerdings haben die Franzosen das Recht, sich auf ihn zu berufen, wenn etwa von oppositioneller deutscher Seite, wie es geschehen ist, von ihnen die unbedingte Ablehnung aller Kriegskredite verlangt wird, ohne Rücksicht auf die militärische Situation. Dazu bedarf es gar keiner Interpretationskunststücke, keines Bedürfnisses, die Erklärung „herunterzureißen". Der Text ist so klar, so unzweideutig, als man es nur wünschen kann. An ihn halte ich mich und an die Tatsache, daß bis-

her keinerlei weitere offizielle Erklärung erfolgte, die jene erste irgendwie annullierte. Daß ein Teil der Genossen, in deren Namen die Erklärung am 21. Dezember 1915 verlesen wurde, schon am 4. Aug. 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite war, und darauf haben Sie, Genosse Dr. Nachimson, in Ihrer Unterbrechung ja ein besonderes Gewicht gelegt, widerspricht dem nicht im geringsten, und ich erfasse, offen gestanden, den Sinn Ihres Einwurfes nicht. Diese Genossen waren eben schon am 4. August 1914 davon überzeugt, daß Deutschland einen Angriffskrieg führt, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die entscheidende Schuld am Ausbruch des Krieges trugen. Kein äußerer Zwang bestand, der die Einfügung des von mir verlesenen Satzes in die Erklärung vom 21. Dezember unbedingt erforderlich machte: nur das Bedürfnis zu zeigen, daß sich auch die Opposition der Frage der Sicherheit der Grenzen und der Unabhängigkeit des Landes nicht desinteressierte, konnte die Veranlassung dazu bilden, ihn hineinzuschreiben. Und damit ist auch die Frage beantwortet, ob man das Recht habe, im Namen der deutschen Opposition von den französischen Sozialisten zu verlangen, daß sie genau so handeln müßten wie sie. In Wirklichkeit finden selbst diejenigen, die diese Anforderung stellen, daß es im Grund unmöglich ist. Nicht umsonst hat auf der Kientaler Konferenz der preußische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann dem französischen Delegierten gesagt, von seiten der französischen Abgeordneten sei es doppelt mutig, doppelt anerkennenswert, daß sie sich zu der Konferenz eingefunden hätten. (Zwischenrufe: Sehr richtig!) Ja, Genossen in der linken Ecke, Sie rufen: Sehr richtig, aber hoffentlich sagen Sie sich auch, daß Sie damit, ob Sie es wollen oder nicht, zugeben, daß die Lage der Franzosen eben anders ist als diejenige der Deutschen, und daß auch Genosse Hoffmann es damit anerkannte. Es genügt jedoch nicht, bei diesem billigen „Sehr richtig" stehen zu bleiben. Denn das ist allzu bequem, sich damit den Schein der Unparteilichkeit zu verschaffen, ohne nachher die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen oder gar Folgerungen, die diesem Eingeständnis widersprechen. Denn darin liegt ja der Kern des heutigen Konfliktes zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der französischen sozialistischen Partei, — darin liegt ja die Erklärung dafür, daß selbst zwischen der deutschen Opposition und der französischen Partei noch keinerlei Verständigung

erfolgen konnte: daß man auf deutscher Seite sich noch nicht zur Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Verschiedenheit der Situation verschiedene Aktionsmethoden erfordert, — daß die oppositionelle Haltung der deutschen Minderheit ihr noch keinerlei Recht gibt, von den Franzosen dieselbe Haltung zu verlangen, da Deutschland an Frankreich den Krieg erklärte und heute noch gewaltige Teile Frankreichs von der deutschen Armee okkupiert sind. Der Bruch zwischen den beiden Parteien wäre von vorneherein zu vermeiden gewesen, wenn die deutsche Sozialdemokratie auf Grund der Gesamtlage und auf Grund dessen, was sie wissen mußte und wußte, so gehandelt hätte, wie es einst von August Bebel als selbstverständlich hingestellt worden ist. Die Verständigung konnte im Lauf des Krieges erfolgen, wenn diejenigen, die zur Opposition übergingen, zu gleicher Zeit auch anerkannten, daß das, was sie in ihrem Land taten, nicht unbedingt auch im andern Lande erfolgen mußte, ja daß es sogar nicht erfolgen konnte. Der Versuch, sich die eigene Opposition zu erleichtern dadurch, daß man von allen andern dieselbe Opposition, dieselben Handlungen verlangte, mußte unfruchtbar bleiben. Und Zimmerwald-Kiental, wo man das allgemeine Gleichmachen zum leitenden Prinzip erhob, bildet den Beweis dafür, daß international nichts mehr herauskommen konnte dabei, als eine Demonstration, die natürlich in den verschiedenen Ländern, bei allen, die irgendwie für den sofortigen Frieden sind, ein mehr oder weniger starkes Echo fand. Aber eine praktische Einwirkung auf die Ereignisse, eine wirkliche Aktion war auf diesem Weg nicht zu erzielen, da es angesichts der gegebenen Verhältnisse einfach unmöglich war, überall die gleiche Taktik durchzuführen, ohne zu Resultaten zu gelangen, die kein Sozialist wünschen konnte.

Wenn Sie ein Bündel Stäbe nehmen aus verschiedenem Material, aus Holz, Pappe, Glas, Eisen, Stahl, sie nebeneinander leicht in die Erde schlagen und einen Eisenhammer, der genau so breit ist als die Fläche, die die Stäbe bedecken, auf sie niedersausen lassen, dann wird dadurch physikalisch auf alle der ganz gleiche Druck ausgeübt, alle werden mit derselben Wucht getroffen, aber die Resultate werden sehr verschieden aussehen. Der hölzerne wird zersplittern, der aus Pappe wird zusammenknicken, vom gläsernen wird fast nichts übrig sein, der aus Eisen wird krumm und tief in die Erde fahren,

der stählerne wird zwar auch einsinken, sonst aber aufrecht stehen bleiben. Und so verschieden würde auch die Wirkung sein, wenn man etwa ernsthaft versuchen wollte, die Zimmerwald-Kientaler Aktionsprinzipien heute überall gleichmäßig zur Anwendung zu bringen. Sie können nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter ganz ungleich leichter empfänglich für revolutionäre Aktionsmethoden sind, als die deutschen Proletarier. Sie können nicht vergessen, daß ganz ungleich schwerer das von fremden Armeen besetzte Frankreich von einer Massenerhebung getroffen würde, als das vom Feind freie und unter einer beinahe unbeschränkten Militärdiktatur stehende deutsche Kaiserreich. Auf der einen Seite wäre die Möglichkeit sich zu verteidigen ganz ertötet und den Andern würde es dadurch gerade unendlich erleichtert, die militärischen Erfolge in einer Weise auszubeuten, die den Zukunftsinteressen der internationalen sozialistischen Bewegung neue und mächtige Hindernisse entgegentürmte.

Darüber hinwegzukommen, das zu ändern, Genossen aus Zimmerwald-Kiental, das liegt nicht in Eurer Macht. Und deshalb wiederhole ich immer und immer wieder: Euer Wunsch, die Internationale so rasch wie möglich wieder auf die Beine zu stellen, mag noch so glühend sein, Eure Überzeugung, daß die Sache des Sozialismus gegenwärtig von den Parteien der verschiedenen Länder verraten wird, mag noch so tief und ehrlich in Euch ruhen, Ihr könnt nicht verlangen, daß die Sozialisten überall ohne Rücksicht auf die Vergangenheit und die Gegenwart die gleichen Aktionsmethoden anwenden. Man hat von verschiedenen Seiten stumpfsinnige und schmutzige Anklagen gegen Euch geschleudert, als ob Ihr bezahlte Agenten Deutschlands wäret. Mit Recht wird Euch das weiter nicht grämen. Aber ob Ihr es noch so sehr vermeiden möchtet, es ist die Sache des deutschen Kaiserreiches, der heute schließlich die von Euch gepredigte Taktik beinahe automatisch den größten und unmittelbarsten Nutzen bringen würde, einfach aus dem Grund, weil Ihr ebensowenig die Tatsachen, die der Krieg geschaffen hat, durch revolutionärste Beschlüsse aus der Welt schaffen könnt, als die gewaltigen Temperaments- und Traditionsunterschiede, die zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat bestehen und die formell gleichen Methoden eine ganz verschiedene Stoßkraft geben würden. Sollte einer unter Euch etwa den Mut haben, zu behaupten, in

Deutschland ließe sich eine revolutionäre Bewegung, wie sie in Zimmerwald-Kiental indirekt, in Aarau direkt gefordert wurde, ebenso leicht hervorrufen, als in irgend einem andern Land, so dürfte ich ihm wohl erwidern: mein Freund, daran glaubst du selber nicht.

In Wirklichkeit bin ich überzeugt, daß sehr viele derjenigen, die mit Zimmerwald-Kiental marschieren, sich darüber ganz klar sind: daß sie aber einfach nichts wissen und nichts hören wollen davon, weil sie befürchten, sich sonst den angeblichen Weg zu einer sogenannten „internationalen Aktion" zu versperren.

Das führt mich zur näheren Analyse der Ideengänge namhafter Führer, Gruppen und Parteien, die sich zu Zimmerwald-Kiental bekennen, zur Untersuchung, inwieweit sie das mit Recht tun dürfen, oder dabei sich selbst und den andern etwas vortäuschen, zur Bloßlegung der Widersprüche, von denen ich in meinen einleitenden Sätzen sprach.

Es gibt bisher nur eine einzige Gesamtpartei, die sich durch einen formellen Kongreßbeschluß auf einen ausgesprochen revolutionären und nurrevolutionären Boden in dieser Frage stellte, in demselben Augenblick, in dem sie Zimmerwald zustimmte: das ist die *schweizerische*. Ich möchte als Gast der Schweiz auch der eigenen Partei gegenüber die Pflichten der Höflichkeit nicht verletzen: aber ich hoffe, daß ich mir ein Lächeln gestatten darf, ohne in den Verdacht zu geraten, mich vorwitzig in innerschweizerische Dinge einzumischen, die mich nichts angehen, — und daß es mir nicht als Ungezogenheit angerechnet wird, wenn ich bescheiden frage: Ja, wo nimmt denn gerade die schweizerische Sozialdemokratie das Recht her, ein so revolutionäres Gericht abzuhalten über alle andern Parteien der Internationale, wo nimmt sie das Recht her, von den Sozialisten der kriegführenden Staaten, ob deren Land nun vom Feind besetzt ist oder nicht, zu fordern, daß sie unter allen Umständen die Kredite verweigern, daß sie den Frieden durch die Revolution herbeiführen müssen. Wörtlich heißt es in der vom letzten schweizerischen Parteitag, der im November 1915 in Aarau stattfand, mit 330 gegen 51 Stimmen angenommenen Resolution, in der man Zimmerwald zustimmte: „daß der Frieden *nur* durch die *revolutionäre Aktion des Proletariats* herbeigeführt werden könne". Hat die schweizerische Partei vielleicht etwa deshalb geglaubt dazu berechtigt

zu sein, eine solche Parole auszugeben, die von den andern viel Mut verlangt, weil ihre eigene Parlamentsfraktion in jenem entscheidenden Augenblick, in dem eine Gefahr zu drohen schien, einmütig zusammen mit allen andern bürgerlichen Parteien des Nationalrates am 3. August 1914 die geforderten Mobilisationskredite bewilligte, oder weil der General Wille auch mit ihren Stimmen ernannt wurde, oder weil seither, obschon doch bald zwei Jahre vergangen sind, weder die Fraktion, noch etwa der ihr als sehr tätiges Mitglied angehörende Präsident der Zimmerwald-Kientaler Konferenzen einen Demobilisationsantrag stellten, sich weise auf die Kritik der sogenannten „Auswüchse" beschränkend? Vor dem Krieg glänzte doch wirklich die schweizerische Partei auch nicht durch eine besonders revolutionäre Haltung, was angesichts der hier herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ja an sich sehr begreiflich ist. Und im Laufe des Krieges hat sie ebenfalls so manches getan, was den reinen Prinzipien der „nur" revolutionären Methode sehr wenig entspricht. Ich habe dem Kongreß in Aarau als stiller Zuschauer beigewohnt: ich sehe sie noch vor mir, diese paar hundert vom Haß gegen den Krieg glühend beseelten Delegierten. Die Atmosphäre, die dort herrschte, hatte zweifellos etwas Packendes. Und diese Atmosphäre, diese psychologische Verfassung der aus allen Kantonen der Schweiz herbeigeeilten Genossen wurde mißbraucht — ich schrecke vor diesem harten Wort nicht zurück — wurde mißbraucht, um Vorschläge zur Annahme zu bringen, über deren Tragweite sich der Kongreß einfach nicht klar war. Eine oberflächlichere Diskussion, als die stattgehabte, kann man sich nicht vorstellen: auf den Kern der Fragen ging kein Redner ein. Hervorgehoben wurde am stärksten jenes sozial-pazifistische Moment, das später in Kiental so feierlich verdammt wurde. Anstatt zu versuchen, den Wurzeln des Konflikts näher zu kommen, die entstandenen Komplikationen auch nur zu skizzieren, verfiel man wieder in den alten Fehler, der uns schon so viel geschadet hat und der so viel dazu beitrug, uns über unsere Willenskraft zu täuschen, in den Fehler der Allgemeinheiten und der „Nur"-Demonstration, ohne sich ernsthaft zu fragen, ob denn wirklich auf dem Weg, den man als den einzig richtigen proklamierte, etwas Positives herauskommen konnte. Wenn jemals die Urenkel der Aarauer Delegierten in Versuchung geraten sollten, beim Durch-

lesen der dort gefaßten Beschlüsse auszurufen: „Herrgott, was waren doch unsere Altvorderen für revolutionäre Mordskerle," so empfehle ich ihnen heute schon, um ihnen zu ermöglichen, den wahren Wert der Dinge besser zu erkennen, folgende kleine Ergänzung zum offiziellen Protokoll von Aarau. Die eigentlichen Urheber der „nur"-revolutionären Formel, die mit so großer Mehrheit angenommen wurde, waren die sozialistischen Sektionen von Neuenburg und La Chaux-de-Fonds und deren sympathischer Führer, Paul Graber, der sie ja auch — außer einem russischen Genossen — dem Kongreß zur Annahme empfahl. Als dann aber der Kongreß zu Ende war und Genosse Graber, der nicht nur ein unermüdlicher Propagandist ist, sondern auch leitender Redakteur des französischen Parteiorgans, das in La Chaux-de-Fonds erscheint, der „Sentinelle", wieder zu Hause war, auf dem hohen Bergrücken, der seine Heimatstadt trägt, da setzte er sich hin und schrieb in der „Sentinelle" einen kleinen und sicherlich wohlüberlegten Artikel, der eine seltsame Instrumentation zu der in Aarau angenommenen Tagesordnung bildete. Da las man den in Grabers Feder überraschenden Einleitungssatz:

„Was konnte man von der französischen Opposition verlangen? Eine revolutionäre Aktion, um ihre Regierung zu zwingen, den Frieden zu verlangen, koste es was es wolle? Nein, niemand wird daran denken."

Ich habe diese Stelle in einer Versammlung, in der ich vor einigen Wochen oben in La Chaux-de-Fonds sprach, vorgelesen in Gegenwart Grabers und habe ihm gesagt: „In dem Augenblick, in dem Sie das schrieben, hat der gesunde Menschenverstand bei Ihnen gesiegt, der glücklicherweise stärker war, als selbst das zweifellos doch vorhandene Bedürfnis, nicht in Widerspruch mit der von Ihnen in Aarau eingebrachten revolutionären Zusatzresolution zu geraten. In jenem Augenblick fühlten Sie sich nicht umgeben von einer Nur-Demonstrations-Atmosphäre, sondern Sie blickten der Wirklichkeit ins Auge, wie es notwendig ist und heute notwendiger als je. Und deshalb konnten Sie in jenem Artikel von der französischen Opposition verlangen, wie Sie es getan haben, daß sie gegen die steigende Flut eines gefährlichen Kriegsfanatismus ankämpfe, gegen jede künstliche Verlängerung des Krieges, die nichts mehr mit der Unabhängigkeit Frankreichs und Belgiens zu tun hätte, gegen die anti-

demokratische Reaktion, die jeder Krieg erzeugt, gegen die Verwischung der Tatsache, daß der Krieg stets die Antithese des Sozialismus bleibt, gegen die Verdrängung der Volkssouveränität durch die Militärautorität, gegen die Auswüchse der Zensur, — daß sie kämpfe für die Wiederanknüpfung der Verbindungen mit den sozialistischen Parteien der andern Länder zur gemeinsamen Beratung der Friedensbedingungen, die der internationale Sozialismus aufstellen muß: all das konnten Sie von der französischen Opposition verlangen um doch am Anfang wie am Ende Ihres Artikels wörtlich zu schreiben, daß sie aber „nicht in Konflikt geraten dürfe mit der Verteidigung des Landes". Revolutionäre und gar nur-revolutionäre Aktion ist jedoch ganz unausdenkbar ohne allerschwersten Konflikt mit der Verteidigung des Landes, besonders dort, wo die feindlichen Armeen eindrangen und sich festsetzten. Welchen Sinn hatte es aber dann, in Aarau Ihren Antrag zur Abstimmung und zur Annahme zu bringen und wie erklären Sie diesen Widerspruch?"

„Darin liegt kein Widerspruch," erwiderte mir einfach Graber. Ich überlasse es Ihnen, werte Anwesende, sich über diese Antwort selbst ein Urteil zu bilden. Für meine Person bleibe ich jedenfalls dabei, daß sogar ein sehr schroffer Widerspruch vorliegt, und die Tatsache, daß sich Graber seiner schuldig machte, bildet mir den besten Beweis dafür, wie unhaltbar namhaften Genossen, die zu den Führern der Zimmerwald-Kiental-Bewegung gehören, ihre eigenen Beschlüsse vorkommen. Und zum Schluß der Kritik, die ich mir an der schweizerischen Sozialdemokratie, an ihrer offiziell zimmerwäldlerischen Haltung auszuüben erlaubte, und die ich durch ein praktisches Beispiel zu erläutern versuchte, stelle ich endlich die Frage: warum haben jene Genossen, die auf dem Kongreß in Aarau der nur-revolutionären Forderung zur Annahme verhalfen, die doch sicher auch für die Sozialisten jener Länder, denen der Krieg erklärt wurde und in deren Provinzen heute noch die feindlichen Armeen stehen, das praktische Aufgeben der Landesverteidigung in sich begriff, warum haben sie nicht die herrliche Gelegenheit benützt, um mit dem „guten" Beispiel voranzugehen, warum haben sie nicht die Aufhebung der Beschlüsse beantragt, die von der schweizerischen Partei im Jahre 1906 auf dem Kongreß in Olten gefaßt wurden und die ausdrücklich einem „Volksheer mit der ausschließlichen Bestimmung

der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen" zustimmten? Es ist sehr billig und unter den heutigen Umständen ein frevelhaftes Spiel, von denen, die im blutigen Kampf stehen, die Revolution zu fordern und bei sich zu Hause, obschon dem eigenen Land glücklicherweise der Frieden erhalten blieb, nach ganz anderen Prinzipien zu handeln, wie es zum Beispiel der schweizerische Genosse Grimm, Präsident der Konferenzen von Zimmerwald und Kiental tat: denn wie alle andern seiner Kollegen hat er für die Mobilisationskredite gestimmt, welche die schweizerische Regierung forderte, wie alle andern hat er dem General Wille auch seinen patriotischen Segen gegeben bei dessen Wahl. — Und in einem Augenblick, in dem die Verhältnisse ihm erlaubten zu schreiben: „Noch ist die Gefahr, die unserem Lande drohte, keine unmittelbare," am 8. August 1914, richtete er in der „Berner Tagwacht" doch schon diese andern „hochsozialpatriotischen" Sätze ans Volk: „Mit kluger Überlegung und ruhigen Sinnes muß der nicht im Feld stehende Teil des Schweizer Volkes die Maßnahmen der Behörden unterstützen. Jetzt hilft kein weibisch Klagen, kein furchtsames Zittern. Hinter unsern tapfern Soldaten, die ohne Widerrede ihre Pflicht erfüllen, muß die Solidarität des Volksganzen stehen." — Und derselbe Genosse, der diese Sätze schrieb in einer Zeit, in der, wie er selbst sagte, noch keine unmittelbare Gefahr das Land bedrohte, hat sich zum Staatsanwalt gegenüber Sozialisten aufgeworfen, die entweder, weil sie mit Recht oder Unrecht ihr Land in Gefahr glaubten, oder weil die feindlichen Armeen tatsächlich schon einmarschierten, zur „Solidarität des Volksganzen" aufriefen und demgemäß handelten; derselbe Genosse, der noch vier Monate nach Kriegsausbruch, am 11. November 1914 in der Berner Tagwacht schrieb, daß er die „Verneinung der organisierten Wehrkraft, wie sie Naine und Graber vertreten, als unrichtig, naiv und unkritisch halte, die Realitäten des Lebens übersehend", nachdem er in demselben Artikel betont hatte, daß es den schweizerischen Sozialisten nicht gleichgültig sein könne, „ob das Land von einer Invasion heimgesucht und verwüstet wird, denn darunter würden auch die Arbeiter leiden," und daß es „gerade der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein kann, ob sie für

ihren Klassenkampf erst um die elementarsten Bewegungsmöglichkeiten kämpfen muß oder ob sie diese Möglichkeiten bereits besitzt. In Zimmerwald und Kiental hatte dieser stürmisch um- und umlernende Genosse all das vergessen und mit ihm die schweizerische Partei, wenigstens offiziell; wir andern aber haben das Recht, uns dessen zu erinnern und dem gestrengen Propheten der unbedingten Verwerfung jeder Landesverteidigung seinen eigenen Spiegel vorzuhalten, auf daß er sich selbst erkenne!

Ich komme nun auf andere sachliche Gegensätze zu sprechen, die unter einer großen Reihe der Zimmerwald-Kientaler Führer herrschen, auf Widersprüche, in die sie sich seit Beginn des Krieges verwickelt haben und die beweisen, daß das im Berner Oberland errichtete Gebäude, das nach einem kühnen Wort, von dem ich schon sprach, endlich die erste wahre, in sich abgeschlossene Internationale bringen und eine ganz neue Epoche in der Entwicklung des Sozialismus herbeiführen soll, außerordentlich viel Risse und Sprünge aufweist.

Da sind Genossen darunter, die zufrieden und glücklich wären, wenn man die alte Internationale nur wieder aufrichten könnte, und andere, die einzig und allein in der Errichtung einer ganz neuen, von der bisherigen völlig verschiedenen dritten Internationale das Heil erblicken. Da sind Genossen, die heute wie gestern in der Forderung von Schiedsgerichten, Abrüstung usw. Dinge sehen, die für Sozialisten selbstverständlich sind, und andere, die in diesen Forderungen lediglich eine verwirrende, lähmende Utopie erblicken, die scharf bekämpft werden muß. Und diese „Anderen" haben ja in Kiental sogar die Mehrheit gehabt, was sie schleunigst benutzten, um das ganze bisherige Programm der Internationale, wenigstens auf dem Schlachtfeld der Resolutionen, über den Haufen zu rennen und es durch die furchtbar tiefe und für Sozialisten außerordentlich originelle Weisheit zu ersetzen, daß die Voraussetzungen zu einem dauerhaften Frieden nur durch den Sozialismus geschaffen werden können, was uns, der gegenwärtigen Weltlage und ihrer von uns allen zu erstrebenden unmittelbaren Sanierung gegenüber, praktisch ungefähr ebensoviel nützt, als einem Mathematiker die ihm bekannte Annahme, daß $2 \times 2 = 4$ ist zur Lösung einer ganz verwickelten Aufgabe der höheren Algebra.

Da gibt es Genossen, wie etwa Lenin, der trotz seiner unbedingten Todfeindschaft zur bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen, zu ihren kleinsten Parzellen im besondern und trotz seinem bodenlosen Mißtrauen allen politischen Reformen gegenüber, die in der gegenwärtigen Gesellschaft versucht werden könnten, an das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auch im Zeichen der heutigen Staatsorganisation glaubt und deshalb dieses Selbstbestimmungsrecht fordert, während ein sonst ihm sehr nahestehender Theoretiker, Genosse Radek, dieses Selbstbestimmungsrecht als einen Mumpitz behandelt und es dorthin wirft, wohin es auch der leidenschaftliche Verfechter der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit, Dr. Paul Lensch, wohin es der nicht weniger eifrige sozialdemokratische Mehrheits-Talmudist, Heinrich Cunow, wohin es die „Chemnitzer Volksstimme" und deren leitender Redakteur, der Hindenburgianer Heilmann, hingeworfen wissen wollen: zum Gerümpel, durch das sich weise Männer nicht mehr betören lassen. „Was doch der Radek für ein feiner Kopf sein könnte, wenn er nur wollte!" rief die „Chemnitzer Volksstimme" einmal begeistert aus, als sie einen Artikel von Radek über das Selbstbestimmungsrecht zustimmend abdruckte.

(Zwischenruf Radek: „Sie loben ja auch Lenin!") Wie wenig Sie mich doch verstehen, Genosse Radek. Ich lobe Lenin, rufen Sie. Wie können Sie glauben, daß ich mich zu unterstehen wagte, Lenin zu loben, Lenin, den Alleinherrscher aller reußischen Bolschewiks: Lenin lobt man nicht, Lenin tadelt man nicht, von Lenin stellt man nur fest, wie es ein gutgesinnter Bürger von den Handlungen der Kaiser tut, ein Forscher von Naturereignissen. Auf die Gefahr hin, Ihnen eine Waffe gegen Lenin zu geben, sage ich allerdings, daß mir bei Lenin in dieser Frage ausnahmsweise jener gesunde politische Verstand gesiegt zu haben scheint, der Ihnen so unsozialistisch, so verwerflich vorkommt.

Ein anderes Beispiel. Hier habe ich die Nummer 98 aus dem Jahr 1914 der in Amsterdam erscheinenden „Tribune", die das Organ jener schon lange vor dem Krieg von der holländischen Gesamtpartei abgesplitterten Gruppe ist, die unter der Leitung von Wynkoop, Gorter, seit ganz kurzer Zeit auch Henriette Roland-Holsts steht und die sich der Zimmerwald-Kientaler Aktion angeschlossen hat. Da ist eine lange Besprechung drin der von dem russischen Genossen Trotzky

Ende 1914 herausgegebenen Broschüre: „Der Krieg und die Internationale", von der ich nachher noch in einem andern Zusammenhang sprechen werde. Im Schlußkapitel dieser Broschüre hatte Trotzky, der später an der Zimmerwalder Konferenz teilnahm, die Friedensbedingungen, welche die gesamte Internationale erheben müßte, folgendermaßen formuliert: „Keine Kontributionen. Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Die Vereinigten Staaten Europas — ohne Monarchie, ohne ständige Heere, ohne regierende Feudalkasten, ohne Geheimdiplomatie." Was schreibt nun darüber die ebenfalls zimmerwäldlerisch gerichtete „Tribune"? „Dat dit program utopisch is": daß dieses Programm utopisch ist. Daß es als Taktik „de vereeniging van den woord-revolutionairen tegenover de daad-revolutionairen", „die Vereinigung der Wortrevolutionäre gegenüber den Revolutionären der Tat" bedeute — kurz, daß Trotzkys „Aktiviteit verkeerd gericht" ist, daß Trotzkys Aktivität die verkehrte Richtung einschlägt. Man kann nicht weiter voneinander entfernt sein, was die unmittelbaren Ziele betrifft, als diese beiden zimmerwäldlerischen Elemente es in diesen wichtigen Fragen sind.

Und wieder ein anderes Beispiel, das mit den Vorgängen innerhalb jener Gruppen der russischen Sozialdemokratie zusammenhängt, die in Zimmerwald und Kiental ja so außerordentlich stark vertreten waren. Ich nehme die im Jahr 1915 in Zürich erschienene Broschüre unseres alten und ausgezeichneten Genossen Paul Arelrod: „Die Krise und die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie" zur Hand. Da lesen wir, daß der Zimmerwäldler Arelrod dem Zimmerwäldler Lenin vorwirft, daß er versuche, „echt russische Methoden", die direkt auf Wirren und Spaltungen hinzielen, in die innern Parteikämpfe Europas zu übertragen, und daß er „fast alle bekannten und bewährten Führer der internationalen Sozialdemokratie unterschiedslos zu einfachen Verrätern und Überläufern ins bürgerliche Lager stemple, Genossen, deren internationales Empfinden und Bewußtsein über jeglichen Zweifel erhaben sind, als nationalliberale Chauvinisten, Philister, Verräter u. a. m. erklärte." Das steht auf Seite 21 zu lesen und weist auch den unerfahrensten Leser auf ziemlich scharfe Konflikte zwischen diesen beiden hervorragenden Mitgliedern der Zimmerwald-Kientaler Aktion hin. Die russischen Genossen, die

heute abend hier anwesend sind, werden sich vielleicht lächelnd fragen: „Was erzählt er uns für Abc-Geschichten als große Neuigkeiten?" Ich weiß, daß die russischen Genossen diese Konflikte sozusagen schon mit der Parteimilchflasche einsaugen, für uns „Westler" ist es aber interessant zu sehen, daß diese Konflikte in ihrer vollen Schärfe bestehen blieben, der gemeinsamen Aktionslinie, die man gegenwärtig einzuschlagen versucht, zum Trotz. Und wie steht denn Arelrod zum Problem der Landesverteidigung? Auf Seite 7 seiner Broschüre lesen wir: „Die „Pflicht", das Vaterland gegen angreifende äußere Feinde zu verteidigen, ist eigentlich seit jeher von den sozialistischen Parteien als etwas durchaus Selbstverständliches anerkannt worden." Auf Seite 8 wiederholt er noch einmal, „daß der prinzipielle Standpunkt der sozialistischen Parteien in der Frage der Vaterlandsverteidigung mit der früher allgemein anerkannten Ideologie nicht in Widerspruch steht". Genosse Arelrod ist nach Kiental gegangen, er hat den dort gefaßten Beschlüssen, die etwas wesentlich anderes waren, als die in Zimmerwald angenommenen, ebenfalls zugestimmt. Bei aller tiefen Verehrung, die ich für ihn habe, muß ich sagen, daß ich nicht verstehe, wie er das tun konnte.

Zu Zimmerwald-Kiental hat sich auch, wie ich es schon erwähnte, Genosse Leo Trotzky bekannt: wenige haben die französische sozialistische Partei so scharf angegriffen wie er, um ihrer Stellung in diesem Krieg willen und ihrer praktischen Durchführung des Prinzips der Landesverteidigung. Und doch war er es, der in seiner Broschüre über den Krieg und die Internationale Sätze schrieb, die die denkbar beste Begründung für die Haltung der französischen Sozialisten bilden. (Zwischenruf: „Sie reißen die Sätze aus dem Zusammenhang heraus!") Ich reiße die Sätze aus dem Zusammenhang heraus, ruft mir ein Voreiliger zu, ehe ich sie überhaupt verlesen habe. Haben Sie eine solche Angst vor der Wirkung, daß Sie diesen Alarmpräventivschuß losließen? Natürlich „reiße ich sie heraus", die Sätze. Soll ich vielleicht die ganze Broschüre vorlesen? Die Frage ist, *wie* ich sie herausreiße, — die Frage ist, ob sie nur im Zusammenhang ihren wirklichen Sinn behalten, oder ob sie so klar, so selbständig sind, daß sie ganz für sich sprechen, — die Frage ist, ob ich aus den Sätzen, die ich zitieren will, Schlußfolgerungen ziehe, die nur *meine* Schlußfolgerungen wären und die ich etwa als Schlußfolgerungen Trotzkys

hinstellte. Wenn die betreffenden Sätze keinen scharf umrissenen, völlig unzweideutigen Sinn hätten, — wenn ich den Mißbrauch mit ihnen treiben wollte, den ich eben andeutete: dann hätte der Zwischenruf, der mir soeben gemacht wurde, einen Sinn. Sonst aber nicht! Und wie kann ich etwa beabsichtigen, Trotzkys grundsätzliche Stellung an sich falsch darzustellen, da ich doch Widersprüche nachweisen will, der er sich bei dieser Stellung schuldig macht? In einem Satz, der sich auf Seite 38 findet, proklamiert er geradezu befehlshaberisch: „Die Nation oder der Staat kann sich nicht von der Verteidigung entbinden," um allerdings gleich darauf zu fordern, daß die Sozialisten den Herrschenden ihr Vertrauen verweigern, und dabei aber auch zu betonen, daß man damit den bürgerlichen Staat weder der Mittel der Verteidigung, noch der Waffen des Angriffs beraube. Er hütet sich jedoch, klar die prinzipielle Ablehnung jeder Landesverteidigung zu fordern. Er spottet über den Verteidigungskrieg, aber sein der Wirklichkeit gegenüber scharfes Auge hat ihn auf Seite 14 schreiben lassen:

„Nicht sehen, daß die Politik der Junker die Zerschmetterung Frankreichs forderte, kann nur der, der Veranlassung hat, die Augen verschlossen zu halten. Frankreich — das ist der Feind!"

Und auf Seite 19:

„Je hartnäckiger der Widerstand Frankreichs, dem nun wirklich die Aufgabe geworden ist, sein Territorium und seine Unabhängigkeit gegen den deutschen Angriff zu schützen, sein muß, desto sicherer bindet es und wird es die deutsche Armee an seine Westgrenze binden."

Und auf Seite 22 der Satz, den seinerzeit auch die „Berner Tagwacht" abdruckte mit der Bemerkung: „Genosse Trotzky schreibt mit großem Recht":

„Der Sieg Deutschlands über Frankreich — eine bedauerliche strategische Notwendigkeit, nach Einschätzung der deutschen Sozialdemokratie — würde in erster Linie nicht die Niederlage des stehenden Heeres im Regime der republikanischen Demokratie, sondern den Sieg der feudal-monarchischen Verfassung über die demokratisch-republikanische bedeuten."

Sind sie klar diese Sätze? Konnte ich ihren Sinn fälschen, indem ich sie herausreiße? Nein, nein: wenn Worte etwas bedeuten, wenn

sie sagen, was man bei ihrem Anhören verstehen muß, wenn sie nicht jenen klebrigen, durch ihre Oberfläche täuschenden Sümpfen gleichen, die es in Indien gibt und in die man unrettbar versinkt, im Augenblick, in dem man glaubt, ganz sicher zu gehen, dann heißen sie: Genosse Trotzky, der Zimmerwäldler, der sich als solcher weigert, die Schuldfrage zu untersuchen, den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu machen und der ätzende Lauge über alle ergießt, die nicht seiner letzten Meinung sind, weiß sehr gut, daß die Zerschmetterung Frankreichs ein Ziel der preußischen Junker war, weiß sehr wohl, daß Frankreich angegriffen wurde, daß es sich verteidigt, und er schreit es hinaus, daß ihm „nun wirklich die Aufgabe geworden ist, sein Territorium und seine Unabhängigkeit zu schützen", und er schreit es hinaus, daß ein Sieg Deutschlands über Frankreich ein Sieg der feudal-monarchischen Verfassung über die demokratisch-republikanische wäre. Wenn das nun aber die französischen Sozialisten ebenfalls wissen und wenn sie die Gefahr als direkt Beteiligte noch stärker empfinden, als der russische Revolutionär Trotzky, kann der Genosse Trotzky es ihnen mit Recht verübeln, daß ihnen der Schrei nicht genügt, der bei ihm dann im Hohn auf die deutsche Sozialdemokratie verhallt, daß sie die praktischen, mit den Traditionen der Internationale übereinstimmenden Folgerungen aus ihrer Erkenntnis und Überzeugung, die sich mit der Trotzkys ja deckte, gezogen haben, — kann Trotzky ihnen das wirklich mit Recht als Verbrechen am Sozialismus vorwerfen, nur weil Trotzky während seines jüngsten Pariser Aufenthalts in eine Verbitterung hineingeriet, die ihn alles gleichmäßig „sozialpatriotisch" hassenswert sehen ließ, wo er doch früher sehr gut die Unterschiede erkannt hatte? Verteidigt Frankreich sein Territorium, seine Unabhängigkeit heute weniger als Ende 1914? „Die Deutschen stehen bei Noyon," pflegte Clemenceau eine Zeitlang in seinen Artikeln ständig zu wiederholen. Und Noyon ist sehr nahe bei Paris. Diese Tatsache wird Trotzky auch durch das radikalste Umlernen, durch die entschiedensten Zimmerwald-Kientaler Beschlüsse nicht aus der Welt schaffen.

Ein ähnlich tiefer Sprung in der Logik wie bei Trotzky läßt sich bei einem andern der bekanntesten Verfechter der Zimmerwald-Kientaler Aktion feststellen, bei dem Genossen Dr. Rakowski, der

als Delegierter der sozialistischen Balkanföderation zur ersten Konferenz erschienen war und in derselben Eigenschaft an einer im Februar 1916 in Bern stattgehabten vorbereitenden Sitzung teilnahm. Auch er hat seine Ansichten in einer Broschüre niedergelegt: „Die Sozialisten und der Krieg" betitelt, und zwar in der Form eines offenen Briefes, den er im Mai 1915 von Bukarest aus an seinen Pariser Freund, den ehemaligen Abgeordneten Genossen Charles Dumas, der gegenwärtig Chef des Kabinetts von Jules Guesde ist, richtete. Sie werden gleich sehen, wie wenig diese Ansichten im Gegensatz stehen zum Prinzip der Landesverteidigung. (Zwischenruf: „Lesen Sie die zweite Ausgabe der Broschüre!") Ich kenne die zweite Ausgabe nicht, ich will sie heute abend nicht kennen, ich brauche sie nicht zu kennen. Das ist es ja eben, daß fast alle Zimmerwald-Kientaler sich im Laufe des Krieges eine sogenannte zweite Ausgabe zulegten, daß sie in den ersten Monaten Dinge sagten, schrieben und taten, denen das, was sie heute sagen, schreiben und tun, wenig und oft gar nicht entspricht. Diese „zweite Ausgabe", das ist der Ausweg, den sie im künstlichen Licht einer ultra-simplistischen Entwicklungsdefinition suchen, um aus dem Entsetzen herauszukommen, das wir Nicht-Zimmerwäldler sicher ebenso stark und tief empfinden, wenn wir uns auch dadurch nicht blind machen lassen für die Wirklichkeit und wenn wir auch das, was wir am Anfang des Krieges als Wahrheit erkannt hatten, jetzt nicht vergessen und verbrennen wollen, nur weil wir etwa einsahen, daß diese Wahrheit sich der raschen Verwirklichung gewisser unserer schönsten Wünsche entgegenstemmt. Und deshalb sage ich, daß ich die zweite Ausgabe der Rakowskischen Broschüre nicht zu kennen brauche, daß es mich nicht interessiert, in diesem Augenblick zu wissen, ob Rakowski in dieser zweiten Auflage etwa, was ich nicht glauben kann, wichtige Stellen ausließ oder grundlegend neue hinzufügte, sondern daß es mir genügt, zu wissen, daß er die Broschüre im zehnten Monat des Weltkrieges schrieb, und daß seine sozialistischen Überzeugungen damals nicht weniger reif waren als heute.

Auf Seite 17 seiner Broschüre spricht er von der Stuttgarter Resolution. Wenn er auch den Teil der Resolution besonders unterstreicht, der von den sozialistischen Parteien fordert, sich im Fall eines Kriegsausbruches zusammenzutun, um sein Ende möglichst rasch

wieder herbeizuführen, — wobei er, wie alle diejenigen, die sich fortwährend auf diesen Satz beziehen, das Entscheidende übersieht, nämlich, daß die Stuttgarter Resolution formuliert und angenommen wurde in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die verschiedenen Parteien so handeln würden, wie es die grundsätzliche Stellung der Internationale zum Angriffs- und Verteidigungskrieg und der Geist der Resolution selbst erforderte, in der Voraussetzung, daß keine Partei von vorneherein eine Regierung, die andern den Krieg erklärte, unterstützen und dadurch das Räderwerk der Internationale zerbrechen würde, — wenn auch Rakowski versucht, diesen von ihm besonders unterstrichenen Teil der Stuttgarter Resolution gegen die französischen Sozialisten auszuspielen, so fügt er doch hinzu:

„Es ist unnötig, zu sagen, daß die Internationale durch die Annahme jener Resolution der sozialistischen Partei der kriegführenden Länder weder den Generalstreik, noch die Desertion, noch irgend eines der Mittel zur Sabotage der Landesverteidigung aufzwingen wollte. Nicht einen einzigen Augenblick dachte man daran, daß jene Resolution uns riet, in „Tolstoismus" zu machen vor dem Feind, der unseren Boden bedrohte."

Also Kampf gegen diesen Feind: etwas anderes kann dieser Satz nicht sagen, etwas anderes sagt dieser Satz nicht, und sein Sinn wird auch nicht im allergeringsten dadurch geändert, daß Rakowski zu gleicher Zeit von den Sozialisten verlangt, zwar ihre Pflicht als Soldaten zu erfüllen, aber im übrigen weder ihre Gedanken- noch ihre Aktionsfreiheit aufzugeben.

„Ich weiß," schreibt er auf Seite 23, „daß gegenwärtig der freche deutsche Militarismus den Boden Frankreichs zerstampft, daß er durch strenge Gesetze und Bestimmungen jene Nation vergewaltigt, die am meisten für die Freiheit der Menschheit getan hat."

Und die Vorstellung dessen, was in Lille vorgegangen ist, die Erinnerung an ein Bild, das er in der Münchener „Jugend" fand und das Lille zu Ehren des Kaisers illuminiert zeigte, empört ihn so stark, daß er auf Seite 24 in Sperrdruck den Satz hinwirft, der ihm wirklich von Herzen zu kommen scheint: „Et je me suis senti

patriote français", „Und ich fühlte mich als französischer Patriot". He ja, so ging es eben den französischen Sozialisten auch und sie hatten weder Zeit noch Gelegenheit, das praktisch so rasch zu vergessen, wie es der Genosse Rakowski in Rumänien tun konnte, ehe er nach Zimmerwald ging.

„Die wahre sozialistische Taktik hätte die nationale Verteidigung nicht kompromitiert .... gegen den Krieg sein, aber auch gegen die Sabotage der Landesverteidigung,"

ruft er auf Seite 29 aus. Welche oberflächlichen Formeln, die einem Tagesagitationsbedürfnis entsprechen mögen, die aber den tödlichen Keim unvereinbarer Widersprüche in sich tragen und im Grund eine Theorie der Heuchelei einschließen. Wie soll es denn möglich sein, „ja um Gotteswillen nichts zu tun, was der Landesverteidigung schaden könnte", aber die geforderten Kredite abzulehnen, die Regierungen unaufhörlich zu befehden, den Klassenkampf in der schärfsten Weise zu proklamieren und zu führen ohne Rücksicht darauf, ob sich der Feind im Land befindet oder nicht. Das ist praktisch einfach nicht denkbar! Wer im Verlauf des Krieges die Regierung nicht nur um einzelner ihrer Fehler willen bekämpft, sondern grundsätzlich, systematisch auf ihren Sturz hinarbeitet, wer die Kredite ablehnt, wie Kiental es von allen ohne Unterschied fordert, der schwächt selbstverständlich die Landesverteidigung, die Rakowski beileibe doch nicht kompromittiert wissen will, — und zwar schwächt er sie um so stärker, je weiter der Feind im Land drin steht und je mehr infolgedessen alle Verteidigungskräfte angespannt werden müssen. Wer das zu leugnen versucht, dessen guter Glaube muß bezweifelt werden!

Einfacher als Rakowski machen es sich die Genossen Lenin und Zinowjew, die beide im Namen der russischen Bolschewiks in Zimmerwald und Kiental waren. Mit ihnen kommen wir zu den Großinquisitoren der Internationale, denen glücklicherweise die Vollstreckungsgewalt fehlt, sonst würden gar zu viele Scheiterhaufen in Europa errichtet werden und gar mancher von uns würde unter den Klängen Leninscher Hymnen auf den „einzig wahren Leninschen Sozialismus" geschmort und als dreckig-bürgerlich-chauvinistisch-nationalistisch-sozialpatriotisch verkommene Seele in die Hölle der Verräter am Sozialismus fahren. Und dabei ist Lenin ein herzensguter Mensch, was er schon dadurch beweist, daß er in einer 1915

von ihm und Zinowjew herausgegebenen Broschüre über den „Sozialismus und den Krieg" auf Seite 4 im Kapitel Verteidigungs- und Angriffskrieg schreibt:

„Wenn morgen zum Beispiel Marokko in den Krieg gegen Frankreich, Indien gegen England, Persien und China gegen Rußland eintritt, so wären es gerechte Verteidigungskriege. Unabhängig davon, wer den Krieg angefangen hat."

Hier wird der Wahnsinn zur Methode! Kolonien dürfen selbst Offensivkriege führen und Lenin wäre imstande, sich aufs Berberroß zu schwingen, in einen weißen Burnus zu hüllen und mit den Marokkanern zusammen gegen die Franzosen loszugehen, echt bolschewistische Beschwörerformeln murmelnd, um die Unabhängigkeit Seiner Majestät des Sultans von Marrakesch und Fez und ihrer Untertanen zu verteidigen! Wenn aber die größte Republik Europas, die ihren kapitalistischen Erkrankungen zum Trotz, die sie natürlich mit allen andern bestehenden Staaten der ganzen kapitalistischen Welt teilt, politisch als Demokratie angesprochen werden darf, — wenn die sich gegen die einbrechenden Heere der feudalen deutschen Monarchie, deren Sieg der Zimmerwäldler Trotzky so arg fürchtet, zur Wehr setzt, unter Mithilfe der Sozialisten, dann heißt es: „Verräter am Sozialismus", dann fährt der Bannstrahl unbefleckt-bolschewistischer Erkenntnis aus dem Gewitterhaupt Lenins auf die „Sozialpatrioten" nieder. (Zwischenruf Zinowjew: „Sie machen sich die Sache leicht!")

Nicht leichter, als Sie es sich selbst machen, nicht schwerer als die Art Eurer Argumentation mich dazu zwingt. Ich berufe mich auf den genauen Text, den ich hier in Händen habe und an dem sich nichts deuteln läßt.

Ihr lebt in einer Welt mechanistischer Konstruktionen und revolutionärer Illusionen: das gibt Euch nach außen den Anschein völliger Sicherheit, völligen Befreitseins von allen hemmenden Zweifeln, aber auf die Dauer kann es nur Enttäuschungen hervorrufen, die der Gesamtbewegung selbst am schädlichsten werden können. Wollen Sie einen Beweis für die Illusionen, die sich Lenin, der unbestrittene Führer einer wichtigen Gruppe der Zimmerwald-Kientaler Richtung, mit Bezug auf gewisse sehr ernste Dinge macht? So nehmen Sie die internationale marristische Rundschau, die sich „Vorbote" nennt,

zur Hand, die Nummer 1 aus dem Januar 1916 und lesen Sie in dem Artikel von Lenin über den Zusammenbruch der zweiten Internationale den Satz:

„Die Tatsachen sagen aber, daß eben im Jahre 1915 eben auf der Basis der durch den Krieg herbeigeführten Krise die revolutionäre Gärung in den Massen wächst, wachsen die Streiks und politischen Demonstrationen in Rußland, die Streiks in Italien und England, die Hunger- und politischen Demonstrationen in Deutschland. Was ist das anders als der Beginn revolutionärer Massenkämpfe?"

In dieser letzten Frage haben Sie den ganzen Lenin mitsamt der Originalbrille, durch die er alles sieht. Die Hungerdemonstrationen in Deutschland der Beginn revolutionärer Massenkämpfe! Er hat es zu schreiben gewagt! Und doch waren niemals Hungeremeuten weiter entfernt von revolutionären Massenkämpfen, als die Aufruhrszenen, die die Lebensmittelnot in Deutschland bisher hervorrief. Schöne revolutionäre Massenkämpfe, die sich erst ankündigen unter dem Druck der englischen Blockade! Im Gegenteil, könnte man mit viel mehr Recht sagen: die Tatsache, daß es trotz den furchtbaren Leiden des deutschen Volkes und besonders seiner besitzlosen Klassen, — trotz der eifrigen Propaganda der Opposition, die, wie wir es heute abend hörten, wenigstens in einer gewissen Periode klar darauf hinwies, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch dieses Krieges trägt, — trotz dem völligen Ausbleiben auch nur der geringsten demokratischen Reformen auf innerpolitischem Gebiet, — trotz dem unerhörten Druck, den die militärischen Behörden ausüben, trotz den hunderten und aberhunderten von Verhaftungen, die vorgenommen wurden, um politisch verdächtige Elemente von der Straße weg und ohne weitere Untersuchung ins Gefängnis zu werfen, trotz des Bruchs der parlamentarischen Immunität eines im Volk zweifellos so populären Führers wie Liebknecht, daß trotz alledem die Ruhe, von den paar Hungerkrawallen abgesehen, gewahrt bleibt, — diese Tatsache hat den Beweis für den kompletten Mangel revolutionärer Eigenschaften beim deutschen Volk geliefert! Glaubt Lenin der Sache des internationalen Sozialismus, der Sache des raschen Friedens, die ihn ja im Grund allerdings gar nicht besonders interessiert, zu nützen durch die Verbreitung solcher Illusionen? In den

Streiks, die in Italien und England ausbrachen, darin auch sah er den Beginn revolutionärer Massenkämpfe. Ich habe nicht nötig, auch nur ein einziges Wort dagegen zu sagen. Die Ereignisse selbst haben seit dem Januar darauf geantwortet. Und jeder, der sehen wollte, wie die Dinge in Wirklichkeit lagen, mußte sich damals schon sagen, daß es Streiks waren wie tausend andere Streiks, die nur durch die bestehenden Umstände und durch die Wirkungen, die sie haben konnten, einen etwas außergewöhnlichen Charakter erhielten. Im übrigen aber hat es sich gezeigt, daß es den Streikenden in erster Linie darum zu tun war, Lohnverschlechterungen zu verhüten oder die „Kriegs-Konjunktur" auszunützen, um Lohnerhöhungen durchzudrücken. Und gerade was das letztere betrifft, ließe es sich sehr darüber diskutieren, ob das zu wahrhaft sozialistischen Grundsätzen nicht eher in Widerspruch steht, wenn es auch dem berechtigten und notwendigen Interessenegoismus des Proletariats entspricht. Waren die Verschlechterungen verhindert, die Verbesserungen erzielt, so hörten die Streiks auf, in England wie in Italien. Woran Lenin ihren „revolutionären Massenkampf"-Charakter erkannt haben mag, ist mir rätselhaft.

Lenin und seine Freunde haben in Zimmerwald eine große, in Kiental eine entscheidende Rolle gespielt: danach mag man die Wertschätzung bemessen, die die dort gefaßten Beschlüsse verdienen.

Von diesen Beschlüssen sage ich nun außerdem, daß eine Anzahl der Parteien, die Zimmerwald offiziell zustimmten, gar nicht in ihrem Geist handeln. Das schweizerische Beispiel hatte ich vorangestellt, nicht nur aus Höflichkeit, sondern weil die Schweiz die Wiege und die Hebamme zu Zimmerwald-Kiental gestiftet hat. Ich greife jetzt andere Beispiele heraus, die sachlich noch wichtiger sind. Unter den Organisationen, deren Verzeichnis man hinter dem Manifest der in Kiental stattgehabten „Zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz" findet, stehen zum Beispiel die British Socialist Party und die Independent Labour Party Englands. Niemand wird zu bestreiten wagen, daß gerade bei den englischen Sozialisten der rein pazifistische Standpunkt, der in Kiental ausdrücklich als gefährliche Illusion verurteilt wurde, einfach ausschlaggebend ist. Niemand wird zu behaupten wagen, daß diese Parteien etwa den Forderungen obligatorischer Schiedsgerichte, einer

Einschränkung der Rüstungen, einer Demokratisierung der auswärtigen Politik ebenso spöttisch gegenüberstehen, als es der Absatz 3 der in Kiental gefaßten prinzipiellen Beschlüsse tut, der, um diese Ideen bei der Arbeiterschaft möglichst herabzuwürdigen, sie in einem Atemzug mit „Annexionen, mit wirtschaftlichen und politischen Bündnissen imperialistischer Staaten" zusammen nennt und dann sagt, daß die ersteren ebensowenig als die letzteren auf dem Boden des Kapitalismus den dauerhaften Frieden herbeiführen können. Jeder weiß, daß gerade die englischen Parteien und diejenigen, die als ihre Führer in der ganzen Welt bekannt sind, aus aller Kraft für diejenigen Forderungen eintreten, die Kiental in demagogischer Weise mit den Kriegszielen der imperialistischen Elemente in einen Sack tat. Ist etwa Ramsay Macdonald, der populärste der englischen Sozialisten, der doch von Beginn des Krieges an einen Kampf gegen die englische Regierung führt, im Prinzip gegen die Landesverteidigung? Nie hat er ein Wort ausgesprochen, das erlaubte, eine bejahende Antwort auf diese Frage zu geben. Dagegen hat er in allerjüngster Zeit an die französischen Sozialisten einen offenen Brief gerichtet, in dem er sich grundsätzlich zum Recht der Verteidigung bekennt in überfallenen Ländern! Nur verlangt er, daß diese Verteidigung nicht als Freude empfunden, sondern als Not ertragen werden möge! Welche rührende Forderung, der wohl selbst arge Reaktionäre und Nichtsozialisten zustimmen werden. Und wie erkennen wir darin die oft dem Himmel stärker als der Erde entgegenstrebende gütige Ideologie Ramsay Macdonalds! Wie erkennen wir aber auch den Abgrund, der ihn vom Zimmerwald-Kientaler Geist trennt! Oder ich nehme die Rede des Genossen Philipp Snowden, die dieser im Januar 1916 im Unterhaus hielt, um die Wehrpflichtvorlage zu bekämpfen:

„Ich bin gegen die Vorlage, rief er zum Schluß aus, weil ihre Notwendigkeit nicht bewiesen wurde, weder durch die Gründe der militärischen Notwendigkeit, noch durch das Versprechen des Ministerpräsidenten; ich bin gegen die Vorlage, weil ich glaube, daß sie die Grundlagen untergräbt, auf denen allein die Größe dieses Landes ruht!"

Entstammen diese „weils," die der Sprecher jener englischen Parteien, die Zimmerwald zustimmten, dem Geist von Zimmerwald-

Kiental? Klingt der Schlußsatz nicht beinahe „nationalistisch", wenigstens vom Standpunkt Kientals aus beurteilt! War in der Rede Snowdens auch nur ein Wort zu finden zugunsten der prinzipiellen Ablehnung der Kriegskredite, nur eine Silbe, die sich grundsätzlich gegen die Landesverteidigung wendet? Nein. Allerdings auf dem Kongreß der Independent Labour Party, der jüngst stattfand, ist der Antrag eines Genossen angenommen worden, der als Tolstojaner bekannt ist — ein Antrag, von dem ich schon im Zusammenhang mit der französischen Opposition sprach, die ihn ablehnte, und der besagt, daß in Zukunft die der Internationalen angeschlossenen Parteien allen Kriegen ihre Unterstützung zu versagen haben, „ohne Rücksicht auf die angeblichen Ziele und auf den angeblichen Abwehrcharakter solcher Kriege". Als der Antrag zur Abstimmung gelangte, enthielten sich die bekanntesten Führer wie Macdonald, Bruce Glasier, Snowden. Und was man von den Andern denken soll, die ihm ihre Stimmen gaben, sagt uns ein Zimmerwälder, ein unverfälschter, Genosse Radek, in einem Artikel, den die „Berner Tagwacht" veröffentlichte und in dem man außer der Feststellung, daß in der Annahme des Vorschlages eine Gärung in den Vorderreihen der Arbeiterschaft zum Ausdruck gelange, wörtlich noch folgendes las:

„Natürlich soll man diesen Beschluß nicht überschätzen, ihn nicht als Produkt einer Klarheit über die Fragen des Imperialismus betrachten, noch annehmen, daß die Teilnehmer der Konferenz sich über seine taktische Tragweite Rechenschaft gaben."

Ich weiß nicht ob ich den Mut hätte, so hart zu urteilen: aber da es Genosse Radek selbst ist, der es sagt, so wirds wohl schon richtig sein. Hat nun eine Bewegung, die Anspruch auf Ernsthaftigkeit macht, heutzutage das Recht sich irgendwie auf Beschlüsse zu berufen, irgendwie Beschlüsse als Gewinn zu preisen, von denen selbst diejenigen, die sachlich mit ihnen völlig übereinstimmen, sagen müssen, daß die, die sie faßten, sich überhaupt ihrer Tragweite nicht bewußt waren? Was bleibt aber dann übrig von den Unterschriften der sozialistischen Parteien Englands: eine pazifistische Demonstration, die im Großen Buch von Kiental eigentlich unter dem Verlustkonto gebucht werden müßte.

Auch die sozialistischen Parteien Amerikas finden wir in der Zimmerwald-Kientaler Liste. Wird ihre Aktion wenigstens im Sinn der auf diesen Konferenzen gefaßten Beschlüssen geführt -- haben sie sich entschlossen, die Landesverteidigung als solche zu verwerfen? Weder im Traum noch in Wirklichkeit. Am 18. Januar 1916, also einige Monate nach Zimmerwald, hat der gegenwärtig einzige sozialistische Abgeordnete im amerikanischen Repräsentantenhaus, Genosse Meyer London, im Auftrag der sozialistischen Partei eine Friedensresolution begründet, die in einer an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Aufforderung mündete, er möge Vorschläge zu Friedensverhandlungen machen. Darauf fand eine Diskussion statt, und im Verlauf derselben stellte ein anderer Abgeordneter an Meyer London die Frage, was die amerikanischen Sozialisten tun würden, wenn etwa die amerikanische Flagge angegriffen würde. Darauf entwortete Meyer London, daß ihn die Flagge zwar wenig interessiere und daß jeder Narr sie beschimpfen könne, ohne daß es ihn aufregte, — daß jedoch, wenn das amerikanische Volk angegriffen würde, jeder Sozialist es verteidigen helfen würde und daß er, Meyer London, es als seine Pflicht ansehen könnte, in einem solchen Verteidigungskrieg sein Leben zu opfern. Im wahrsten Sinn des Bildes kann man hier sagen, daß ein Ozean diese Erklärungen von den Zimmerwald-Kientaler Beschlüssen trennt. Noch weiteres ist zu erwähnen: Am 25. Januar gingen im Auftrage des Vorstandes derselben sozialistischen Partei, die Zimmerwald ihre Zustimmung ausgedrückt hatte und die wir auch hinter dem Kientaler Manifest finden, die Genossen Morris Hillquit und James Maurer zum Präsidenten Wilson, um ihm ein Friedensprogramm zu unterbreiten. Und worauf legten sie bei der mündlichen Unterredung den Hauptnachdruck? Auf dieselben Forderungen, die in Kiental als einer wahrhaft sozialistischen Kampfesweise unwürdig gebrandmarkt wurden, auf die Forderung allmählicher Abrüstung und der Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts. Ja, da frage ich Euch, die Ihr in Kiental mitbeschlossen habt und hier anwesend seid: Worin besteht denn noch die Verbindung zwischen Euch und der amerikanischen sozialistischen Partei, die Eurer Konferenz ein zustimmendes Telegramm schickte? (Zwischenruf Radek: „Im Kabel!")

Richtig, die Verbindung liegt im Kabel, aber das führt nicht zu Eurem theoretischen Nabel. (Stürmische Heiterkeit.)

Wer bleibt denn aber dann übrig, der mit den Zimmerwald-Kientaler Beschlüssen wirklich vollkommen einverstanden ist? Vielleicht die Bolschewiks von rechts und die Bolschewiks von links, die Menschewiks von links und die Menschewiks von rechts, das Organisationskomitee der russischen Sozialdemokratie und das Auslandskomitee der russischen Sozialdemokratie, die russischen Sozialrevolutionäre mit dem Sitz in Genf und die russischen Sozialrevolutionäre mit dem Sitz anderswo: und sogar was sie betrifft wird die Wissenschaft bezweifeln, daß sie unter sich ganz einig darüber sind. Was natürlich die großen Propheten und besonders diejenigen schweizerischer Herkunft nicht hindern wird, mit tiefer Verachtung auf jene andern Sozialisten herabzusehen, die durch „ewiges Kompromisseln" versuchen, zusammenzugehen zu können, obschon sie, vom Endziel abgesehen, ganz verschiedene Ansichten haben.

Meine Ausführungen würden sehr unvollständig sein, wenn ich dieses Kapitel abschlösse, ohne etwas ausführlicher von der deutschen Opposition gesprochen zu haben. Wenn es je eine Opposition gab, die gespalten war bis ins Mark, horizontal und vertikal und dazwischen noch einmal, dann ist es die deutsche. Nicht um irgendwie darüber zu spotten, unterstreiche ich das: denn schließlich kommen nur die Schwierigkeiten und Verwicklungen der gegenwärtigen Situation darin zum Ausdruck. Aber ein großer Teil dieser Opposition bekennt sich zu Zimmerwald-Kiental in einer Form, die auf sehr tiefgehende sachliche und persönliche Konflikte in ihrem Schoß hinweist. Was soll man davon denken, wenn die beiden deutschen Unterzeichner des ersten Zimmerwalder Manifestes, Ledebour und Adolf Hoffmann, gegen einen andern Teilnehmer der Konferenz öffentlich eine Erklärung loslassen, die sich zu gleicher Zeit gegen eine ganze Gruppe der deutschen Opposition richtet, wie die folgende, die etwa drei Monate nach Zimmerwald in der deutschen Parteipresse unter dem Titel: „Eine Feststellung" erschien.

„Unter der imposanten Firma „Internationale Sozialisten Deutschlands" (für den laufenden Gebrauch von den anonymen Firmenträgern abgekürzt in J. S. D.) hat sich hier eine politische Betriebsgesellschaft aufgetan. Völlig unklar ist, ob sie eine eigene

über sämtliche Weltteile verbreitete Partei sein will, oder nur ein erweiterter Diskutierklub. Es würde für uns nicht notwendig sein, uns damit zu befassen, wenn nicht einige Zeitungen irrtümlicherweise diese Gründung der deutschen Parteiopposition zuschrieben, in deren Namen die beiden Unterzeichneten das Zimmerwalder Manifest unterschrieben haben. Wir stellen demgegenüber fest, daß die deutsche Gesamtvertretung auf der Zimmerwalder Konferenz mit den sogenannten „Internationalen Sozialisten Deutschlands" ebensowenig etwas zu tun hat, wie irgend ein Mitglied der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die völlige Bedeutungslosigkeit der Gruppe J. S. D. in der Sozialdemokratie Deutschlands und besonders für das Berliner Parteileben würde sofort jedermann klar werden, wenn die Gründer dieses Unternehmens ihre Namen offenbarten. Es genügt aber zu der Kennzeichnung, daß sie in ihrem Organ, „Lichtstrahlen", ankündigen, sie hätten ihre Vertretung in Bern dem polnischen Genossen Radek übertragen, der die deutsche Parteiopposition beständig mit hämischen Angriffen beehrt.

Berlin, 20. Dezember 1915.

Adolf Hoffmann. Georg Ledebour.

Und wenn ihnen dann von einem andern deutschen Teilnehmer an der Zimmerwalder Konferenz in folgendem Ton erwidert wird:

„Die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour behaupten im „Vorwärts", in den „Lichtstrahlen" sei angekündigt worden, die internationalen Sozialisten Deutschlands hätten ihre Vertretung in Bern dem polnischen Genossen Radek übertragen.

In den „Lichtstrahlen" hat davon nichts gestanden. Auch in einem von der Zimmerwalder Linken veröffentlichten Flugblatt steht es nicht. Ich bin deshalb leider genötigt, festzustellen, daß die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour aus einem vertraulichen Schreiben, das nicht an sie gerichtet war, eine Mitteilung veröffentlicht haben, von der sie sich wohl selbst sagen konnten, daß sie für gewisse Nasen und Ohren nicht bestimmt war.

Dagegen ist richtig, daß diejenige Opposition, die von den Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour vertreten

wird, mit den internationalen Sozialisten Deutschlands nichts zu tun hat. In dem erwähnten Schreiben steht sogar ausdrücklich, die internationalen Sozialisten Deutschlands sehen sich veranlaßt, zwischen sich und jener Opposition eine scharfe Trennungslinie zu ziehen.

Julian Borchardt,

Herausgeber und Redakteur der „Lichtstrahlen"."

Worauf dann die Genossen Hoffmann und Ledebour wieder antworteten:

„Wenn Borchardt betont, die J. S. D. sähen sich veranlaßt, zwischen sich und uns eine scharfe Trennungslinie zu ziehen, so ist das nur eine recht kümmerliche Retourkutsche. Denn in Zimmerwald haben wir sofort und mit größter Entschiedenheit erklärt, daß wir jede auch nur äußerliche Gemeinschaft mit Radek von uns weisen müssen. Daher erklären sich auch zur Genüge seine beharrlichen giftigen Angriffe auf uns. Nur willkommen kann es uns sein, wenn es durch diese Auseinandersetzung möglichst überall bekannt wird, daß die deutsche Parteiopposition, wie sie im Reichstage und in den Parteiorganisationen sich betätigt, mit dem Treiben der Radek und Genossen absolut nichts zu schaffen hat. Über die „Schönredner" und die, welche sich mit „einverstanden" erklärten, sowie über die „Männer der Tat" reden wir nach Friedensschluß.

Berlin, 26. Dezember 1915.

Adolf Hoffmann. G. Ledebour.

Ich gestehe, daß mir diese Art der Polemik äußerst unsympathisch ist und daß ich nur von ihr Notiz nehme, weil sie immerhin in ihrer Art ein Dokument bildet. Wenn ich mich nicht irre, ist Radek die Antwort nicht schuldig geblieben, die zwar nicht in der „Berner Tagwacht", sondern im Zürcher „Volksrecht" erschien. Die persönliche Genugtuung hat er ja schließlich dadurch erfahren, daß Genosse Hoffmann jüngst in Kiental die „Gemeinschaft mit Radek" doch nicht ablehnte, sondern sich sogar herbeiließ, wie Radek uns kürzlich in einer Versammlung erzählte, ihn vertraulich am Rockärmel zu zupfen. Aber nicht Ledebour und Hoffmann allein werden von einem Teil der deutschen Zimmerwäldler nur sehr mäßig geschätzt. Andern führenden Genossen, die sich ebenfalls zu Zimmerwald bekannt hatten,

ergeht es nicht besser. Das überraschendste Beispiel dafür ist das des Genossen Henke aus Bremen. Von Genosse Henke habe ich bisher geglaubt, daß er auch den strengsten Anforderungen genügen würde. Das von ihm geleitete Blatt, die „Bremer Bürgerzeitung", war eines der ersten und stets eines der tapfersten unter denen, die die Sache der Opposition vertraten. In der Reichstagsfraktion gehörte er zum äußersten linken Flügel. In der neugegründeten sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, deren Vorsitzender Haase ist, steht er ebenfalls auf der alleräußersten linken Kante. Und trotzdem hat ihn jenes Schicksal ereilt, das da will, daß man immer der Sozialpatriot von irgend jemand ist. Seit einiger Zeit hagelt es nur so Angriffe gegen den Genossen Henke in Bremen: nicht allein von rechts, wie es begreiflich ist, sondern aus dem Zimmerwald-Kientaler Winkel, aus der „Rad-Ecke". Und siehe da: Henke erscheint plötzlich vor uns als versumpfter Partei-Zentrümler, als Mensch, der sein ganzes Leben noch nie gewußt habe, links und rechts voneinander zu unterscheiden und der des Verbrechens als höchst verdächtig ist, nicht im Prinzip und unbedingt jede Landesverteidigung zu verwerfen: ein verkappter Patriot, ja sogar ein „deutscher Nationalist" zu sein wurde ihm, wenn ich mich nicht irre, von einem seiner eigenen Kollegen, in seiner eigenen Zeitung jüngst nachgesagt, weil dieser unvorsichtige Henke seinen Zimmerwald-Kientalpanzer so schlecht trug, daß er es wagte, in einer Versammlung vom Existenzrecht der Nationen zu sprechen, vom Recht des deutschen Volkes, sich seine Sprache, seine Kultur zu erhalten. Und trotzdem rechnet sich Henke wie seine Gegner zu Zimmerwald-Kiental! Glauben Sie ja nicht, daß das nur ein vereinzelter Fall sei. Die Gegensätze unter denjenigen Gruppen der deutschen Opposition, die Zimmerwald-Kiental offiziell unterstützen, erstrecken sich fast auf alle Gebiete. Wie sollte etwa Ledebour, der zweifellos der wichtigste deutsche Delegierte in Zimmerwald war, — Ledebour, der sein ganzes Leben für Abrüstung und Schiedsgerichte kämpfte, mit den Beschlüssen einverstanden sein, die dazu in Kiental gefaßt wurden? Und daß er auch in der entscheidenden Frage der Landesverteidigung nicht zu denen gerechnet werden darf, die sagen, daß der Sozialismus dort aufhört, wo die Landesverteidigung beginnt, habe ich heute abend schon nachgewiesen, ebensowenig als jener Genosse zu ihnen gehört, auf den sich

die Radikalsten der Radikalen gern berufen: Karl Liebknecht. Klar und deutlich hat er in einem Brief, den er am 20. September 1914 an den Parteivorstand richtete, geschrieben, daß die Reichstagsminderheit, die ja damals erst im Verborgenen blühte, „keineswegs das Recht zur nationalen Selbstverteidigung negiert," daß jedoch „die deutsche Sozialdemokratie für diesen Krieg die Verantwortung ablehnen müsse". Er sagt nicht: die Internationale schlechtweg, er sagt: „die deutsche Sozialdemokratie", und er betont, daß es dieser Krieg sei, den sie in keiner Weise mitmachen dürfe. Kann man einen klareren Satz schreiben! Und wie scharf Liebknecht zu unterscheiden wußte zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, wie logisch und internationalistisch er dachte über den Charakter des Angriffskrieges, geht daraus hervor, daß er die Merkmale des Angriffs selbst dann nicht außer acht stellen will, wenn etwa durch die militärischen Ereignisse die Heere der Angegriffenen in die Territorien der Angreifer eindringen. In einer Resolution, die er der Charlottenburger Vertrauensmännerversammlung vorgelegt hatte, sagte er wörtlich:

„Durch feindliche Einbrüche in den einen imperialistischen Raubkrieg führenden Staat wird der Krieg nicht zu einem Krieg um die Verteidigung der staatlichen und nationalen Unversehrtheit. Solche Einbrüche sind das Risiko jedes Eroberungskrieges."

(Zwischenruf: „Er lehnte in der Fraktion die Landesverteidigung ab.)

Aber nicht prinzipiell, werter Genosse! Sie wissen, was in der Fraktionssitzung vom 9. März 1915 vorging. Als ein Mitglied der gemäßigten Opposition, Genosse Hoch aus Hanau, beantragte, die Fraktion solle in ihrer Erklärung, die im Plenum des Reichstages verlesen werden sollte, ausdrücklich sagen, daß sie einstimmig die Pflicht zur Landesverteidigung anerkenne, da hat Liebknecht nicht einfach geantwortet: „Ich erkenne diese Pflicht unter keinen Umständen an," sondern er begründete seine Ablehnung folgendermaßen: Eine solche Bemerkung im Zusammenhang mit der Fraktionspolitik, in der gegenwärtigen Situation und in bezug auf den jetzigen imperialistischen Krieg erhalte einen politischen Sinn, den er ablehne. Damit fiel der Hochsche Antrag, der die Einstimmigkeit feststellen wollte. Aber können Sie übersehen, daß Liebknecht auf

die Fraktionspolitik, auf die gegenwärtige Situation hinwies, um seine Stellungnahme zu erklären. Und wollen Sie vergessen, daß er in seiner berühmten Erklärung, die er am 2. Dezember im Reichstag verlesen wollte, woran ihn der freisinnige Präsident Kämpf hinderte, die aber dann später im Ausland veröffentlicht wurde, ausdrücklich seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, daß Deutschland einen Präventivkrieg imperialistischen Charakters führe. Unzweideutiger konnte gerade im Zusammenhang damit die im März 1915 von ihm abgegebene Erklärung nicht sein. Und wenn Sie etwa darauf hinweisen, daß er seither Artikel schrieb im Jugendorgan und in den Spartacus-Briefen, die sich im Prinzip gegen die Landesverteidigung aussprechen, so erwidere ich Ihnen folgendes: In den für ihn und seine Aktion entscheidenden Augenblicken schöpfte er die innere Kraft, um sich allen entgegenzustellen und unbeirrt seinen Weg in die Öffentlichkeit einzuschlagen, der ihn vor kurzem hinter die Gitter führte und demnächst vor die Schranken eines Kriegsgerichts bringt, nicht in einer prinzipiellen Ablehnung jeder Landesverteidigung, sondern in seiner tiefen Überzeugung und Erkenntnis, daß eben Deutschland und Österreich-Ungarn an diesem Krieg die erdrückende Schuld tragen, daß Belgien und Frankreich angegriffen wurden und sich nur wehren. Wollen Sie deshalb sagen, daß seine Tat minder hoch zu bewerten sei, daß er damals des Sozialismus unwürdig war!

Zurückblickend auf die Stellung, die Äußerungen und Ansichten all der Gruppen und Individuen, von denen ich heute abend sprach, sage ich nun immer und immer wieder, daß die französischen Sozialisten, die vor dem Kriege versuchten, die Internationale zu bewegen, revolutionäre Mittel gutzuheißen, um den Krieg zu verhindern, heute nur Rechte wahrnehmen, die von der Internationale allen Angegriffenen verbrieft wurden, daß sie nur ihre Pflicht erfüllen, und daß diejenigen, die unter den gegenwärtigen Umständen von ihnen fordern, daß sie die Verteidigung ihres Landes schwächen sollen, sei es durch die prinzipielle Verweigerung aller Kriegskredite, sei es durch die Schaffung einer revolutionären Stimmung in den Massen des Volkes, oder sei es sogar nur dadurch, daß sie kein positives Interesse mehr für die Verteidigung bezeugen — wer sagt, daß sie die gleiche Stellung einnehmen müßten wie die deutsche Opposition,

etwa um dieser Opposition die Propaganda im eigenen Lande zu erleichtern, der verkennt nicht nur die Pflichten der deutschen Opposition, sondern der verlangt, wenn es auch gar nicht in seinen Absichten liegt, von den Franzosen, daß sie mithelfen sollen, dem kaiserlich-militaristischen Deutschland einen möglichst günstigen Ausgang des Krieges zu sichern und zwar auf dem Grabe der Prinzipien, die bisher die sozialistische Internationale in der Frage des Angriffs- und des Verteidigungskrieges als die ihrigen proklamiert hatte. Geradezu frevelhaft ist es, wenn angesichts dieser Sachlage der Präsident von Zimmerwald-Kiental im Februar 1916 in der „Berner Tagwacht" den ungeheuerlichen Satz zu schreiben wagte, daß es ganz das gleiche sei, ob Vandervelde in der Westschweiz Vorträge halte, oder ob irgendwo in einer Züricher Kirche eine Messe für Wilhelm II. gelesen würde. Niedrigste, kurzsichtigste Demagogie ist es, wenn in demselben Blatt und in andern Organen der Zimmerwald-Kientaler Richtung immer wiederholt wird, daß Scheidemann Renaudel aufwiege und Renaudel nicht besser sei als Scheidemann.

Niemals werden Sie es fertig bringen, weder heute noch in der Zukunft, daß ein angegriffenes Land sich nicht verteidigt. Und morgen, wenn wir daran gehen werden, die Internationale wieder aufzubauen, die verschütteten Wege wieder freizulegen, welche die Proletarier, die Sozialisten aller Nationen zusammenführen, — morgen, wenn wir auf Grund der entsetzlich harten Lehren dieses Krieges die nötigen Garantien und Sicherheiten zu schaffen suchen werden, die unser geistiges Vaterland, dem die ganze Erde gerade groß genug ist, die Internationale vor einem nochmaligen Zusammenbruch bewahren sollen, — morgen, ebenso wenig als heute, werden wir die drohenden Gefahren etwa dadurch überwinden, daß wir einfach jede Landesverteidigung im Prinzip ablehnen. Und wenn die Internationale tausendmal beschließen würde: „Landesverteidigung gibt's nicht für Sozialisten," so werden Sie, wenn trotz alledem ein Krieg ausbricht und die Armeen zu marschieren beginnen, bei den Sozialisten jenes Landes, dem der Krieg erklärt wurde und in das feindliche Armeen einbrechen, die Auswirkung eines der tiefsten, unausrottbarsten aller menschlichen Instinkte, des Instinkts der Verteidigung nicht verhindern können.

Jedesmal, wenn es den bürgerlichen Regierungen gelänge, dem Friedenswillen der Arbeiter zum Trotz, Krieg zu entfesseln, werden wir Sozialisten wieder in dieselbe furchtbare Situation geraten, in die uns auch dieser Krieg versetzt hat. Es hieße sich der gefährlichsten aller Illusionen hingeben, wenn man das nicht erkennen wollte. Darin liegt aber auch für uns die Wegweisung. Entweder wir werden stark genug sein und das Proletariat so erzogen haben, daß es nicht nur seine Lebensinteressen theoretisch völlig erkennt, sondern daß es auch bereit ist, praktisch, das heißt mit dem Einsatz all seiner Energien zu kämpfen, um überhaupt den Ausbruch des Krieges zu verhindern, oder wir werden nicht stark genug sein dazu, und dann gilt es eben nicht einfach die Augen vor den Tatsachen zu verschließen und zu erklären: „Wir machen keinen Unterschied zwischen Verteidigungs- und Angriffskriegen," sondern die Möglichkeit dieses Unterschiedes von vornherein zu erwägen und mit August Bebel jene praktische Schlußfolgerung daraus zu ziehen, die es den Sozialisten aller Länder zur Pflicht machte, die Kampffront gegen diejenige Regierung zu richten, die den Krieg zum Ausbruch bringt.

Ihr von der Zimmerwald-Kientaler Linken glaubt, daß die Formel: „Landesverteidigung gibt's nicht für Sozialisten" erschöpfend ist. Ich aber bin überzeugt, daß Regierungen, die etwa den Plan hätten, einen neuen Krieg zu provozieren, vor seiner Verwirklichung viel eher zurückschreckten, wenn sie befürchten müssen, daß alle Kräfte der gesamten sozialistischen Internationale sich gegen sie richten würden, daß die Bekämpfung ihrer Politik durch die Sozialisten des eigenen Landes ergänzt und verstärkt würde durch die Unterstützung, die die Sozialisten der angegriffenen Länder der Verteidigungsorganisation ihrer Staaten gewährten. Wenn jede Regierung damit rechnen müßte, daß sie durch die „Formalität" der Kriegserklärung an ein anderes Land nicht nur von vornherein jede Beihilfe der Sozialisten des eigenen Landes verwirkte, sondern der Regierung der angegriffenen Länder die Hilfe der Sozialisten beinahe automatisch verschafft, — und wenn die Aktion der sozialistischen Internationale und ihrer einzelnen Sektionen in der Friedenszeit so gestaltet würde, daß sie sich nicht nur in papierenen, wenn auch feierlichen Resolutionen auslebt, sondern wenn es unserer Propaganda gelänge, den Massen den Willen zur Tat einzuimpfen, so frage ich Sie aus Zim-

merwald-Kiental, ob Sie nicht selbst der Ansicht sind, daß damit die denkbar beste Garantie geschaffen wäre, um die einzelnen Regierungen zu zwingen, in ihrem höchsteigenen Interesse sich keiner Kriegserklärung schuldig zu machen.

„Die denkbar beste Garantie," sage ich, nicht die absolute Garantie, die es nicht geben kann, solange die ganze Gesellschaft nicht sozialistisch umorganisiert sein wird und dann auf diese Weise den Kriegsmöglichkeiten selbst jeder Boden fehlt. Sind die Abgründe, die sich fortwährend in der gegenwärtigen Weltwirtschaft mit ihrem anarchischen Grundprinzip des individuellen Egoismus und Profits, das selbst aus der rationellen Organisation der ökonomischen Kräfte schließlich immer ein Werkzeug dieses Egoismus macht, schon an sich tief und unheimlich genug, so werden sie noch viel gefährlicher dadurch, daß nicht einmal überall die Brücken politischer Demokratie, ständiger Kontrolle der äußeren Politik durch das Parlament über sie führen, sondern allzuoft nur die geländerlosen Stege, die ein vom Einfluß der Volksvertretung völlig unabhängiger monarchischer Einzelwille über sie wirft. Die Zimmerwald-Kientaler Genossen irren sich gründlich, wenn sie glauben, daß wir Nicht-Zimmerwäldler daran erinnert werden müssen, daß die Verwirklichung des Sozialismus die höchste, entscheidende Friedensgarantie bildet. Aber, ohne daß wir das vergessen, wollen wir Mittel und Wege suchen, um uns auch in dem Zeitraum, der uns von der sozialistischen Epoche noch trennt, eine Aktion zu ermöglichen. Und diese Aktion eben muß ein doppeltes Ziel haben: als höchstes und hehrstes Ziel die Verhinderung des Krieges durch alle Mittel, welche das Proletariat anwenden kann, — als Ziel der Notwehr aber, das wir unter keinen Umständen außer acht lassen dürfen für den Fall, daß trotz alle- und alledem ein Krieg ausbricht, die Konzentration aller Kräfte der Internationale gegen diejenige Regierung, die den Krieg zum Ausbruch brachte. Nur auf diesem Boden werden wir die Internationale lebensfähig erhalten können, was auch kommen mag, nicht durch das Zauberwort: „Keine Landesverteidigung", das nicht besser als andere Zauberworte ist.

Mit Jaurès, dem Ihr in Zimmerwald einen Gruß nachschicktet, hoffentlich ohne zu vergessen, wie himmelweit seine Auffassungen in dieser Hinsicht von den Euren verschieden gewesen sind, — mit

Jaurès wollen wir uns bewußt bleiben, daß die doppelte Aufgabe des Proletariats mit allen Mitteln, selbst mit den revolutionärsten, gegen den Ausbruch eines Krieges anzukämpfen, im Sturm selbst jedoch die Unabhängigkeit der Nationen zu wahren, „ebenso schwierig als herrlich ist". Zum Aufstand, zum verzweifelten revolutionären Aufstand rief er in seinem Buch über die «Armée nouvelle» die Proletarier auf, gegen wen? — gegen die Regierungen, „die sich in letzter Stunde, ehe sie das Verbrechen begehen, weigern, die ihnen vom Weltproletariat entgegenschallenden Notschreie zu hören, ein Schiedsgericht zu bilden." Glauben Sie, daß Jaurès, wenn er nicht ermordet worden wäre, es als gleichgültig betrachtet hätte, daß es die deutsch-österreichischen Regierungen waren, die nicht nur den Schrei der Proletarier nach dem Schiedsgericht überhörten, sondern auch über den autorisierten und ausdrücklichen Vorschlag, der ihnen in diesem Sinn von einer Regierung gemacht wurde, mit dem zerstörenden Tritt ihrer Millionenheere hinweggingen! Glauben Sie nicht, daß Jaurès heute an der Spitze der französischen Landesverteidigung stände, wenn wir das leider für immer verlorene Glück hätten, daß er noch lebte? Und Sie aus Zimmerwald-Kiental, Sie müßten dann auch ihn als einen vulgären Sozialpatrioten, einen Nicht-Sozialisten verdammen, — ja, Sie müssen es sogar heute tun, wenn Sie logisch bleiben wollen, da Jaurès die bewaffnete Verteidigung eines angegriffenen Landes als etwas so Selbstverständliches, Notwendiges betrachtete, daß er als erster unter allen Sozialisten, die je lebten, dem Problem der Organisierung dieser Verteidigung und seiner letzten technischen und politischen Einzelheiten ein 700 Seiten starkes Buch widmete: die «Armée nouvelle» Verloren nannte er darin dasjenige Land, dem im Fall eines Krieges das Proletariat die Hilfe verweigern würde! Und da nun sein ganzes Buch den Beweis dafür bildet, daß er die Pflicht aller Sozialisten, dem angegriffenen Lande beizustehen, so hoch einschätzte, daß er ihre Erfüllung an eine ganze Reihe von Garantien knüpfte, die alle darauf hinauslaufen, die Angreifenden von den Angegriffenen, die unmittelbar Schuldigen von den unmittelbar Unschuldigen zu unterscheiden, müßtet Ihr aus Zimmerwald-Kiental seinen Schatten eigentlich in den Hades der Verräter wünschen. Aber Euer eigenes Gewissen ruft Euch wohl zu: „Hände weg! Hände weg von ihm, der

nicht nur unser herrlichster Genius, unser größtes Herz, sondern auch unsere strahlendste, schärfste Vernunft war." Und doch müßtet Ihr's: denn er gehört zu uns in dieser Frage und nicht zu Euch.

Und ihm bleiben wir treu, wenn wir heute sagen: die Forderung, jede Landesverteidigung einfach zu verwerfen, ist undurchführbar, utopisch und deshalb unsozialistisch. Daß die Manifeste und prinzipiellen Beschlüsse, die in Zimmerwald und Kiental gefaßt wurden, praktisch darauf hinauslaufen, das ist der Grundirrtum, den man dort beging. Daß sie außerdem noch die Illusion zu erwecken versuchen, als ob jetzt mitten im Krieg eine allgemeine Revolution möglich wäre, scheint mir nicht weniger verfehlt. Wenn nach zweiundzwanzig Monaten des Krieges, nachdem so Ungeheuerliches, Unbeschreibliches geschehen ist, daß hoffentlich wenigstens kommende Generationen vor tiefster und schmerzlichster Scham darüber die Kraft und den Willen zu einer menschenwürdigeren Organisation der Gesellschaft finden —, die Massen der lebenden Generation zwar müde, murrend, hungrig, aber auch im großen und ganzen resigniert, das Schicksal passiv ertragend an den Gräbern stehen, so ist wohl der Beweis dafür geliefert, daß die Hoffnung auf eine Revolution mitten im Krieg illusionär war und ist, vor allem auch was das Land betrifft, von dem aus der entscheidende Kriegsakt, der gewaltigste Militärstoß ausging: Deutschland! Zwar marschiert dort die Opposition, und die Wurzeln, die sie im Volke schlug, sind zweifellos viel kräftiger, viel tiefer, als es der Belagerungszustand genau festzustellen erlaubt, — aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß zu gleicher Zeit Millionen deutscher Soldaten französische Provinzen, französische Städte, französische Dörfer, um nur von dem einen Land zu reden, besetzt halten, und daß infolgedessen die französischen Sozialisten heute wie gestern nur ihre Landesverteidigungspflicht erfüllen. Von ihnen verlangen, daß sie aufhören sollen, dieser Pflicht nachzukommen, heißt jede Aktion der Internationale, die nicht nur eine Rumpf-Internationale wäre, verhindern! Und doch wäre es wohl möglich, daß sich die der Internationale angeschlossenen Parteien, wenn sie sich keine Ziele stellen, die über ihre Kräfte gehen, heute schon wenigstens über die Friedensziele zu verständigen suchten: denn es gibt eine Reihe von notwendigen, unmittelbar zu erhebenden Grundforderungen, die in

Kiental verhöhnt wurden, über die sich jedoch die verschiedenen Landessektionen einig sind. Aber selbst das wird erschwert, ja verhindert, wenn als Vorbedingung dazu eine gleichmäßige Stellungnahme der Sozialisten aller Länder dem gegenwärtigen Krieg gegenüber gefordert wird, ohne Rücksicht auf die unleugbaren, tiefgehenden Verschiedenheiten, die zwischen der Situation der einen und der andern bestehen.

Der Riß, den schon die Ereignisse der Internationale beibrachten, man hat ihn vertieft in Zimmerwald-Kiental durch das Hinausschleudern von Thesen und Forderungen, die angeblich zur Klärung, zur Sammlung dienen sollen, die aber in Wirklichkeit auf die Dauer viel eher in sektiererischem Sinn zersetzend wirken müßten.

Wir brauchen keine neue Internationale, mit der Inschrift: „Hier ist jede Landesverteidigung untersagt! Unterschiede werden nicht gemacht! Wir warnen Verräter!" — Wir brauchen keine grundsätzlich neuen Beschlüsse in dieser Frage, im Gegenteil! Doch von gewissen Unklarheiten müssen die alten gereinigt werden! Und vor allem der Geist, mit dem wir sie umgeben, muß ein neuer sein: ein zur Tat entschlossener, sich aller Möglichkeiten, aller Konsequenzen bewußter, ein übernationaler Geist, der die beste Garantie für die Wahrung der Unabhängigkeit aller Nationen bildet, muß sie in der Zukunft tragen. Und anstatt uns beruhigt einzuwiegen mit den Worten: „Landesverteidigung kennen wir nicht", muß uns das ständige, jede Fiber unserer Energie aufpeitschende Bewußtsein beseelen, daß ein Ausbruch eines neuen Krieges auch wieder den Zusammenbruch der Internationale herbeiführte, wenn die Rechte der Sozialisten des angegriffenen, die Pflichten der Sozialisten des angreifenden Landes nicht klar und deutlich so abgegrenzt wurden, wie ich es heute abend als notwendig und all unseren internationalsozialistischen Traditionen entsprechend darzustellen suchte. Neben den mannigfaltigen Aktionsmethoden zur Paralysierung der Kriegsgefahren, die von den elementarsten demokratischen Reformforderungen bis zum revolutionären Aufstand gehen sollen, müssen diese Rechte und Pflichten als notwendigste Ergänzung den Inhalt des Kampfhammers bilden, den die Internationale stets drohend, zum Schlag bereit über den kriegslustigen Elementen schweben lassen muß, um neue Katastrophen zu verhindern. Diese Rechte und Pflichten,

sie müssen ganz von selbst ausgelöst werden, wenn etwa der Arm, der den Hammer führen soll, sich als zu schwach erweist, oder wenn der Hammer beim Aufschlag zerspringt.

Nur so werden wir Sozialisten, was da auch kommen möge, es verhindern können, uns jemals zum Werkzeug des jeweilig stärksten militärischen Staates zu machen, der die sozialistischen Widerstände, denen er im Innern begegnete, am leichtesten überwinden konnte. Nur so werden wir das Maximum unseres Druckes auf die Regierungen zugunsten des Friedens ausüben können, ohne befürchten zu müssen, von den Ereignissen wieder überrumpelt zu werden. Unsere Rettung liegt nicht in simplistischen Formeln, möge man ihnen noch so revolutionäre Schellenkappen aufdrücken, wie in Zimmerwald-Kiental, sondern in der klaren Erkenntnis der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen und im Mut, uns danach einzurichten. Den Verwicklungen entsprechend, die eintreten können, den Differenzierungen gemäß, die sich ja schließlich doch von selbst ihr Recht erzwingen, sollen und müssen wir als größte politische, als einzig international organisierte Partei, Leitsätze haben, die uns weder zum Spielzeug der Ereignisse, noch zum Opfer ewiger Enttäuschungen machen, sondern die es uns ermöglichen, bei allen eintretenden Situationen unsern Beschlüssen und dem Geist des demokratischen Sozialismus getreu zu handeln. Nur dann werden wir auch über die schwersten Krisen in der Zukunft Herr werden!

D
639
S6G7

Grumbach, Salomon
Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 21 25 10 015 1